Es besteht in NRW eine Landesarbeitsgemeinschaft Wohnkollektive im DPWV, Wuppertal,die gemeinsame Behördenstrategie betreibt und fachbezogene Arbeitskreise durchführt. Anschrift: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, 56 Wuppertal, Chlodwigstr.

Der Verein Soziale Jugendarbeit, Bochum, führt regelmäßig eintägige Praktikerseminare für Sozialarbeit im Ruhrgebiet durch, die als Weiterbildungsveranstaltung anerkannt sind. Das nächste Seminar findet statt am 1. Dezember 1972. Thema "Wohnen im Kapitalismus". Auskunft: Verein Soziale Jugendarbeit oder Büro für Sozialplanung, Telefon 02321/702576 oder 701465.

Die neuen Gesamthochschulen in NRW in Essen, Paderborn, Siegen, Krefeld u.a. suchen für den Studiengang Sozialwesen haupt- und nebenamtliche Dozenten für Psychologie, Pädagogik, Sozialpädagogik, Vorschulerziehung, Soziologie, Methodenlehre der Sozialarbeit usw. Auch Sozialarbeiter (grad.) können sich als nebenamtliche Dozenten bewerben. Auskunft bei den Gesamthochschulen.

Ein Kollektiv in Kassel sucht einen Kollektivberater. Bezahlung nach BAT IVa. Nähere Auskünfte bei: Günther Kaufmann, 35 Kassel, Weißenburgerstr. 1o, Telefon 0561/18054.

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitische Arbeitskreise (A.G.SPAK) veranstaltet für die einzelnen Projekte Seminare und Arbeitstagungen. Vom 12. - 17. Dezember findet in Höchst eine Tagung zum Thema Stadtteilarbeit statt..Interessenten wenden sich an die SPAK-Bundesgeschäftsstelle, 8 München 2, Kobellstr. 12, Telefon 0811/586119.

INFO SOZIALARBEIT
Heft 2

Sozialarbeit in Institutionen

" Einige Gewalttaten sind leicht zu erkennen. Wenn Menschen wegen der Form ihrer Nase oder der Farbe ihrer Haare mit Füßen getreten werden, dann ist die Gewalttat den meisten offenbar. Auch wenn Menschen in stickige Kerker eingesperrt werden, sieht man Gewalt am Werk.
Wir sehen aber allenthalben Menschen, die nicht weniger verunstaltet aussehen, als wenn sie mit Stahlruten geschlagen worden wären. Menschen, die im Alter von 30 Jahren wie Greise aussehen, und doch ist keine Gewalt sichtbar. Menschen wohnen in Löchern jahraus, jahrein, die nicht freundlicher sind als die Kerker, und es gibt für sie nicht mehr Möglichkeit, aus ihnen herauszukommen als aus Kerkern. Freilich stehen keine Kerkermeister vor diesen Türen. Derjenigen, denen diese Gewalt angetan wird, sind unendlich mehr als derer, die an einem bestimmten Tag geprügelt oder in bestimmte Kerker geworfen werden." (Bertolt Brecht, Me - ti)

Einzelpreis drei Mark

Dieser Informationsdienst SOZIALARBEIT wird im Sozialistischen Büro von Gruppen, die im Sozialisationsbereich arbeiten, herausgegeben. Der Info dient der Kommunikation und Kooperation von Genossen, die mit sozialistischem Anspruch im Feld der sozialen Arbeit tätig sind. Der Info erscheint viermal jährlich und kostet im Abonnement DM 10,-

Einzelpreis DM 3,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 20 % Rabatt; Weiterverkäufer (Buchläden, Buchhandlungen) 40 % Rabatt; zuzüglich Versandkosten

Herausgeber: Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

Verleger: Verlag 2000 GmbH Offenbach

Zweite Auflage, März 1974, 5000 - 8000 Exemplare

Vertrieb: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4
Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain)
Telefon 0611 - 83 25 93
Postscheck PSA Frankfurt/M., Konto 61041-605

Presserechtlich verantwortlich: Uli Single Offenbach

Druck: hbo-druck, Bensheim

K

INFO SOZIALARBEIT Heft 2

I N H A L T

Vorbemerkungen zu dieser Ausgabe

Im Mittelpunkt der 2. Ausgabe des Informationsdienstes Sozialarbeit steht das Thema: "Berufsspezifische Probleme von Sozialarbeitern in Institutionen".

Zusammengestellt wurden die Beiträge vom Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit, Frankfurt. Damit sollte einmal der Gruppe Gelegenheit gegeben werden, sich und ihre bisherige Arbeit darzustellen und zum anderen an Hand der Konflikte in 3 Bereichen der Sozialarbeit
- Möglichkeiten der Demokratisierung von Sozialarbeit, der Veränderung von inhaltlichen Konzepten
- Konfliktstrategien
- und eine Analyse der Gegenstrategien und Funktionen von Institutionen

dargestellt und diskutiert werden. Dazu werden 4 Berichte vorgelegt:

Der Bericht über die Geschichte des AKS wurde von einem langjährigen Mitglied zusammengestellt und behandelt die Entstehung und bisherige Entwicklung der Sozialarbeiterorganisation in Frankfurt, ihre Probleme und eine selbstkritische Einschätzung.

Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern am Beispiel der Evangelischen Familien- und Erziehungsberatungsstelle Frankfurt beinhaltet die Schilderung und kritische Einschätzung des Konfliktverlaufs, die Politik des Trägers und der Versuch einer Kritik der sogenannten "klinisch-therapeutischen" Arbeit.

Der Erfahrungsbericht über ein Kollektivpraktikum in einem städtischen Kinderheim schildert die Schwierigkeiten von Berufspraktikanten, die sich insbesondere mit der Heimleitung und der Sozialbürokratie ergeben haben. Beide Artikel wurden von den betroffenen Sozialarbeitern/Psychologen geschrieben.

Von Mitgliedern des AKS wurde der Bericht über die Entwicklung der Gemeinwesenarbeit mit Obdachlosen in Frankfurt auf Grund von vorliegenden Materialien zusammengestellt. Dieser Bericht wurde deshalb ausgewählt, da an ihm sowohl die Strategien der Stadtverwaltung im Hinblick auf die Lösung der Obdachlosenfrage deutlich wird, als auch aus den Fehlern der Gemeinwesenarbeiter Konfliktstrategien diskutiert werden können.

Alle Berichte sind im AKS eingehend diskutiert worden. Im Diskussionsprozeß und insbesondere nach der Redaktionssitzung am 5.5.73 war der Gruppe klar, daß Darstellung und Analyse eine Reihe von Kritikpunkten enthalten. Trotzdem wurde beschlossen, diese Berichte so zu veröffent-

lichen. Sie sind unter erheblichem Zeitaufwand und einer Reihe von Schwierigkeiten, denen sich Praktiker gegenübersehen, die diese Arbeit neben ihrer Berufsarbeit leisten müssen, entstanden. Folgende Überlegungen spielten dabei eine Rolle:

1. Es handelt sich um Erfahrungsberichte. Die Brüche, Halbheiten, Ungenauigkeiten in der Analyse geben aber auch Auskunft über die Schwierigkeiten von Sozialarbeitern, sich mit den Widersprüchen ihrer Praxis auseinanderzusetzen und die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

2. Die Berichte spiegeln den Bewußtseinsstand der Autoren und der Gesamtgruppe (AKS). Die insbesondere nach der Redaktionssitzung sich ergebende kritische Diskussion im AKS problematisierte vor allem den politischen Stellenwert der Auseinandersetzungen. Diese Diskussion konnte nicht mehr in die Artikel verarbeitet werden.

3. Die Art der Darstellung spiegelt den Diskussionsstand der Gruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt und macht es daher anderen Gruppen und Einzelnen möglich, die Arbeit des AKS bzw. der betroffenen Sozialarbeiter auf einer konkreten Ebene zu kritisieren, aus den Fehlern zu lernen und politische Konsequenzen zu ziehen.

Eine Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse der offenen Redaktionskonferenz am 5.5.73 verweist auf die notwendige weiterführende Diskussion unter den Gruppen im Sozialbereich. Außerdem enthält dieser Informationsdienst eine Leserkritik an der Konzeption des Vereins Soziale Jugendarbeit e.V. Bochum (Info 1), Informationen über Erfahrungsberichte mit Jugendkollektiven und Nachrichten.

Geschichte des AKS Frankfurt

Seit Jahren wird unter Sozialarbeitern und Studenten der FHS die Diskussion über eine stärkere Organisierung im Sozialbereich geführt. Die Vorschläge reichen von berufsständischen Organisationen (Berufsverbände),Gewerkschaften (ÖTV und GEW), partei-politischen Organisationen (Reformparteien, KPD-Aufbauorganisationen) bis hin zu sozialistischen Interessengruppen, denen eine Kommunikation und Zusammenarbeit mit Gruppen in und außerhalb des Sozialbereichs wichtig erscheinen, die sich aber absetzen von traditionell-bürokratischen Organisationsvorstellungen. Ausgehend von der Darstellung der Entwicklung und der Arbeitsweise des AKS Ffm. über einen Zeitraum von 3 Jahren (Herbst 1969-Ende 1972) soll die konkrete Arbeit beschrieben werden, die es anderen Gruppen möglich macht, diese Arbeit nachzuvollziehen, zu kritisieren und Schlußfolgerungen abzuleiten.

I Zur Entstehung des AKS

Wesentlich beeinflußt durch die Heim-Aktionen der APO im Frühjahr und Sommer 1969 und die Flucht der Jugendlichen aus den unerträglich gewordenen Zuständen in den Heimen Staffelberg, Beiserhaus Rengshausen etc. initiierten einige Frankfurter Sozialarbeiter im Herbst 1969 eine "Arbeitsgemeinschaft interessierter Sozialarbeiter" zur Analyse und Kritik der bestehenden Sozialarbeit. Ziel dieser Gruppe (ca. 30 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus städtischen Sozialeinrichtungen) war es, Informationen auszutauschen, dienstliche Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen zur Diskussion zu stellen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln, über neue Entwicklungen in der Sozialarbeit zu diskutieren, um so zu einer effektiveren Arbeit im Sinne der Unterstützung des Klientels beizutragen. Bis zum Frühjahr 1970 befasste sich diese Arbeitsgemeinschaft insbesondere mit Arbeitsfeldanalysen und dem Thema: Verwahrlosung und Fürsorgeerziehung. Sozialarbeiter standen angesichts der Situation in den Heimen Heimeinweisungen zunehmend skeptischer gegenüber und suchten andere Lösungen. Der Wirkungsgrad der Arbeitsgemeinschaft war jedoch sehr beschränkt, es gelang lediglich, die Zahl der Heimeinweisungen zu reduzieren. Bei der Arbeitsgemeinschaft handelte es sich demnach "um eine berufsständische Reformbewegung mit gesellschaftskritischen Impulsen,aber systemimmanenten Forderungen". "Es wurde das Unbehagen über die Mißstände in den verschiedenen Praxisfeldern artikuliert,und die moralische Entrüstung einer an humanistischen Helferprinzipien orientierten Berufsgruppe war Motor aller Aktivitäten." (P. Paulsen, E. & K, Nr. 4 Seite 5) Schlagartig änderte sich die Szene im Sozialbereich,als Anfang 1970 deutlich wurde, daß bei den bevorstehenden Tarifauseinandersetzungen die Gewerkschaften,insbesondere ÖTV,eine sehr zurückhaltende Rolle spielen

und notwendige Strukturveränderungen in eine einheitliche Tarifsituation im sozialpädagogischen Bereich nicht in den Forderungskatalog aufnehmen wollten. Trotz der "bestehenden Friedenspflicht" und der Abwiegelungstaktik der Gewerkschaftsfunktionäre rief ein Organisationsausschuß für die Fachkräfte Sozial- und Erziehungsdienst im Frankfurter Bereich zu Kampfmaßnahmen auf. Dem Ausschuß gehörten aktive Gewerkschaftler, Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und Vertreter der Kindergärtnerinnen an.

Dokument Nr. 1

Die Frankfurter Rundschau schreibt dazu im April 1970:

"Mit Gewerkschaft unzufrieden
Sozialarbeiter denken an selbst organisierten Streik

Frankfurts sozialpädagogische Fachkräfte denken an Streik. Notfalls sollen die Kindertagesstätten kurzfristig geschlossen werden, damit die Behörden endlich etwas gegen die chronische Unterbezahlung unternehmen. Die Gewerkschaft ÖTV gilt vielen im Sozialwesen Tätigen in Besoldungsfragen als zu lahm."

Der Personaldezernent der Stadt Frankfurt versuchte durch Versprechungen finanzieller Art die Protestkundgebung zu verhindern. Während Gewerkschaftsvertreter versuchten abzuwiegeln, drohte der Sozialdezernent und direkte Vorgesetzte mit dienstlichen Repressionen. Dies hielt jedoch die Kindergärtnerinnen und Sozialarbeiter nicht davon ab, für ihre Interessen selbst einzutreten.

Am 5.5.1970 traten nahezu alle 2200 Frankfurter Kindergärtnerinnen, Kinderpflegerinnen, Sozialpädagogen und Sozialarbeiter in einen Warnstreik. Im Gewerkschaftshaus versammelten sich über 1000 Teilnehmer aus Frankfurt und Umgebung und forderten:
- starke Gehaltsanhebung für alle im Sozialbereich Tätigen,
- die ersatzlose Streichung aller Bewährungszeiten
- vierwöchigen Fortbildungsurlaub
- verbesserte Arbeitsbedingungen
- generelle Strukturveränderungen in allen Bereichen der Sozialarbeit.

Wie groß die Unzufriedenheit mit den Arbeitsverhältnissen war, zeigte die immer wieder von starkem Beifall unterbrochene Rede von Annelie Keil (damals Dozentin an der PH Göttingen). Hier einige Auszüge aus ihrer Rede:

"...es geht nicht um irgendeine Höherstufung der Gehaltsklassen, es geht unmittelbar um die Definition ihrer eigenen Rolle im gegenwärtigen Gesellschaftssystem: sie müssen sich gegen ihre eigene Praxis ein kritisches Verhältnis erarbeiten, das Gerede von den inneren Werten als Täuschungsmanöver durchschauen, indem sie die tatsächliche materielle Lage der pädagogischen Institutionen dagegenstellen. Sie dürfen nicht beruhigen und verdecken, wo es aufzudecken gilt, nicht Feuerwehr an den Symptomen spielen, wo die Erkennung der Ursachen und ihre Veröffentlichung einer gesamtgesellschaftlichen Sozialisierung dien-

licher wäre. Zu den materiellen Zielen eines Lohnkampfes der Lohnabhängigen im Erziehungsbereich gehört die Veränderung der Arbeitsplatzbedingungen unmittelbar dazu; erst die Einbeziehung des Arbeitsplatzes und seiner Struktur macht die Unterprivilegierung und Ausbeutung dieser Berufe deutlich und gibt dem Lohnkampf verändernde Kraft........

...die stabilisierende Harmonie gefährdet man nicht nur durch die Diskussion über die pädagogische Unzulänglichkeit der erzieherischen Praxis - und sie kann noch so viele Folgen für die Kinder haben -, sondern durch die Maßnahme der Arbeitsniederlegung, weil dann z.B. Mütter nicht mehr arbeiten können und erst ihr Unmut Wählerstimmen kostet.....

...Wie eh und je sind Lohnkämpfe politische Kämpfe, auch dann, wenn es die Betroffenen nicht wahrhaben wollen: wenn Macht und Herrschaft in unserer Gesellschaft nicht Verfügung über Kapital wären, das privat angeeignet wurde, dann wäre die Durchsetzung kollektiver Bedürfnisse auch nicht so schwierig bzw. unmöglich. Erzieher, die für höhere Gehälter streiken wollen, sind keine Egoisten ohne Ideale, sondern Pädagogen, die auf dem besten Wege sind, mit der Demokratisierung in diesem Lande ernst zu machen: nämlich der Bekämpfung des Profitinteresses. Lohnkämpfe müssen eingebettet sein in den Versuch, aus der eigenen Lage und Situation zu lernen, d.h. zu erkennen, daß Sozialpädagogik die Pannenhilfe einer Gesellschaft ist, die weit davon entfernt ist, auch die Ursachen für diese Pannen zu beseitigen.

Kritik, die sich ihre Bedingungen immer schon vorgeben läßt - sich z.B. auf die unmittelbare Lohnfrage beschränken läßt - ist nur ein anderer Weg der Resignation. Sozialarbeit, die ernst macht mit ihrem pädagogischen-politischen Auftrag, die Emanzipation der Kinder und Jugendlichen voranzutreiben, muß den politischen und juristischen Rahmen ihrer Arbeit ins Auge fassen und ihn dort verändern, wo er entsteht, d.h. den Kampf selbst in die Hand nehmen. ....

...Die Stärke ihrer kollektiven Organisation wird von der Solidarisierung abhängen, mit der möglichst viele Kollegen sich gemeinsam den etablierten Interessen gegenüberstellen, - d.h. u.a. die Gewerkschaften wieder zu Kampfinstrumenten der Lohnabhängigen zu machen!"
(entnommen: Anhang in Geschichte u. Funktion der Sozialarbeit, Ffm.1971)

In der anschließenden Diskussion unterstützte die Mehrzahl der Teilnehmer die politische Zielrichtung der Rede. Unter der Parole "SOZIALARBEITER ORGANISIERT EUCH, NEHMT EURE INTERESSEN WAHR, DENN ES GIBT NIEMAND, DER SIE FÜR EUCH WAHRNIMMT!" wurde zur Bildung des "Arbeitskreises Kritische Sozialarbeit" (AKS) aufgerufen, dem sich spontan ca. 150 Kindergärtnerinnen, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter und Studenten anschlossen.

II Struktur und Aktionen des AKS

Auf der 1. Sitzung des AKS am 14.5.1970 trafen sich ca. 100 Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialbereich zusammen mit Studenten des

Pädagogischen Seminars und der Fachhochschule, die folgendes Arbeitsprogramm verabschiedeten:

Dokument Nr. 2

"In den vergangenen Monaten haben sich in mehreren Städten der BRD Gruppen und Arbeitskreise gebildet oder sind im Entstehen, die sich als Beginn und Ansatz einer Selbstorganisation verstehen.
In Frankfurt hat sich nach den Streikaktivitäten im Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen ein "Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit" aus Kindergärtnerinnen, Sozialarbeitern und Studenten zusammengeschlossen, der ebenfalls versuchen wird, eine Aktivierung und Organisierung der sozialpädagogischen Fachkräfte in Frankfurt zu erreichen.
Am Anfang der Arbeit dieses Arbeitskreises muß die Bewußtseinsbildung der Betroffenen stehen, und zwar in der Form einer theoretisch-historischen Bestimmung der Funktion von Sozialarbeit in Verbindung mit einer Erarbeitung der derzeitigen praktischen Realität von Sozialarbeit. Münden muß diese Arbeit in einer neuen Bestimmung der Funktion von Sozialarbeit.
Die Themen der vom "AKS" eingerichteten Arbeitsgruppen entsprechen diesem Ansatz:

Arbeitsgruppe 1: "Funktion der Sozialarbeit in unserer Gesellschaft"
Arbeitsgruppe 2: "Analyse der Arbeitsplatzsituation"
Arbeitsgruppe 3: "Erziehungsfakten, -ziele, -stile und Vorschulerziehung

Parallel zur Arbeit in den Arbeitsgruppen beschäftigt sich das Plenum des "AKS" mit aktuellen und allgemeinen Fragen, sowie dem Informationsaustausch über die Arbeit in den Arbeitsgruppen.

Über die Bewußtseinsbildung der Betroffenen hinaus ist es Aufgabe des Arbeitskreises:

a) grundsätzliche Stellungnahmen zur Situation der Sozialarbeit zu erarbeiten und zu formulieren,
b) durch Öffentlichkeitsarbeit die Situation der Sozialarbeit zu einem gesellschaftlichen Skandal zu machen,
c) kurz- und langfristige Forderungen zu stellen und
d) durch Aktivierung (Aktionen) der in der Sozialarbeit Tätigen als auch der von der Sozialarbeit Betroffenen Veränderungen zu erreichen, die über eine verbesserte "Pannenhilfe" hinausgehen.

Bei dem Versuch, die Interessen der Betroffenen selbst zu vertreten, können wir jedoch die Gewerkschaft als unseren eigentlichen Interessenvertreter nicht einfach ignorieren.
Wir müssen uns mit der Gewerkschaft auseinandersetzen, d.h. versuchen, sie wieder zu Kampfinstrumenten der Lohnabhängigen, also auch von uns, zu machen.
Nach allen Erfahrungen ist dies jedoch nur dann aussichtsreich, wenn sich die Betroffenen selbst ihrer Situation bewußt sind und aktiv werden, d.h. auch unabhängig von der Gewerkschaftsorganisation ihre Forderungen erarbeiten, möglichst alle an der Basis mobilisieren und u.a. die Forderungen in die Gewerkschaft hineintragen."

Hauptschwerpunkt der Arbeit bildete allerdings in der 1. Phase die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsbürokratie. Tatsächlich blieb das vorläufige Tarif-Verhandlungsergebnis weit hinter den Streikforderungen zurück. In dem folgenden Flugblatt stellt der AKS die Politik der Gewerkschaften dar:

Dokument Nr. 3

"Zum Verhalten der ÖTV und GEW in den Eingruppierungsverhandlungen für Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen
Der Bundesangestelltentarif (BAT) wurde von der ÖTV zum 31.12.69 gekündigt.
Mai 69 Die GEW stimmt sich mit der ÖTV ab und verzichtet auf ihre ursprünglichen Forderungen, die eine im Durchschnitt um zwei Stufen höhere Eingruppierung vorsahen (z.B. Eingangsstufe Vb für Kindergärtnerin). Die ÖTV vertritt dagegen eine Höhereingruppierung um durchschnittlich nur eine Stufe (VIb für Kindergärtnerin).
Juni 69 Die ÖTV tritt mit diesen Forderungen in Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden ein; sie läßt sich von diesen mit läppischen, unannehmbaren Gegenangeboten bis Mai 1970 hinhalten.
Ein von den Berliner Kindergärtnerinnen für den 10.6.69 beschlossener Warnstreik wird von den dortigen Gewerkschaften abgeblasen - wegen Verhandlungen mit dem Senat.
22.9.69 Streik der Kindergärtnerinnen in Berlin-Kreuzberg; sie fordern u.a. Eingangsstufe Vb und 15 % Gehaltszulage ab 1.1.70.
27.11.69 Warnstreik der Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen in Kassel; sie fordern u.a. ebenfalls Eingangsstufe Vb für Kindergärtnerinnen und IVa für Sozialarbeiter und Jugendleiterinnen.
20.4.70 Versammlung der Sozialarbeiter und Kindergärtnerinnen in Frankfurt auf Einladung der ÖTV und GEW; die angekündigten Redner der Gewerkschaften erscheinen nicht; die Versammelten beschließen einen Warnstreik für den 4.5.70, um ihre Streikbereitschaft für den Fall des Scheiterns der bevorstehenden Verhandlungsrunde am 12./13.5.70 zu demonstrieren; sie bilden einen Organisationsausschuß zur Vorbereitung des Warnstreiks.
29.4.70 Der ÖTV-Kreissekretär Guenon, Frankfurt, versucht eigenmächtig, in einem Rundschreiben an alle sozialpädagogischen Fachkräfte aufgrund unverbindlicher Zusagen des Stadtrats Kiskalt den Warnstreik abzublasen.
Auf wiederholte massive Proteste und auf Gegenmaßnahmen des Organisationsausschusses hin hält Guenon den Rundbrief teilweise zurück.
4.5.70 Warnstreik und Streikkundgebung von etwa 1000 Frankfurter Sozialarbeitern und Sozialpädagoginnen.
Die Streikenden fordern Höhergruppierung um je zwei Stufen, grundlegende Veränderungen der Arbeitsbedingungen und Verbesserung der Ausbildung und der Fortbildungsmöglichkeiten.
Sie erklären die gewerkschaftlichen Verhandlungsvorschläge zu Minimalforderungen und verlangen von der ÖTV, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären, wenn die Arbeitgeber diese Forderungen nicht ohne Abstriche annehmen.
13.5.70 Abschluß der Eingruppierungsverhandlungen. Die ÖTV gibt sich mit einem Ergebnis zufrieden, das hinter ihren minimalen Forderungen zurückbleibt; z.B. für Kindergärtnerinnen Eingangsstufe VII, nach sechsmonatiger Berufstätigkeit VIb; für Kinderpflegerinnen erst nach

mehrjähriger Berufstätigkeit VI; für Sozialarbeiter längere Bewährungszeiten.
Die Verhandlungspartner behalten sich die endgültige Zustimmung zu dem Abschluß bis zum 15.7.70 vor; dann soll er rückwirkend vom 1.4.70 an inkraft treten.

Inzwischen haben die Vorstände der Gewerkschaften ÖTV und GEW dem Verhandlungsergebnis zugestimmt."

Der AKS versuchte daher, einmal eine große Anzahl von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen anzusprechen und für eine politische Arbeit zu gewinnen und zum anderen Druck auf die Gewerkschaft auszuüben, das vorliegende Verhandlungsergebnis zu revidieren. Zum 2.7.1970 wurde zu einer Versammlung im Gewerkschaftshaus aufgerufen. In dieser Versammlung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaftsfunktionären und den Betroffenen, die anschließend folgende Resolution verabschiedeten:

"Die am 2. Juli 1970 im Gewerkschaftshaus in Frankfurt versammelten Sozialarbeiter und Erzieherinnen richten folgende Entschließung an die verantwortlichen Gremien der Gewerkschaften ÖTV und GEW im Kreis Frankfurt und im Bezirk Hessen:

1. Die Ergebnisse der Einstufungsverhandlungen vom 12./13.5.70 mißachten unsere von der Streikversammlung der Frankfurter Sozialarbeiter und Erzieherinnen bekräftigten Minimalforderungen und genügen in keiner Weise unseren Interessen.
W i r f o r d e r n daher die Kreis- und Bezirksvorstände der ÖTV und der GEW auf, sich von diesen Verhandlungsergebnissen zu distanzieren und die sofortige Aufnahme von Verhandlungen für Frankfurt und Hessen anzustreben.
2. Solange die Tarifpolitik der Gewerkschaften im sozialpädagogischen Bereich so bürokratisch bleibt wie bisher, d.h. solange sie sich nicht stärker an den Forderungen der Betroffenen orientiert, können uns alle Appelle zum Eintritt in die Gewerkschaften nicht überzeugen.
W i r f o r d e r n , daß die Gewerkschaften vor allen Verhandlungen und verbindlichen Stellungnahmen gegenüber den Arbeitgebern künftig ihre Vorschläge mit den Mitgliedern und Betroffenen in öffentlichen Versammlungen diskutieren.
3. Das kaum mehr überschaubare Stufensystem der Gehaltsgruppen im Bundesangestelltentarif (BAT) läßt sich mit dem Argument leistungsgerechter Bezahlung nicht rechtfertigen; vielmehr dient es dazu, künstliche Gruppenunterschiede und Unterstellungsverhältnisse zu unserem Nachteil und zum Vorteil der Arbeitgeber zu schaffen.
W i r f o r d e r n daher die schrittweise Angleichung der Bezahlung aller im sozialpädagogischen Bereich Beschäftigten, die Durchsetzung eines Nettoeinkommens von mindestens DM 1000 und die Abschaffung der Probezeiten.
4. Die Gewerkschaften haben es bisher versäumt, sich energisch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Ausbildung und der Fortbildungsmöglichkeiten einzusetzen.
W i r f o r d e r n sie auf, unsere folgenden Forderungen zu übernehmen und zu vertreten:

<u>a) für Sozialarbeiter:</u>
- Arbeit in Gruppen unter ständiger Supervision;
- Senkung der Meßzahlen entsprechend der jeweiligen Einwohnerstruktur;
- Freistellung von Sozialarbeitern für Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit an sozialen Brennpunkten;
- bessere technische Ausstattung und Einstellung von Zuarbeitern und Stenotypistinnen;
- jährlichen Bildungsurlaub von vier Wochen und mehr finanzielle Mittel zur privaten Weiterbildung;
- wissenschaftliche Hilfestellung.

<u>b) für Erzieherinnen:</u>
- ein Verhältnis von 8-12 Kindern auf eine Erzieherin;
- Sanierung der bestehenden Kindertagesstätten;
- wesentlich mehr finanzielle Mittel für Spiel- und Lehrmaterial;
- den sechsstündigen Arbeitstag für alle Erzieherinnen in Kindergarten und Hort einschließlich der Vorbereitungszeit;
- mehr pädagogische Teamarbeit und weniger Verwaltung;
- wissenschaftliche Ausbildung an der Universität für alle im sozialpädagogischen Bereich Tätigen, um die Isolierung zwischen den Berufsgruppen aufzuheben;
vierwöchigen verpflichtenden Bildungsurlaub im Jahr;
- Zusammenarbeit mit Psychologen, Heilpädagogen und Soziologen;
- längeren Erholungsurlaub von mindestens 6 Wochen;
- einheitliche Berufsbezeichnung als Erzieher.

In diesem Zusammenhang fordern wir die ÖTV-Kreisorganisation Frankfurt auf, das Schreiben des Kreissekretärs Guenon an Stadtrat Rhein vom 23.6.70 zurückzuziehen, da es die anläßlich des Warnstreiks formulierten Forderungen der Kindergärtnerinnen nur teilweise berücksichtigt und in seinen Einzelforderungen völlig unzureichend ist.
5. Einen der Gründe für die bisherige Unfähigkeit der Gewerkschaften, die Forderungen von Sozialarbeitern und Erzieherinnen aufzunehmen, sehen wir darin, daß die Gewerkschaften es versäumt haben, unsere Berufssituation und die Bedeutung unserer Arbeit für die Gesellschaft zusammen mit Sozialwissenschaftlern zu analysieren.
W i r f o r d e r n daher die Gewerkschaften auf, den ARBEITSKREIS KRITISCHE SOZIALARBEIT, der sich in seinen Arbeitsgruppen diese Aufgabe gestellt hat, finanziell zu unterstützen.

Wir erwarten die Stellungnahme der Gewerkschaften bis Ende Juli 1970".

Dokument Nr. 4

Frankfurter Rundschau vom 4.7.70

"Sozialarbeiter fordern sofortiges Verhandeln
'Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit' verabschiedete Resolution/
Lange Diskussion

Dreieinhalb Stunden diskutierten Sozialarbeiter und Erzieherinnen auf Einladung des Arbeitskreises Kritische Sozialarbeit (AKS) am Donnerstagabend im Frankfurter Gewerkschaftshaus über die Ergebnisse der Einstufungsverhandlungen vom 12. und 13. Mai, ihre Unzufriedenheit über die hierbei von den Gewerkschaften Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erreichten Ergebnisse. Die eigentlich auch vorgesehene Diskussion über künftige Aktionen fiel wegen der vorgerückten Zeit ins Wasser.

Zu Beginn verlas Diskussionsleiter Rudolf Kraus ein Schreiben, in dem Helmut Klapprot, Geschäftsführer der ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt, und Willi Guenon, Arbeitersekretär der ÖTV-Kreisverwaltung, schriftlich ihre Zusage, zu erscheinen, wieder zurücknahmen, weil sie sich 'diffamiert' fühlten (wir berichteten am 30. Juni unter der Überschrift 'Vertrauen in die Gewerkschaften verloren' über AKS-Kritik), weil sie kein Buhmann sein wollen. Für sie kommt eine Diskussion mit dem AKS nicht mehr in Frage. Auch sind sie künftig nicht mehr bereit, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Immerhin stellten sich Dieter Diacont, ÖTV-Bezirkssekretär, und Frau Elisabeth Simon, Leiterin der Fachgruppe 'Sozialpädagogische Berufe' bei der GEW Hessen für die Diskussion zur Verfügung.

Selbstkritik des AKS wurde laut:'Unsere globalen Forderungen waren zu ungenau. Wir müssen darüber diskutieren, wie man präziser gefaßte Forderungen verwirklichen kann.' Donnernder Beifall. Diacont verwies auf die Wichtigkeit, 'die Masse zu mobilisieren'. Und darauf, daß von den 140 000 im Sozialbereich Tätigen nur 8000 organisiert seien. Im übrigen hätte die ÖTV Hessen und Berlin gegen den Abschluß des letzten Bundestarifvertrags gestimmt.

Elisabeth Simon forderte: 'Nackter Sachverstand muß Platz greifen!' Im übrigen sei die Basis durch die Annahme ungünstigerer Vorwegregelungen ausgehöhlt worden. Worauf sofort gekontert wurde: 'Wenn so etwas in Berlin und Hamburg möglich war, so ist das doch nur ein Beweis, daß die Gewerkschaften die Leute nicht genügend aufgeklärt haben.'"

Jedoch schon bei der Veranstaltung zeigte sich, daß die Forderungen in der ÖTV nicht durchgesetzt werden konnten, weil der Kampf um materielle und strukturelle Verbesserungen im Sozialbereich nicht auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt wurde. Der Konflikt zwischen Basis und Gewerkschaftsapparat wurde allein in Frankfurt ausgefochten.

Auch der Mobilisierungsgrad in Ffm. selbst war erschöpft - d.h. ausgelöst und beeinflußt durch das Verhalten der Gewerkschaftsfunktionäre gegenüber der Bewegung der Basis, ergab sich bei einem die damalige Arbeit bestimmenden Teil der AKS-Mitglieder eine gewerkschaftsablehnende, teilweise gewerkschaftsfeindliche Haltung.
Dies trifft wiederum auf eine unter Sozialarbeitern und Sozialpädagogen weit verbreitetes "Anti-gewerkschaftliches" Bewußtsein. Aufgrund ihrer Klassenlage - Mittelschichtsangehörige, Aufsteiger - verstehen viele Sozialarbeiter sich noch nicht als Lohnabhängige. Die Ideologie des Dienens verbietet das Eintreten für materielle Forderungen und erschwert eine politische Einschätzung von Sozialarbeit.

Dieses falsche Bewußtsein der eigenen Lage erschwerte das Bemühen des AKS, sich innerhalb der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen breiter zu verankern. Die spontane Zustimmung wich einer distanzierten, abwartenden Haltung bei vielen Kollegen, als sich der AKS in den folgenden Monaten reaktiv mit aktuellen Problemen, Mißständen und Widersprüchen der Sozialarbeit in Frankfurt politisch auseinandersetzte.
Im Vordergrund der Auseinandersetzungen standen:

1. Auseinandersetzung mit dem Stadtschulamt über den Kindertagesstättenentwicklungsplan
2. Solidarische Unterstützung der Jugendlichen für einen Jugendclub
3. Stellungnahme zu aktuellen politischen Ereignissen (z.B. Protest gegen die Absetzung des Fernsehfilms "Bambule" von U. Meinhof etc.)
4. Unterstützung der streikenden Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen im Betriebskindergarten des Stadtkrankenhauses

Dieser Streik richtete sich gegen die miserablen und ungenügenden personellen, räumlichen und finanziellen Zustände im Betriebskindergarten des Stadtkrankenhauses F.-Höchst. Die Kindergärtnerinnen forderten:
- kollektive Leitung,
- mehr und besser ausgebildetes Personal,
- Anpassung der Arbeitszeit der Mütter (Krankenschwestern etc.) an die Bedürfnisse der Kinder.

Arbeitgeber Sozialdezernent Gerhardt reagierte mit fristloser Entlassung von 4 Mitarbeiterinnen.
Der AKS klärte in Presseveröffentlichungen und Flugblättern über diese rechtswidrige Repression der Stadt auf und versuchte durch ein Go-in am 30.9.1970 die Rücknahme der Kündigungen zu erreichen.

Dokument Nr. 5

Frankfurter Rundschau vom 1.10.70

"Es bleibt bei vier Kündigungen
'Go in' bei Stadtrat Gerhardt ohne Ergebnis/ 'Kein Gesprächsstoff'

Ein 'Go in' beim Sozialdezernenten Gerhardt machten am Mittwochnachmittag rund 40 Mitglieder des Arbeitskreises Kritische Sozialarbeit (AKS). Sie wollten die sofortige Rücknahme der am Dienstag gegen vier Erzieherinnen des Betriebskrankenhauses im Stadtkrankenhaus Höchst ausgesprochenen fristlosen Kündigungen erreichen. Nach einem einstündigen Gespräch mit Gerhardt schieden sie ohne Ergebnis. Der Stadtrat beanstandete hinterher das 'große Durcheinander' und betonte, er habe in der vergangenen Woche in fünfstündigen Gesprächen seinen Standpunkt dargelegt und unter anderem eine Mitarbeiterkonferenz für den Kindergarten vorgeschlagen. 'Im Moment', so erläuterte Gerhardt, 'gab es aber eigentlich keinen Gesprächsstoff.'
Die Unergiebigkeit des Gesprächs machten auch die AKS-Vertreter deutlich. Sie wollen gegen Stadtrat Gerhardt 'Strafantrag wegen Verletzung der Aufsichtspflicht' stellen. Im übrigen fordern sie den Magistrat auf, 'die ungerechtfertigten Kündigungen' zurückzunehmen und 'sich selber über die unhaltbaren Zustände zu informieren'. Sie werfen Gerhardt vor, er habe ein ernsthaftes Gespräch gar nicht führen und statt dessen wiederholt die Polizei rufen wollen, um den Besuch abzukürzen. Der AKS forderte nach diesem Gespräch Gerhardts Rücktritt.

Gerhard beharrte darauf, die fristlose Kündigung sei zu recht erfolgt. Die Verwaltung hatte die Kündigung wegen 'erheblicher Störung des Betriebsfriedens und fortgesetzter Arbeitsverweigerung' ausgesprochen. Verwaltungsleiter Goina erklärte, man sei bereit gewesen, die Frage einer kollektiven Leitung des Kindergartens zu überprüfen. Dabei aber hätte es juristische Probleme gegeben. Nur die Kindergärtnerin, nicht aber die vier Schwestern sei laut Gesetz zu dieser Leitung befugt. Außer einer Mitarbeiterkonferenz seien auch Mütterbeiräte angeboten worden. All dies aber hätte das Kindergarten-Kollektiv abgelehnt.

Ulrich Stascheit, der Rechtsanwalt der Gekündigten, erklärte demgegenüber: 'Die vom Magistrat ausgesprochene Kündigung' beruht auf einer falschen Information des Magistrats sowohl durch den Dezernenten Gerhardt als der Verwaltung des Krankenhauses Höchst. Unwahr ist, daß die entlassenen Kindergärtnerinnen die Arbeit verweigert haben.' Sie seien vielmehr am Montag von der Verwaltung des Krankenhauses an der Arbeit gehindert worden - was der Anwalt als eine nach der Hessischen Verfassung verbotene Aussperrung bezeichnete - und hätten sich am Dienstag zu einer von der Verwaltung auf 11 Uhr angesetzten Besprechung eingefunden. Hierzu sei auch der von der Verwaltung eingesetzte Mütterbeirat geladen gewesen. Wie der Rechtsanwalt betont, wurden aber weder das Kinderpflegepersonal noch der Mütterbeirat von der Verwaltung und von der Vertreterin des Landesjugendamtes, die die gerügten Mißstände überprüfen wollte, angehört. Statt dessen sei dem Kinderpflegepersonal nach vierstündigem Warten die fristlose Kündigung überreicht worden, die vom Sozialdezernat auf die angebliche Arbeitsverweigerung gestützt wurde.

Während Verwaltungsleiter Goina betont, es lägen bereits Bewerbungen vor, so daß sich die personelle Situation des Kindergartens bald bessern würde, beharren die AKS-Vertreter nach wie vor außer auf der Zurücknahme der Kündigungen auch auf 'Einhaltung der Richtlinien des Hessischen Sozialministers im Betriebskindergarten Höchst' auf kollektiver Leitung, vor allem aber auf 'Umwandlung des Betriebskindergartens in einen städtischen Kindergarten'."

Ergebnis der Auseinandersetzung:
- Die Kindergärtnerinnen wurden im Kindergarten Höchst nicht mehr eingestellt; vor dem Arbeitsgericht einigte man sich auf einen windigen Vergleich.
- Einem AKS-Mitglied, der ein Flugblatt mit unterzeichnete, auf dem scharfe Angriffe gegen Stadtrat Gerhardt formuliert und sein Rücktritt gefordert wurde, verweigerte man die fällige beamtenmäßige Beförderung und zog diese auf Monate hinaus.

Trotz der Aktionen des AKS wurde der Kreis der Aktiven zunehmend kleiner. Eine grundlegende Strategie für die Arbeit (Mobilisierung und Organisierung der im Sozialbereich Tätigen) fehlte. In den Gruppen tauchten zudem Kommunikationsschwierigkeiten auf und als einziges arbeitsfähiges Organ war nur noch das Plenum vorhanden, in dem Studenten eine sehr starke Rolle spielten. Die Sozialarbeiter fühlten sich durch sie 'fremdbestimmt', die Kindergärtnerinnen wiederum durch die Sozialarbeiter, denen sie vorwarfen, nicht auf ihre Interessen einzugehen und sie in Diskussionen zu überspielen. Folgende Konsequenzen wurden gezogen:
1. Aufteilung des AKS in Berufsfelder; es entstand je eine Gruppe von Sozialarbeitern und Kindergärtnerinnen
2. Schulung und theoretische Aufarbeitung der Geschichte und Funktion der Sozialarbeit

III Von spontanen Aktionen zu theoretischer Arbeit (1970/1971)

Im folgenden wird nur die Arbeit der Sozialarbeitergruppe dargestellt. (Zu einem späteren Zeitpunkt soll ein spezieller Info zur Situation und Problematik der Kindergärtnerinnen herausgebracht werden.) Der Arbeitskreis der Sozialarbeiter konsolidierte sich. 20-30 Sozialarbeiter und Sozialpädagogikstudenten arbeiteten kontinuierlich an einer Analyse der Geschichte der Sozialarbeit. Ziel dieser theoretischen Arbeit war es, die eigene ideologische Befangenheit aufzubrechen, das diffuse Unbehagen der Berufssituation und die täglich am 'Klientel' der Sozialarbeit erfahrenen Widersprüche sich rational verständlich zu machen und dem Gerede von der "Wohl- und Mittelstandsgesellschaft" und der "sozialen Grundordnung" ein realistisches Gesellschaftsbild, in dem die objektive Funktion der Sozialarbeit und ihr Eingebettetsein in den Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhang deutlich wird, entgegenzusetzen. Die Erarbeitung des AKS-Papiers "Geschichte und Funktion der Sozialarbeit" muß als ein Lernprozeß verstanden werden. Polit.-ökonomische Kategorien,eine histor.-materialistische Betrachtungsweise und die bürgerliche Literatur zur Geschichte und Funktion der Sozialarbeit wurden kritisch aufgearbeitet und materialistisch interpretiert. Es war für uns klar, daß Sozialarbeit nicht mehr als Ergebnis von Ideen verstanden werden konnte, sondern ihre geschichtliche Form und Funktion nur zu verstehen sind, wenn man den Zusammenhang zwischen materieller Produktion und gesellschaftlichen Überbau analysiert.
Begleitet war diese theoretische Phase, die wesentlich von einigen Studenten des Pädagogischen Seminars vorangetrieben wurde, von einer Reihe von Schwierigkeiten: Heterogenität der Gruppe, unterschiedlicher Wissensstand, unterschiedliche Fähigkeiten in der theoretischen

Arbeit, wie aber auch die Tatsache, daß in der bisherigen Ausbildung Informationen über den Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhang, in dem Sozialarbeit steht, vorenthalten, polit-ökonomische Kategorien nicht vermittelt und Ideologiekritik nicht geleistet wurde.

Die Arbeit am AKS-Papier wurde im Frühjahr 1971 fertiggestellt. Bis heute sind fast 4000 Exemplare verkauft worden. Der Anspruch, auf der Grundlage dieser Arbeit und der gewonnenen Erkentnisse ein neues politisch-strategisches Konzept für den AKS entwickeln zu können, konnte in diesem hohen Maße nicht eingelöst werden. Es gelang uns nicht, den eigenen Lernprozeß weiterzuvermitteln, so daß wir die weitere Planung unserer Arbeit wieder nur auf die Gruppe der Sozialarbeiter bezogen.

Folgende Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit sollten gesetzt werden:
1. Auseinandersetzung mit der Sozialbürokratie - aus der konkreten Analyse der Widersprüche am Arbeitsplatz sollte Material zur Funktionsbestimmung der Sozialarbeit in der BRD - wie im 1. Teil des AKS-Papiers angekündigt - gesammelt werden, sowie vermittelt durch eine Konfliktstrategie die Politisierung und Organisierung der Sozialarbeiter in den Institutionen vorangetrieben werden.
2. Zusammenarbeit mit studentischen Gruppen am Pädagogischen Seminar der Uni Frankfurt und der Fachhochschule, wobei die Vorstellung bestand, daß durch die Organisierung eines Kommunikations- und Erkenntnisprozesses von Praktikern, denen bestimmte Theoriebildung vorenthalten wurde,und von Studenten, denen es an Praxiserfahrung mangelt, eine Form der Zusammenarbeit gewonnen werden könnte, die sich positiv auf die Entwicklung von Projekten im Reproduktionsbereich in Verbindung mit der Betriebsarbeit, sowie auf die Weiterentwicklung einer marxistischen Theorie der Sozialarbeit, der Klärung im Hinblick auf die Bündnisfunktion der Sozialarbeiter für die Reorganisierung des Proletariats und der Strategie für eine politische Sozialarbeit bezogen auf das Klientel und die Sozialarbeiter im Ausbildungssektor, auswirken würde.

Dieser Versuch, in der konkreten Arbeit eine Verbindung von Theorie und Praxis herzustellen, scheiterte aus zwei Gründen:
1. Den Vorstellungen der Sozialarbeiter über eine solche gemeinsame Arbeit von Studenten und Praktikern wurde eine eindeutige Absage durch die damalige "Rote Zelle Pädagogik" am Pädagogischen Seminar erteilt; auf eine elitäre Art und Weise machte man den Sozialarbeitern den Vorwurf der ungenügenden Schulung in Polit.-Ökonomie und des Theorie-Defizits. Der Kontakt wurde abgebrochen.
2. Personelle Veränderungen im AKS, insbes. der Weggang eines Mitgliedes, das die Arbeit wesentlich theoretisch angeleitet und vorangetrieben hatte, führten zu einer völlig neuen Zusammensetzung des AKS (Gruppe Sozialarbeit) und damit auch zu einer anderen Orientierung der politischen Arbeit.

IV Praxisprobleme

Die neue Phase der Arbeit des AKS wurde im folgenden im wesentlichen bestimmt durch die Bedürfnisse der jungen Sozialarbeiter, die das Vorhaben,einer Analyse der Sozialarbeit in der BRD zu leisten, zugunsten

einer mehr praktisch orientierten Arbeit in den Sozialstationen aufgaben. Folgende Schwerpunkte wurden im Zeitraum von Sommer 1971 - Frühjahr 1972 bearbeitet:
1. Beschäftigung mit Organisationsstrukturen und inhaltlichen Tendenzen in der Familienfürsorge
Die im AKS organisierten Sozialarbeiter waren überwiegend in den Sozialstationen tätig und konfrontiert mit miserablen Arbeitsbedingungen. Seit einem halben Jahr lag ein 'offiziöses' Mittwochskreispapier (MKP) zur "Neuverteilung von Aufgaben im Sachgebiet Familienfürsorge" vor.

Dokument Nr. 6

"Vorschlag für einen Arbeitsplan des AKS
I Arbeitsaufgabe:
Beschäftigung mit Organisationsstrukturen und inhaltlichen Tendenzen in der Familienfürsorge.

Ziel:
Technokratisch reaktionäre Reformvorstellungen und -bestrebungen entgegenzutreten und Alternativkonzepte zu entwickeln, die im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Veränderung mit sozialistischer Perspektive zu sehen sind.

II Arbeitsschritte:
1. Analyse und Kritik des Mittwochs-Kreis-Papier unter folgenden Fragestellungen:
- Welches Gesellschaftsbild bestimmt das MKP und welche politische Funktion soll die im MKP konzipierte Sozialarbeit erfüllen?
- Wie sind im MKP wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt?
- Welche Veränderungen bringt dieses Konzept für die Praxis?
2. Überarbeitung und Vereinheitlichung der Kritik am MKP nach
- politischen und
- praktischen Kategorien.
D.h. Nachvollziehbarkeit der Analyse und der Kritik für die Kollegen ermöglichen, einmal was die politische Argumentation betrifft, wie auch die Informationen über das MKP selbst, da nicht vorausgesetzt werden kann, daß alle Kollegen das umfangreiche Papier kennen, so daß die Haupttendenzen vermittelt werden müssen.
3. Entwicklung eines Alternativentwurfes
- Zieldetermination (Bewußtmachen von latenten Konflikten am Arbeitsplatz als Grundlage einer Agitation)
- Bestimmung der genauen Zielgruppe und Ermittlung des Bewußtseinstandes (welche relevanten Konflikte sind latent vorhanden?)
- Fixierung der Punkte, die alternativ weiter entwickelt werden sollen
- Erarbeitung der Alternativpunkte (Strukturierung, arbeitsteilige Organisierung unter dem Aspekt: sammeln von theoretischen und praktischen Informationen)
- gemeinsame Diskussion
- Vereinheitlichung

(Die Entwicklung eines Alternativkonzeptes wurde nach einer kontrovers geführten Diskussion nicht aufgenommen, da die Mehrheit im AKS sich nicht zu Handlangern und Rezeptelieferant für die Verwaltung verstanden wissen wollte.)

4. Erstellung eines Gesamtpapiers - d.h. Teil 2 und 3 sollten miteinander verbunden werden.

III Erarbeitung einer Strategie, in die Öffentlichkeit zu treten:

1. Publikation des Gesamtpapiers
2. Plenumsveranstaltung
3. Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, um den Alternativentwurf umzusetzen (z.B. ÖTV)
4. Kaderfragen in den Sozialstationen."

Die Analyse und Kritik des 'MKP' nahm in dieser Phase einen sehr breiten Raum ein, und es zeigte sich, daß zunehmend mehr Sozialarbeiter sich an der Arbeit des AKS beteiligten, weil sie ihre Probleme angesprochen fühlten.
In mehreren nichtöffentlichen Zusammenschlüssen hatten Sozialarbeiter mittlerweile Vorschläge zur Reform der Arbeitsstruktur der Gefährdetenhilfe, JGH und Obdachlosenarbeit entwickelt. Die Stadt Frankfurt duldete bzw. förderte diese Initiativen, weil damit das Widerstandspotential in 'konstruktive Kanäle' gelenkt und die Organisierung kritischer Sozialarbeiter gespalten werden konnte. Zum Jahreswechsel 1971/72 veröffentlichte daher der AKS seine Kritik des MKP und entlarvte die technokratische, klientenfeindliche Funktion dieses Papiers. Ohne Beteiligung des Klientels und hinter dem Rücken der Sozialarbeiter war ein Konzept entwickelt worden, daß die Kontrolle der Sozialarbeiter, wie die Möglichkeiten ihrer Disziplinierung vergrößerte. Im Januar 1972 lud der AKS alle Sozialarbeiter zu einer öffentlichen Auseinandersetzung ein. Ca. 60 Sozialarbeiter aus allen Sozialstationen nahmen an dieser Diskussion teil. In der Diskussion mit den Autoren des 'MKP' machte der AKS deutlich, daß es hier nicht nur um eine fachlich auf Methoden reduzierte Sozialarbeitskritik ging, sondern, daß Sozialarbeit Bestandteil der Sozialpolitik, als Befriedungs- und Disziplinierungsinstrument zu verstehen ist, somit nicht isoliert betrachtet werden darf von den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen und der sie bestimmenden Interessen. Bei einer Neuorganisation der Strukturen der Sozialarbeit muß daher gefragt werden, welchen Interessen Sozialarbeit dienen soll: dem Interesse des Klientels oder den Interessen der herrschenden und privilegierten Gruppen. Diese Fragestellung wurde in der Diskussion verdeutlicht und für jeden Sozialarbeiter als erfahrbar dargestellt an Beispielen aus der Praxis und dem Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Sozialarbeit. Bezogen auf das 'MKP' wurde deutlich gemacht, daß eine Neuverteilung der Aufgaben in der Familienfürsorge nur dann sinnvoll sein kann, wenn sich die Bedingungen für die Praxis der Sozialarbeiter so verändern, daß sie nicht der Kontrolle der Klienten sondern deren Interessenlage gerecht werden. Solche Veränderungen sind denkbar auf dem personellen Sektor, im Bereich der fachlich-methodischen Arbeit und der Organisationsstruktur der Sozialarbeit. Ein weiterer wichtiger Punkt in der Diskussion war das Aufzeigen des politischen Stellenwertes, der diesem Papier zukam. So ist bezeichnend für die Situation der Sozialarbeit in Frankfurt - daran hat sich bis heute nichts geändert -, daß ein kleiner Kreis mit der Ausarbeitung eines Organisationsmodells beauftragt wurde, diese Auswahl nicht zufällig ist, sondern sich be-

zieht auf solche Vertreter, deren dort repräsentierten Auffassungen über 'moderne Sozialarbeit' den Vorstellungen der Sozialbürokratie am nächsten kommen, und zudem die Diskussion unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wird. Wir machten deutlich, daß dieses Papier nicht nur ein Beispiel ist, wie über die Köpfe der Sozialarbeiter hinweg Organisationskonzepte entwickelt werden, sondern die Art der Bevormundung völlig entsprechend der absteigenden Hierarchie öffentlicher Verwaltung ist und Ergebnis der bestehenden Struktur der Sozialarbeit, in der jeder Mitarbeiter mit wachsender Entfernung von der Verwaltungsspitze hinsichtlich prinzipieller Entscheidungen entmündigt ist. Der Vorschlag der Autoren des 'MKP' würde daher die Struktur der Sozialbürokratie festigen durch verbesserte Kontrolle des Sozialarbeiters bei verstärkter personaler Abhängigkeit.

Auswirkungen, die offen sichtbar wurden, hatte die Veranstaltung auf zwei Ebenen:
- die Autoren des 'MKP', konfrontiert mit der Kritik und der dadurch beeinflußten Kollegenschaft, in der diese Vorschläge zur Neuorganisation wenig Resonanz fanden, zogen ihren Organisationsvorschlag zurück und lösten sich wenig später als Arbeitskreis auf
- die Kollegen und Kolleginnen zeigten in den nächsten Wochen eine Kampfbereitschaft, sich gegen Disziplinierungsversuche durch die Sozialbürokratie zu wehren, wie die Veranstaltung der SPD-Fraktion zur Obdachlosenarbeit zeigte.

Allerdings muß auch gesagt werden, daß der AKS nach dieser Veranstaltung zwar einige neue Mitglieder gewinnen konnte, nicht aber eine stärkere Verankerung im Kollegenkreis, die sich in aktiver Mitarbeit bemerkbar macht. Der AKS wird zwar als Gruppe, die bestimmte Probleme aufgreift und die Diskussion und Auseinandersetzung vorantreibt, akzeptiert, was aber nicht heißt, daß eine größere Anzahl Sozialarbeiter Konsequenzen aus dem Widerspruch am Arbeitsplatz zieht und sich im AKS organisiert. Welche Gründe dies hat, soll im letzten Abschnitt erläutert werden.

Beschäftigung mit dem Problem der Obdachlosenhilfe und Unterstützung der Initiativgruppe 'Obdachlosenarbeit'

An dieser Stelle soll nur die Initiative des AKS dargestellt werden, eine Darstellung des Konflikts befindet sich an anderer Stelle in diesem Heft.

Schon die Diskussionsveranstaltung über das MKP machte deutlich, daß sich die Sozialarbeiter nicht mehr ohne weiteres Bevormundungen und Disziplinierungen gefallen lassen würden, wenn auch nur eine geringe Zahl von Sozialarbeitern als Konsequenz sich im AKS und ÖTV organisierte. Daher war für den AKS nach Diskussion der Vorfälle um die inhaltliche Arbeit in der Obdachlosenhilfe und den Disziplinierungsversuchen durch den damaligen Stadtrat Gerhardt klar, daß hier konkrete Aufklärungs- und Unterstützungsarbeit zu leisten war, sowohl bezogen auf die Masse der Sozialarbeiter in den Institutionen, sowie in der konkreten Auseinandersetzung mit den reaktionären Vorstellungen der Sozialbürokratie über die Obdachlosenarbeit. Dazu wurde in Flugblättern, Briefen und einer Dokumentation die notwendige Information und Aufklärung geleistet.

Dokument 7, Frankfurter Neue Presse vom 27. Januar 1972

Eingeschränkt und mundtot gemacht?

Sozialarbeiter klagten / SPD diskutierte Obdachlosen-Frage

nd — Massiven Vorwürfen sah sich das Sozialamt der Stadt Frankfurt ausgesetzt, als jetzt im Rathaus Vertreter der SPD-Stadtverordnetenfraktion zusammen mit Sozialarbeitern das Thema diskutierten: „Gibt es in Frankfurt ein Konzept für die Sozialarbeit mit Obdachlosen?". Auch CDU-Stadtrat Gerhardt, der nach erfolgreich verlaufener Operation noch im Krankenhaus liegt, wurde dabei nicht verschont. Er wurde beschuldigt, die Initiativgruppen der Sozialarbeiter „eingeschränkt und mundtot" gemacht zu haben. „Stadtrat Gerhardt hat versucht", so Sozialarbeiter Günther Pabst unter dem lauten Beifall seiner Kollegen, „die Sozialarbeiter zu vereinzeln in einer Art und Weise, die ich hier nicht schildern möchte, und so Druck auf sie auszuüben."

Lisy Alfhart, die Vorsitzende des Sozialausschusses, wies vor vollem Haus auf die großen Bemühungen der SPD seit zwei Jahren hin, das Obdachlosenproblem in Frankfurt zu lösen. Bereits 1970 habe die SPD mit Erfolg den Antrag eingebracht, Stellen für acht Sozialarbeiter zu schaffen, die als Team in der Gemeinwesenarbeit eingesetzt werden sollten. (Gemeinwesenarbeit bedeutet etwa: begleitende Hilfe für Obdachlose, die in Normalwohnungen eingewiesen wurden und die sich nun in der neuen Umgebung zurechtfinden müssen.)

Bis heute aber warte man auf dieses Team, weil der Magistrat behaupte, er finde keine Leute. SPD-Stadtverordneter Schöppner stellte die Frage, woran es wohl liege, daß sich bislang nur eine Dame für diese projektbezogene Arbeit gemeldet habe.

Der Leiter des Sozialamtes, Magistratsrat Dahlem, der zusammen mit Amtsrat Humbert den Standpunkt der Verwaltung verteidigte, hörte in der Folgezeit wenig Erfreuliches. Von allen Seiten wurden Beschuldigungen und Klagen über sein Haupt geschüttet.

MUNDTOT

Doch zunächst skizzierte er das Obdachlosenproblem aus seiner Sicht: Mit der Wohnung allein sei es nicht getan. Obdachlose könne man nicht als homogene Gruppe sehen, und schließlich fehle es noch an empirischen Untersuchungen über die Ursachen des Obdachlosenproblems. Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation dieser Leute lägen in einer intensiven Betreuung von einzelnen Familien und Zusammenfassung mehrerer Familien in Gruppen oder in der Weiterführung der bisher in Frankfurt praktizierten Familienfürsorge und Akzentverlagerung auf spezifische Probleme der Familien. Er sei der Meinung, die Gemeinwesenarbeit sei nicht das Allheilmittel, der Vorzug genieße die Einzelhilfe. Die Sozialarbeiter hingegen gaben der Gemeinschaftsarbeit den Vorrang.

In der nun sehr lebhaft einsetzenden Diskussion forderte Stadtverordneter Schöppner, die Gemeinwesenarbeiter dürften keine Erfüllungsgehilfen der Verwaltung sein. Sozialarbeiter Pabst klagte den Magistrat an, jegliche Versuche von Sozialarbeitern, Initiative zu entwickeln, abgewürgt zu haben (starkes Beifallsklopfen). Genannt wurden die „Initiativgruppen Obdachlosenarbeit", der „Arbeitskreis kritische Sozialarbeit" und die Sozialstation Gallus. Durch Einschüchterungen seitens Stadtrat Gerhardts sei die erstgenannte Gruppe mundtot gemacht worden.

Und Sozialarbeiterin Rommerskirchen meinte: Bisher sei das Problem der Obdachlosen ganz schlicht und einfach verwaltet worden. Es würden „unheimliche Mittel" ausgegeben, um Familien, die bereits in Siedlungen eingeordnet worden seien, finanziell zu sanieren, damit sie nicht allzusehr auffielen. Dies aber sei nichts anderes als das, was Stadtverordneter Schöppner als „Sozialfummelei" bezeichnete.

Die Obdachlosen, so kritisierte Pabst, würden von der Verwaltung als Objekt gesehen, nicht als Subjekt. Sie müßten jedoch durch Einbeziehung in die Konzepterarbeitung (Hilfe zur Selbsthilfe) selbst Ideen entwickeln können, wobei zu beachten sei, so ergänzte eine Kollegin, daß ein neues Konzept von den Sozialarbeitern und nicht von der Verwaltung erarbeitet werden solle.

Über die Stellung der Sozialarbeiter sagte Schöppner unter starkem Beifall der fast ausschließlich jungen Leute: „Die Sozialarbeiter sind Anwälte der Obdachlosen und nicht Erfüllungsgehilfen der Verwaltung. Sie sollen den gleichen Stellenwert bekommen wie die Lehrer in der Stadt."

Allgemein in Erstaunen versetzte die Anwesenden die Mitteilung von Sozialarbeiter John, daß Amtsrat Humbert vom Sozialamt es abgelehnt hatte, ein von der Sozialstation Gallus erarbeitetes und vorgelegtes Konzept überhaupt zu lesen, weil es zu lang sei.

ABGELEHNT

Humbert wies darauf hin, daß es zukünftig keine Notunterkünfte mehr in Frankfurt geben werde, da die von der SPD geforderten 300 Wohnungen für diesen Personenkreis gebaut würden. Der Sozialstation Gallus habe er ein Angebot gemacht, das diese erst nach einer Woche Bedenkzeit abgelehnt hätte.

Eine Kuriosität: Sozialarbeiterin Beer wies auf die noch gültige Bestimmung in einer entsprechenden Vorschrift hin, wonach die sozialen Verhältnisse derjenigen Obdachlosen, die in eine Wohnung eingewiesen würden, geordnet sein müßten (großes Gelächter).

In einer Art Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Besprechung forderte abschließend Sozialarbeiter Pabst:
1. Keine Zentralisierung der Bearbeitung der Obdachlosen, sondern weiterhin von der zuständigen Sozialstation aus.
2. Einsetzen eines Arbeitsteams Gemeinwesen, das eine gemeinsame Konzeption entwickelt, und Ausschreibung der noch freien sieben Stellen in Fachzeitschriften und Zeitungen, um das nötige Personal zu bekommen.
3. Keine weitere Einweisung von Familien in Notunterkünfte oder Übergangswohnungen und
4. keine Unterdrückung und verfehlte Repressalien gegen Sozialarbeit und Initiativgruppen.

Dazu Lisy Alfhart: „Daß kein Druck auf diese Gruppen ausgeübt wird, dafür sollte die Fraktion der SPD Garant sein." Eine weitere Diskussion in dieser Runde soll bald folgen.

Zur weiteren Vertiefung und Auseinandersetzung mit der Arbeit in Obdachlosensiedlungen wurde im Februar 1972 eine Veranstaltung, an der ebenfalls ca. 50 Sozialarbeiter teilnahmen, mit einem Vertreter des 'Kölner Arbeitskreises der Notunterkünfte' im Club Voltaire organisiert.

Gewerkschaftsarbeit

Aufgrund der praktischen Orientierung der politischen AKS-Arbeit ergab sich auch die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsarbeit, die nun verstärkt wieder aufgenommen werden sollte. AKS-Mitglieder verstanden sich als eine gewerkschaftskritische Gruppe, die bestimmte Initiativen in die Gewerkschaft hineintragen wollte. Kritisch ist jedoch anzumerken, daß die Entscheidung für eine Gewerkschaftsarbeit aus pragmatischen Gründen getroffen wurde, eine Analyse der Rolle der Gewerkschaft in der BRD nicht vorlag und auch kein daraus resultierendes strategisches Konzept.
Erfolge zeigten jedoch:
a) ein vom AKS vorbereitetes und durchgeführtes ÖTV-Seminar zu Fragen der Mitbestimmung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen bei der Veränderung ihres Arbeitsplatzes und Arbeitsfelder
b) die Mitwirkung an der Herausgabe einer Informationsschrift der Fachgruppe Sozialarbeit "Soziales und Unsoziales", die vierteljährlich erscheint und zu aktuellen Problemen und Widersprüchen in den Sozialstationen und Kindertagesstätten Stellung nimmt.

Öffentlichkeitsarbeit/Kontakte mit anderen Gruppen

Die Öffentlichkeitsarbeit bezog sich im wesentlichen auf Presseerklärungen zu aktuellen Ereignissen, Vorträge und Diskussionen an Volkshochschulen, Jugendbildungsstätten und Fachhochschulen, insbesondere der Fachhochschule für Sozialarbeit in Frankfurt.

Erstmals wurde auch im November 1971 Kontakt mit dem 'Sozialistischen Büro' aufgenommen, da den Vertrieb der AKS-Broschüre übernahm und mit dem eine weitere Zusammenarbeit vereinbart wurde. Schon zum damaligen Zeitpunkt war uns klar, daß der AKS sich in einer berufsbezogenen Isolierung befindet, die nur aufgelöst werden kann, indem man mit politischen Gruppen aus anderen Bereichen Kontakt aufnimmt.und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit sucht. Daher wurde auch dem Vorschlag zugestimmt, am 1. Treffen verschiedener politischer Gruppen aus dem Raum Frankfurt, die in Kontakt zum Sozialistischen Büro stehen und für Frankfurt ein 'Sozialistisches Zentrum' entwickeln und aufbauen wollen, teilzunehmen. Ein AKS-Mitglied (Gruppe Sozialarbeit) erarbeitete dazu aus den bisherigen Unterlagen und Diskussionen 'Ansätze praktischer politischer Arbeit auf dem Sektor Sozialarbeit', die dort vorgetragen wurden und die Kindergärtnerinnen berichteten von ihrer bisherigen Arbeit. Langfristig bestand die Absicht, mit diesen Gruppen zu kooperieren, im Moment aber die Konsolidierung im AKS selbst voranzutreiben.

Dokument Nr. 8

"Ansätze praktischer politischer Arbeit auf dem Sektor "Sozialarbeit" (Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit) 1971
1. Die Funktion von Sozialarbeit mit ihren verschiedenen Bereichen im Reproduktionsbereich ist bisher nur oberflächlich und global bestimmt (sieht AKS-Papier "Zur Geschichte und Funktion der Sozialarbeit").
Wir können aber feststellen, daß es sich bei der Sozialarbeit um einen vernachlässigten Bereich gesellschaftlicher Reproduktion handelt. Äußerlich manifestiert sich diese Tatsache in den fehlenden Mitteln, der ungenügenden personellen und materiellen Ausstattung, mangelhafter Ausbildung etc.

2. Die Institutionen der Sozialarbeit sind gekennzeichnet durch hierach. Strukturen, mangelhaften Informationsfluß, fehlende Kooperation, ausgeprägtes Konkurrenzverhalten und Resignation der in ihr tätigen Sozialarbeiter.
Die Praxis der Sozialarbeit vollzieht sich heute auf den unteren Rängen einer Verwaltungsbürokratie, die von den oberen Instanzen gesteuert wird. Dieses Verwaltungsmodell entspricht dem der obrigkeitlichen Polizei-, Wehr- und Finanzverwaltung, in dem der Sozialarbeiter und der Klient als Abhängige total in den Herrschaftszusammenhang eingebettet sind.

3. Der AKS versteht sich als Zusammenschluß sozialistischer und demokratischer Sozialarbeiter; seine Aktivitäten richten sich auf
- eine Mobilisierung der im Sozialbereich tätigen Mitarbeiter
- das Ziel, die Aufgaben der Sozialarbeit neu zu bestimmen und auf Grund der Analyse bestehender Mißstände Strategien zur Veränderung der zukünftigen Praxis abzuleiten (langfristig sozialistische Berufspraxis)
und gegen
- Versuche, Sozialarbeit in technokratische Verfügung zu nehmen,
- Sozialarbeiter und Klienten zu disziplinieren.

4. Als Strategie bietet sich die Konfliktaktualisierungsmethode an: Mißstände im sozialen Bereich, Widersprüche und Konflikte innerhalb der Sozialbürokratie sollen erkannt und aufgezeigt werden. Publikation, Protest und Kampfmaßnahmen sollen Einsicht in den Herrschaftscharakter und die Schranken des Systems vermitteln. (z.B. wäre aufzuzeigen, warum aus parteipolitischen Gesichtspunkten das Projekt stadtteilbezogene Gemeinwesenarbeit nun schon monatelang verschleppt wird etc.)
Konkreter Anlaß ist in den nächsten Wochen die Vorbereitung einer Veranstaltung zu der alle Sozialarbeiter eingeladen werden und in der am Beispiel des reaktionären Organisationskonzeptes zur Umstrukturierung der Fafürsorge gezeigt werden soll, wie über die Köpfe der Sozialarbeiter und Klienten neue Organisationskonzepte entwickelt werden, die allein an der Effizienz sozialer Kontrolle orientiert sind.

5. Wir sind uns dabei allerdings bewußt, daß auf der einen Seite Sozialarbeiter auf Grund ihrer Berufsrolle nur bedingte Möglichkeiten haben, Gesetze und materielle Potenzen zu Gunsten der Klienten umzufunktionieren,
und auf der anderen Seite, daß Sozialarbeit unter kapitalistischen Bedingungen immer integrative Funktion hat.

Auch das, was sich in der aktuellen Bereitschaft zu Veränderungen zeigt, dient dem Ziel sozialer Kontrolle und dem Verwertungsinteresse des Kapitals.
Es gilt aber die Freiräume weiter auszubauen und die objektiven Reformtendenzen bis an die Grenze auszunutzen, aber auch zu verhindern, daß es nur bei berufsreformerischen, standespolitischen Aktivitäten bleibt.

6. In der Zusammenarbeit - bei Erhaltung der Eigenständigkeit des AKS zum jetzigen Zeitpunkt - mit anderen sozialistischen Gruppen sehen wir
- eine realistische Möglichkeit das o.g. zu verhindern
- langfristig einen Beitrag zum Aufbau einer sozialistischen Bewegung zu leisten."

V Selbstverständnisdiskussion (Mai 1972 - Herbst 1972)

Unbehagen an der politischen Arbeit, die in den Aktionen sichtbar werdende Tatsache der fehlenden praktischen-politischen Perspektive, mangelnde Kontinuität der Teilnehmer in den AKS-Sitzungen, ein häufig wechselnder Teilnehmerkreis und die damit sich ergebende unverbindliche Arbeitsweise waren Anlaß, die seit langem notwendig gewordene Selbstverständnisdiskussion endlich aufzunehmen, um darauf aufbauend die weitere Organisation und Arbeitsweise verbindlich festzulegen.
Die Diskussion ist bis heute noch nicht abgebrochen, aber auch nur unsystematisch geführt und oft durch aktuelle Ereignisse unterbrochen worden.
Wie die zentrale Arbeitstagung im März 1973 zeigte, ergibt sich laufend die Notwendigkeit, Aufgabenstellung und Funktion des AKS immer wieder neu zu diskutieren und zu bestimmen.
Die damalige Diskussion soll hier an Hand der Protokolle nachgezeichnet werden. Auf eine systematische Zusammenfassung wurde verzichtet, da nur so eine Einsicht in den Diskussionsprozeß gewährleistet ist und die Schwierigkeiten der Gruppe deutlich werden:

Dokument Nr. 9

Auszug Protokoll 25.5.72
"3. Es lag vor ein Flugblatt der ÖTV zur Besoldungsregelung der Techniker. Da auch die Sozialarbeiter davon betroffen sind, wurde das beiliegende Flugblatt entworfen und in den Sozialstationen verteilt.
Bei der Formulierung kam es zu Diskussionen
a) ob das Wort "Kampf" benutzt werden soll, da dies die Kollegen gleich wieder gegen den AKS einnehmen könnte
b) ob nicht in den Text der Hinweis auf das Stufensystem im BAT, der damit verbundenen Hierachisierung in der Sozialarbeit und auf unsere Forderung nach Auflösung des Stufensystems erfolgen sollte.
Ohne Abstimmung wurde das Wort "Kampf" beibehalten und Punkt 3 b fallen gelassen.
Zu einer längeren Diskussion kam es über die Aufforderung im Text, "sich zur Durchsetzung dieser Forderungen zu organisieren".
Die Ansicht, daß dieser allgemeine Appell politisch sinnlos ist, da die konkreten Realisierungsmöglichkeiten nicht angegeben werden, konnte sich nicht durchsetzen; die Mehrheit war für die Beibehaltung der Formulierung im Flugblatt."

Dokument Nr. 10

Auszug Protokoll 30.6.72
"1. Stellungnahme:
Der AKS litt bisher unter den widersprüchlichen Erwartungen zwischen den dem AKS angehörenden "Theoretikern" und den unmittelbar an der "Front" stehenden Praktikern. Vom AKS wird eine handfeste Hilfe erwartet, den eigenen politischen Standpunkt festzumachen und den Kampf mit der Verwaltung besser durchzustehen. Da man aber mit steigendem politischen Bewußtsein in der Sozialstation mit immer größeren Schwierigkeiten zu rechnen hat (man gilt als gefährlich und wird bloßgestellt), erwarte man sich auch eine intensive Hilfe vom AKS, die Kollegen durch Informationspapiere zu konkreten sozialen Problemen auf ein höheres politisches Niveau zu heben, nicht zuletzt auch deshalb, um den eigenen politischen Standpunkt in den Augen der Kollegen relativieren und zu neutralisieren zu helfen.
2. Stellungnahme:
Der AKS sollte ein Kreis sein, der einem theoretisches Wissen über bestimmte Strukturen unseres Systems vermittelt und an akutellen Dingen innerhalb der S.A. diese Theorie verdeutlicht.
Reflexion der S.A. an Hand besserer Theoriekenntnisse.
3. Stellungnahme:
Man schließt sich an das vorher Gesagte an mit der zusätzlichen Erwartung an den AKS, mehr Hilfen für die Verbesserung der eigenen Arbeitsplatzsituation zu entwickeln und zu erarbeiten. Kritik an der bisherigen AKS-Praxis: durch die Beschäftigung mit verschiedensten, sozialen Aktualitäten habe man sich verzettelt und dabei seien die Probleme der eigenen Praxis zu kurz gekommen. Das schließe nicht aus, daß der AKS in Zukunft - dann aber gezielter - zu sozialen Aktualitäten Stellung nehmen soll.
An dieser Stelle entfachte sich eine Diskussion am Beispiel der Stellungnahme zum Georg-von-Rauch-Haus. Vielen sei die im Papier angegebene Parallelität des G.v.R.-Hauses und der Jügelstraße nicht so klar gewesen. Auch sei oft zu wenig darüber diskutiert worden, warum man zu bestimmten sozialen Aktualitäten Stellung bezog. Die Betroffenheit (politische) des AKS müßte in solchen Fällen oder generell deutlicher vordiskutiert werden, bevor man Stellungnahmen abgibt.
Eine andere Meinung war die, daß die Abgabe von Stellungnahmen zum Selbstverständnis des AKS gehören muß.
4. Stellungnahme:
Sozialarbeit hat keinen emanzipatorischen Charakter, da ihre Funktion von der Gesellschaft bestimmt wird und die ist: SA dient zur Verschleierung gesellschaftlich bedingter Ungerechtigkeiten. Deshalb sollte der Schwerpunkt der Arbeit im AKS nicht im Vorantreiben sozialarbeiterischer Reformen liegen, sondern in der Politisierung der Kollegen. (Man sollte eine Bewegung unter den Kollegen in Gang setzen).
Es wurde die Frage an die anderen im AKS gestellt, welchen Stellenwert Reformentwicklungen im AKS haben sollen. Der Schwerpunkt solle vielmehr darin liegen, sich über die Funktion von SA klarzuwerden auf dem Hintergrund der Analyse der unmittelbaren Arbeitsbedingungen (Bezahlung, hohe Fallzahl, Handeln der Verwaltung) und Verbindungen herzustellen von politischen Maßnahmen, die die eigene Arbeitsplatzsituation betreffen (Einstellungsstop, Etatkürzungen).
Auch hieran schloß sich eine Diskussion an, die diese Schwerpunktverla-

gerung nicht voll akzeptierte, da man sich durch die reine Analyse nicht allein klar wird, welche Funktion SA hat, sondern erst durch Entwicklung und Durchsetzung von Veränderungen, den Apparat und seine Widerstände kennenlernt, d.h. S.A. in ihrer Funktion erst dann richtig durchschaubar wird. Das setze aber voraus, daß eine gewisse Bewußtmachung unter den Kollegen vorausgegangen sein muß, damit eine Solidarisierung herzustellen ist. Dies zu leisten, sei auch eine Erwartung an den AKS.
Ein anderer Beitrag war folgender: S.A. sei zwar in ihrer Funktion von der Gesellschaft bestimmt, das dürfe jedoch nicht dazu führen, außerhalb des Berufslebens die Veränderung der Gesellschaft anzustreben. Man müsse täglich und bei jeder Gelegenheit Veränderung anstreben.
Dazu wurde eingewendet, daß nicht das eigene Wollen ausschlaggebend für die Funktion der S.A. sei und insofern die außerberufliche, politische Betätigung nicht zu unterschätzen sei."

Dokument Nr. 11

Auszug Protokoll 4.7.72
"1. Resonanz zum Papier vom Georg-von-Rauch-Haus aus den Sozialstationen:
Von der Sozialstation Eschersheim wurde dazu berichtet, daß den Kollegen die in unseren Ausführungen aufgezeigte Parallelität vom Georg-von-Rauch-Haus zur Jügelstraße nicht verständlich ist. Die Reaktion der Kollegen aus den anderen Sozialstationen zum AKS-Papier ist nicht bekannt. An dieser Stelle meinte ein Teilnehmer, der AKS müsse grundsätzlich mehr Informationen über auswärtige Situationen haben, um sie deutlicher darstellen zu können und dadurch bessere Vergleiche zur eigenen Praxis herstellen zu können.
Gegenargument:
Die Betroffenheit der Kollegen wäre größer, wenn Geschehnisse im Rahmen Frankfurts aufgegriffen und dargestellt würden, da die Überprüfbarkeit leichter ist.

2. Es wurde vorgeschlagen, das Protokoll vom 30.6.1972 zu systematisieren und die einzelnen Punkte weiterzudiskutieren.
Kurze Zusammenfassung:
a) Politischen Standort der Gruppe finden,
b) Unterstützung bei Kampf mit Verwaltung (von Betroffenheit ausgehen - Arbeitsplatz),
c) Agitationshilfen (Politisierung der Kollegen),
d) Theorie - Wissen, Reflektion,
e) Systemanalyse - Struktur,
f) Verbesserung der Arbeitsplatzsituation,
g) Funktion der Sozialarbeit klären.

Im weiteren Diskussionsverlauf wurde grundsätzlich die Standhaftigkeit des AKS in Frage gestellt im Bezug auf seine politische Durchschlagskraft.
Es herrscht bei Teilnehmern die Vorstellung, daß der AKS über sein eigenes Stadium nicht hinaus kommt (im eigenen Saft braten) und sei-

ne Resonanz dadurch nicht wirksam genug ist.
Jemand machte den Vorschlag, sich doch zunächst mehr mit der Reaktion der Kollegen aus den Sozialstationen auf bestimmte Aktivitäten des AKS auseinanderzusetzen. Erneut wurde das vom AKS gewählte Vokabular an seine Adressaten kritisiert und in Frage gestellt.
In diesem Zusammenhang tauchte nochmals die Frage auf:
Warum haben sich Teilnehmer vom AKS distanziert, als das Georg-von-Rauch-Haus-Papier diskutiert wurde?
Zudem wurde wiederholt die Frage gestellt, weshalb im AKS immer bestimmte Mitglieder im Alleingang Aktivitäten unternehmen. Als Beispiel wurde hier wieder die Arbeitsweise bei der Erstellung des Georg-von-Rauch-Papieres angeführt. Die Frage, ob die aktiven Teilnehmer in die dominierende Rolle gedrängt werden, konnte nicht abgeklärt werden.
Von einem Teilnehmer wurde die Auffassung vertreten, der AKS müßte seine Arbeit mehr systematisieren, d.h. bestimmte Aktualitäten besser darstellen im Zusammenhang mit dem gewerkschaftspolitischen Geschehen.
Die Diskussion lief erneut darauf hinaus, bevor gesellschaftsverändernde Arbeit geleistet wird, muß erst der politische Standpunkt der Gruppe festgesetzt werden.
Wie bestimmt man einen politischen Standort?
Über die Methode gingen die Meinungen auseinander. Einige meinten, der politische Standort einer Gruppe könnte zum Beispiel dadurch bestimmt werden, daß alle Teilnehmer zu aktuellen politischen Geschehnissen Stellung nehmen. Andere deklarierten diese Stellungnahme als politisches Glaubensbekenntnis.
Folgende Frage ergab sich:
Ist der AKS sinnvoll strukturiert, wenn er nur Sozialarbeiter als Mitglieder hat?
Resultierend aus den vorhergehenden Beiträgen teilten mehrere Teilnehmer die Auffassung, daß eine Gruppe nur einen politischen Standort gewinnen kann, indem sie, ausgehend vom Arbeitsplatz (eigene Betroffenheit), unter allen Umständen politische Zusammenhänge mit einbezieht, wobei der individuelle Standort durchaus abweichen kann.
Wie verkauft sich der Sozialarbeiter am Arbeitsplatz?
Kann dieses Problem im AKS diskutiert werden, oder ist dies Angelegenheit der Gewerkschaften?
Hier wurde von einem Teilnehmer der Wunsch geäußert, im AKS nicht die Funktion der Sozialarbeit zu diskutieren, sondern Möglichkeiten der Praxis aufzuzeigen, Strategien für die Praxis zu entwickeln aufgrund der Erfahrungen der einzelnen Teilnehmer. Nur aus vorangegangenen Fehlern kann gelernt werden (Resignation), reflektiert und neue Strategien entwickelt werden. Das methodische Vorangehen wurde nicht ausdiskutiert, da ein Teilnehmer seinen Unmut darüber äußerte, daß nur wieder vom Thema abgewichen würde. Er schlug vor, doch jetzt ganz konkret zu versuchen, eine Plattform für den AKS zu erarbeiten. Er war der Meinung, daß dies im Rahmen eines Wochenendseminars geschehen könne.
Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung am 11.7.1972 ist weiterhin die Selbstverständnisdiskussion und genaue Betrachtung der zusammengefaßten Punkte vom vorangegangenen Protokoll. Außerdem müßte in der kommenden Sitzung über die AKS-Arbeit in den Ferien beraten werden."

VI Zusammenfassung

Die vorliegende Darstellung der Entwicklung des AKS Ffm. über einen Zeitraum von 3 Jahren dient dem Versuch, aus den bisherigen Erfahrungen Konsequenzen für die zukünftige Arbeit des AKS zu ziehen. Eine allgemeine Aussage zur Organisationsfrage kann in diesem Heft aus Platzmangel nicht gemacht werden, sie soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.
Der AKS, gegründet 1970, nachdem die "antiautoritäre Studentenbewegung" den Bereich der Sozialarbeit verspätet erreicht hatte, war Sammelbecken für eine größere Zahl von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen, die unzufrieden waren mit den katastrophalen Arbeitsbedingungen, der Abhängigkeit von fachfremden Entscheidungen der Sozialbürokratie, dem Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit und der Tatsache, daß sich die Lage des Klientels zunehmend verschlechterte.
In dieser Anfangsphase war das Engagement und der Optimismus ungeheuer groß, glaubte man doch durch eine entsprechende Strategie mit breiter solidarischer Unterstützung der Kollegen die Institutionen zu verunsichern und wesentliche Veränderungen am Arbeitsplatz durchführen zu können.
So fanden sich Sozialarbeiter und Sozialpädagogen mit den unterschiedlichsten Motivationen und Erwartungshaltungen zusammen: von Sozialarbeitern , deren caritatives Selbstverständnis durch die Praxis angeknackst war und die konkrete Rezepte für ihre Arbeit erwarteten bis hin zu Sozialarbeitern, denen es darum ging, die Widersprüche an ihrem Arbeitsplatz aufzugreifen, zu analysieren und gemeinsam mit anderen auf eine revolutionäre Berufspraxis hinzuarbeiten,bzw. Sozialarbeit zu begreifen als Interessenvertretung von Randgruppen und Teilen des Proletariats. Damit war die Spannweite zwischen systemimmanenten Reformen bis hin zu revolutionärer Gesellschaftsveränderung abgesteckt.
Die Auffassungen dieses breiten politischen Spektrums schlägt sich dann auch im Arbeitsprogramm und in den Aktivitäten nieder; da alle Aktivitäten in der Anfangsphase nur kurzfristig auf den Moment abgestimmt waren, eine zielgerichtete politische Perspektive fehlte, war es auch nicht schwer die,unterschiedlichsten diffusen Interessen im AKS zu organisieren.
Rückblickend läßt sich sagen, daß es richtig war,eine breite organisatorische Basis aufzubauen, jedoch fehlte die Zielgerichtetheit, die politische Perspektive, die den größten Teil der Sozialarbeiter gezwungen hätte, sich nicht nur mit der Bürokratie auseinanderzusetzen, sondern auch mit ihrer eigenen Rolle und Funktion als Sozialarbeiter in den Institutionen, um damit auch die Frustrationen durch die tägliche Praxis abzubauen bzw. die kurzfristige Erwartungshaltung, eine organisierte Sozialarbeiterschaft könne Hilfestellung und Anleitung für die Probleme der täglichen Kleinarbeit leisten, aufzulösen zugunsten einer langfristigen politischen Perspektive.
Hinzu kommt, daß allein die Unzufriedenheit am Arbeitsplatz, der Widerstand gegen die Bürokratie und das Eintreten für materielle Interessen eine solidarische Ebene gemeinsamer Interessen ergab, die aber doch überwiegend von einem "berufsständischen Interesse" geleitet wurde - eine Situation, die die ganze dreijährige Geschichte des AKS (abgesehen von der Phase 1970/71) durchzieht, so daß politische Auseinandersetzungen nur noch in taktischen Fragen geführt wurden, nicht aber über die Zielsetzung, Aufgaben und Strategie des AKS.

Das führte dann (Kap.II) dazu, daß die Mitgliederzahl zunehmend zurückging, die unterschiedlichen Interessen nicht befriedigt werden konnten und sich daraus die Konsequenz einer Aufteilung in Berufsgruppen und eine Neuorientierung auf die theoretische Arbeit erfolgte.
Eine politisch richtige Entscheidung:

- die Aufarbeitung der Geschichte und Funktion der Sozialarbeit unter historisch-materialistischer Betrachtungsweise war eine objektive Notwendigkeit für die gesamte Sozialarbeiterbewegung, wie die heute noch starke Nachfrage nach der Broschüre beweist
- durch die Ausarbeitung, die als Lernprozeß der Gruppe verstanden werden muß, gewann man eine politische Grundlage, die es möglich machte, die Arbeit im AKS zumindest theoretisch auf eine neue Ebene zu heben.

Die erwartete Umsetzung in die Praxis erfolgte aus den in Kap. III dargelegten Gründen nicht. Mit dem Ausscheiden eines großen Teils von AKS-Mitgliedern (teils aus privaten/teils aus politischen Gründen, die allerdings nie diskutiert worden sind) und der Ergänzung durch Berufspraktikanten und Sozialarbeiter aus den Sozialstationen erfolgte eine Neuorientierung an praktischen Problemen, allerdings nicht auf der Grundlage einer gründlichen Reflexion der vergangenen AKS-Arbeit, sondern aus dem Bedürfnis heraus, stärker wieder Probleme am Arbeitsplatz anzugehen, um durch das Aufgreifen der Widersprüche am Arbeitsplatz eine stärkere organisatorische Basis in der Sozialarbeiterschaft zu erhalten. Es war eine starke Phase kontinuierlicher Arbeit, die auch ihre Auswirkung auf die Kollegen hatte, wie die grosse Beteiligung an den Diskussions- und Plenumsveranstaltungen zeigte, gemessen jedoch an den hohen Ansprüchen der Ziele des AKS, die Sozialarbeiter hier zumindest aus den Sozialstationen stärker anzusprechen und zum Organisationsschritt zu bewegen, konnten diese nicht erreicht werden. Im Gegenteil - wohl beeinflußt und motiviert vom AKS,sich gegen die Verschlechterungen der Arbeitssituation zu wehren, entstanden eine Reihe von Initiativgruppen, Arbeitskreise innerhalb und außerhalb der Institutionen, die sich mit den verschiedenen Problemen aus der Praxis auseinandersetzten,bzw. aufgrund der Kritik am Verhalten der Sozialbürokratie werden sie von dieser dazu aufgefordert,zu verschiedenen Organisationsvorschlägen ihre Stellungnahme abzugeben.
Der AKS durchschaute zwar das Täuschungsmanöver der Stadt: denn es war offensichtlich, die institutionell und rechtlich überhaupt nicht abgesicherten Gruppen, isoliert voneinander ohne Kommunikationszusammenhang und ohne, daß sie wirklich Einfluß auf die Entscheidungsprozesse nehmen konnten, waren zufrieden,als Gesprächspartner der Sozialbürokratie akzeptiert zu sein.
Sie verkannten die wahre Absicht der Stadt,durch eine solche Beschäftigungs- und Beruhigungstherapie die Unruhe unter den Sozialarbeitern aufzufangen, einmal weil er selbst qualitativ und quantitativ nicht in der Lage war,aus der richtigen Einschätzung strategische und taktische Konsequenzen zu ziehen, zum anderen trifft hier dieselbe Erfahrung zu, die der AKS Berlin machte, daß nämlich in der Auseinandersetzung mit den Institutionen das Bewußtsein der Kollegen noch wenig entwickelt ist, Konflikte am Arbeitsplatz als Teil der in der gesamten Gesellschaft existierenden Widersprüche zu sehen, daß die Ursachen in der unzulänglichen Arbeitssituation allein in der Unbeweglichkeit einzelner in der Verwaltung zu suchen seien und es ausreiche zur Veränderung, wenn man seine fachliche Kompetenz miteinbringe. (siehe SPK 17)

Ein anderer Punkt der Auswirkung der AKS-Arbeit war die Wiederbelebung der bis dahin seit Jahren stagnierenden ÖTV-Arbeit. Der Schritt zur Gewerkschaftsarbeit wurde damals zwar nicht aufgrund einer Analyse der Gewerkschaften in der BRD allgemein vollzogen, jedoch gingen in die Überlegungen,die Gewerkschaftsarbeit zu intensivieren, nicht nur pragmatische Gründe mit ein:
So wurde allgemein die Einschätzung geteilt, daß

1. die Gewerkschaft die derzeit einzige Interessenorganisation der Arbeiterklasse ist, sie die Möglichkeit des Kontaktes zur arbeitenden Bevölkerung bietet, und damit Sozialarbeiter Bündnisfunktionen anbieten können
2. Arbeitsrechtsschutz notwendig und
3. die ÖTV Vertretungsorgan für berufspolitische, Besoldungs- und Tariffragen ist.

Der AKS verstand sich dabei als eine eigenständige kritische Gruppe, die entsprechende vorher im AKS besprochene Aktivitäten in die ÖTV einbringen wollte, was teilweise dazu führte, daß Teile des AKS sich so stark engagierten, daß von den Arbeitsanforderungen her personelle Konsequenzen gezogen werden mußten und die Kollegen sich dann voll auf die Gewerkschaften konzentrierten. Nachdem eine ruhigere Phase eingetreten war und auch beeinflußt durch Ab- und Neuzugänge, sowie der Einsicht in die Beschränktheit des rein pragmatischen Ansatzes, der fehlenden weitergehenden Perspektive und der Erkenntnis, daß theoretische und politische Wissensdefizite aufzuarbeiten sind, entschloß man sich, die Selbstverständnisdiskussion wieder aufzunehmen, um daraus neue Konsequenzen für die weitere Arbeit abzuleiten, wobei die Kontakte zu den anderen politischen Gruppen (Kap. IV, 4), die Beteiligung an der Vorbereitung überregionaler Kommunikation schon Ansätze beinhalten, die über die bisherigen hinausgehen. Die Selbstverständnisdiskussion ist noch nicht abgeschlossen, daher sollen die Protokolle auch nicht weiter kommentiert werden, sondern als Zeugnisse dienen, aus der der Diskussionsprozeß und der Bewußtseinsstand der Gruppe ersichtlich wird.

Folgende allgemeine Einschätzung läßt sich bisher vornehmen:
1. Der AKS - Gruppe Sozialarbeit - in seinem Teilnehmerkreis auf 10 - 30 Mitglieder beschränkt, zeigt zwar in der 1. Phase noch eine kämpferische Radikalität zu Problemen der Berufspraxis, nimmt aber später zwar immer wieder Konflikte aus der Praxis auf, versucht über die Widersprüche die Kollegen zu informieren, aufzuklären und zu mobilisieren, ist aber nicht in der Lage,konkrete Kampfperspektiven aufzuzeigen.
Der AKS verfügt durch seine früheren spektakulären Aktionen, dem AKS-Papier und den späteren Stellungnahmen im Bewußtsein der Kollegen über ein progressives, radikales Image, was sich in Wirklichkeit höchstens auf eine "geistige Radikalität" beschränkt.
2. Der AKS stellt sich dar als Träger von Veranstaltungen zu Problemen aus der Praxis, ohne allerdings konsequent darin einen eigenen politischen Standpunkt zu vertreten, der die Sozialarbeiter gezwungen hätte, sich damit auseinanderzusetzen.
Zudem schwankte der AKS zwischen theoretischer Arbeit ohne ausreichende

politisch-praktische Verbindung und praktischer Arbeit ohne reflektierte theoretisch-politische Perspektive. Die Schwierigkeit, zwischen beide eine sinnvolle Verbindung herzustellen, bei gleichzeitiger Flexibilität auch auf tagespolitische Ereignisse zu reagieren, ohne in einen Aktionismus zu geraten, wurde bisher nicht bewältigt.

3. Ein weiteres Problem, was zwangsläufig bei der bisherigen Arbeitsweise auftreten mußte, war die Schwierigkeit, die spezifischen Probleme der verschiedenen Berufsfelder der Sozialarbeit zu verbinden bzw. solche Prioritäten zu setzen, die für alle Beteiligte befriedigend gewesen wäre.

Probleme der Sozialarbeit bei freien Trägern am Beispiel der evangelischen Familienberatung Ffm.

Vorbemerkung

Die beiden Verfasser waren als Sozialarbeiterin bzw. Psychologe Mitarbeiter der evangelischen Familienberatung Ffm.-Nordweststadt und wurden im Sommer 1972 gekündigt, weil ihr Verhalten mit dem Sinn der Beratungsarbeit und der im Team zu erwartenden Kollegialität nicht zu vereinbaren sei.

In diesem Bericht soll aufgezeigt werden, wie die Evangelische Kirche in Ffm. als Träger der Familienberatung und "klinisch-therapeutisch arbeitende" Psychologen Hand in Hand arbeiten, um am Gemeinwesen orientierte Konzeptionen und deren Vertreter zu eliminieren.
In einem ersten Abschnitt charakterisieren wir die Aufgaben der Erziehungsberatungsstellen (gemäß Richtlinien des Hess. Min.d.I.); im zweiten geben wir eine kurze Arbeitsplatzbeschreibung der Evangelischen Familienberatung Frankfurt; im dritten schildern wir den Verlauf des Konflikts, im vierten geben wir eine kritische Einschätzung des Konfliktverlaufs, im fünften stellen wir den Kern des Konflikts dar, im sechsten die Politik des Trägers, und im siebten Abschnitt versuchen wir eine Kritik der sogenannten "klinisch-therapeutischen" Arbeit zu leisten.

I. Aufgabe der Erziehungsberatungsstellen (EB) ist es,

- vorhandene seelische Störungen der Kinder und Jugendlichen zu diagnostizieren und die Ursachen zu klären,
- Eltern über den Grund der Störungen und Schwierigkeiten ihrer Kinder in geeigneter Weise aufzuklären, sie für ihren Anteil an diesen Schwierigkeiten einsichtig zu machen und sie helfend zu beraten, erforderlichenfalls auch sonstige Erzieher in die Beratung einzubeziehen, und
- die jeweils gebotenen Formen der Hilfe im Einvernehmen mit den Eltern und in Zusammenwirkung mit sonstigen beteiligten Personen und Stellen durchzuführen oder zu veranlassen.
- Außerdem muß die Erziehungsberatung ihre Kenntnisse und Erfahrungen in weitere Kreise in Sonderheit der Elternschaft tragen. (Richtlinien des Hess. Min.d.I.)

Die Erziehungsberatung soll einen integrierten Bestandteil der gesamten Erziehungshilfe bilden.
Sie muß eine feste Arbeitsgruppe bilden, in der auf jeden Fall - entsprechend der biologischen, geistig-seelischen und sozialen Eigenart des Kindes - die ärztliche, pädagogische, psychologische und soziale Disziplin vertreten sein muß.

Erforderlich ist ein regelmäßiger unmittelbarer Erfahrungsaustausch auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Mitglieder der Arbeitsgruppe. Jede Erziehungsberatungsstelle muß bemüht sein, über die hauptamtlich und nebenamtlich verpflichteten Fachkräfte hinaus, einen weiteren erziehungskundigen und erziehungsinteressierten Mitarbeiterkreis zu bekommen, insbesondere aus dem Kreis der Eltern, der Lehrer, der Ärzte und der Seelsorger sowie von Kindergarten, Hort, Heim, Familienfürsorge, freier und behördlicher Jugendfürsorge und Jugendpflege.
Bei der Organisation der EB ist zu beachten, daß ihre Tätigkeit zu allen Erziehungsgemeinschaften und allen Stellen für erzieherische und gesundheitliche Jugendhilfe einschließlich der Schule eine enge Beziehung hat. Sie muß unabhängig von den speziellen Bedürfnissen der einen oder anderen Behörde arbeiten und in der Ausgestaltung ihrer Arbeit die von ihren Aufgaben her gebotene Freiheit haben.

II Arbeitsplatzbeschreibung

Träger der evangelischen Familienberatung in Ffm. ist der evangelische Gemeindeverband; er wird durch den Vorstand nach außen vertreten.
Die Familienberatung (FB) des evangelischen Gemeindeverbandes wird von der evangelischen Familienberatung Westend (Hauptstelle) und der evangelischen Familienberatung Nordwest (Nebenstelle) ausgeübt. Dienststellenleiter beider Stellen ist der Diplom-Psychologe Dr. Wolfram Lüders, mit dem Sitz in der Familienberatung Westend. Die Familienberatung Westend wurde 1962 gegründet, die Familienberatung Nordwest 1967 als Nebenstelle eingeführt.
In der Hauptstelle sind außer Dr. Lüders fünf Diplom-Psychologen (-innen) und zwei Sekretärinnen beschäftigt. In der Nebenstelle Nordwest waren bis 31.5.1972 zwei Diplom-Psychologen (-innen), eine Sozialarbeiterin und eine Sekretärin beschäftigt. Nebenamtlich sind für beide Stellen ein Jurist und ein Arzt tätig. Die Zusammenarbeit beider Stellen erfolte unter der Leitung des Dienststellenleiters, Dr. Lüders, in dreistündigen wöchentlichen Sitzungen, wo Beratungsfälle durchgesprochen und Fachliteratur diskutiert wurde. Darüberhinaus gab es keine Arbeitskontakte zwischen den beiden Stellen.

Nach dem Haushaltsplan des evangelischen Gemeindeverbandes wurden an die Familienberatung Westend Zuschüsse des Landes Hessen, der Stadt Frankfurt und des Landeswohlfahrtsverbandes in Höhe von 137 000 DM bezahlt, an Familienberatung Nordwest in Höhe von 97 000 DM.
Diese Zuschüsse sind an Voraussetzungen gebunden, die u.a. gleichberechtigte, unmittelbare Zusammenarbeit im Team und die Mitarbeit von Sozialarbeitern zur Auflage machten. (siehe Richtlinien des Hess. Ministers des Inneren 1956; siehe Absatz I).
Frau Lohmann war seit dem 1.1.1972 als Sozialarbeiterin in der evangelischen Familienberatung Nordwest tätig; sie war die erste Sozialarbeiterin in der evangelischen Familienberatung in Frankfurt seit ihrer Gründung 1962. Für sie gab es keinerlei Arbeitsanweisung von Seiten des Dienststellenleiters.

III Verlauf des Konflikts

Seit Einrichtung der Nebenstelle gab es zwischen ihr und Dr. Lüders, sowie den Mitarbeitern seiner Beratungsstelle Spannungen, die die Überlegung aufkommen ließen, die beiden Stellen organisatorisch und personell völlig zu trennen. Diese Spannungen entstanden einmal aus den unterschiedlichen Auffassungen der beiden Stellen, sozial-therapeutische Konzepte zu realisieren; zum andern durch die Art der von Dr. Lüders praktizierten Teamarbeit, die immer wieder Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen gab.
Das Fehlen eines Konzeptes für die Sozialarbeiterin im Rahmen der Nebenstelle machte es notwendig, eine solche Konzeption durch die Mitarbeiter der Nebenstelle selbst zu entwickeln. Die Art und Weise, wie die Realisierung einer solchen Arbeit theoretisch und praktisch zu begründen ist, gab Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Dr. Lüders auf der einen und den Mitarbeitern der Nebenstelle auf der anderen Seite.
Diese Meinungsverschiedenheiten machten die verschiedenen Grundkonzeptionen der beiden FB-Stellen offenbar.
Bei der Einstellung der Sozialarbeiterin wurde in der Nebenstelle zusammen mit der leitenden Dipl.-Psychologin und dem Dipl.-Psychologen deren Funktion in der EB besprochen.
Man einigte sich darauf, daß Frau Lohmann gleichberechtigt beratend tätig sein sollte, wobei ihr methodischer Schwerpunkt in der Gruppenarbeit in Zukunft stärker die allgemeine Beratungstätigkeit beeinflussen sollte.
Außerdem einigte man sich auf die Bildung von Kindergruppen, die die Sozialarbeiterin übernehmen sollte. Von beiden Psychologen wurden ziemlich hohe Erwartungen an die Sozialarbeiterin gestellt: 'Neue Formen der Gruppenarbeit zu initieren unter Einbeziehung der therapeutischen Methoden, völlige Übernahme der Kindertherapie, Wiederaufnahme der Praxisberatung der evangelischen Kindergärten.' In der Konkretisierung dieser Praxis entstand immer mehr eine Arbeitsteilung anstelle der erwarteten intensiven Zusammenarbeit. Dies lag hauptsächlich daran, daß die Sozialarbeiterin alle Kindertherapien übernahm - ob Gruppe oder Einzelne -, weil sich die Psychologen (lt. eigenen Aussagen) auf diesem Gebiet recht unsicher fühlten.
Gleichzeitig faßte man die Mütter dieser Kinder in einer Gruppe zusammen, die von der Psychologin und der Sozialarbeiterin geleitet wurde; eine andere Mütter-Gruppe wurde zusammen mit dem Psychologen eingerichtet, deren Kinder den Leistungsanforderungen der Schule und des Elternhauses nicht entsprachen. Alle Kinder waren im Alter zwischen 9 und 12 Jahren.
In dieser Gruppe wurde - durch den Psychologen Kafitz stark forciert - zum ersten Mal der Versuch gemacht, die Autorität des Therapeuten abzubauen und die helfende Kraft durch die Gruppe selbst entstehen zu lassen. Wir, die Berater, machten Mut, bestätigten und beschrieben die mißliche Lage von Müttern in einer Trabantenstadt und halfen somit, die Probleme zu "entindividualisieren". Gleichzeitig stellten wir die geringe Einflußmöglichkeit von Beratern dar, da sie an den konkreten Miseren eigentlich überhaupt nichts ändern können.
Durch diese Arbeit kamen wir (Psychologe Kafitz und Soz.Arb. Lohmann) immer stärker an den Kern der Unzufriedenheit über die bisherige Beratungsarbeit.

Bisher war Beratung nur Reaktion auf individuell vorgetragene Probleme. Niemals konnte man im Rahmen dieser Institution Zielgruppen, die man gern beraten hätte, selbst bestimmen, schon gar nicht individuelles Leiden zugleich konsequent als gesellschaftlich bedingtes und durch eine Gruppe gleichermaßen Betroffener vermittelt erleben.
Zudem konnte und kann die FB nur einen Bruchteil potentieller Ratsuchender erfassen und ist mit diesem Bruchteil bereits überlastet (lange Wartelisten).
Diese Bedenken über die bisherige Beratungsarbeit wurde von uns zunehmend in die wöchentlich stattfindenden Teamsitzungen eingebracht.
Es wurde immer heftiger die Praxis der Hauptstelle kritisiert, die bestimmt war vom Arzt-Patient-Verhältnis, in dem der Therapeut eine neutrale, außenstehende Instanz darstellt und sozusagen über den Dingen, d.h. über den Konflikten des Ratsuchenden,steht.
Was die Individualisierung der Ratsuchenden speziell in der Hauptstelle noch förderte, war die Tatsache, daß sich das Klientel aus Gesamt-Frankfurt rekrutierte und stadtteilbezogene Arbeit (Westend) nicht praktiziert wurde.

Aus diesen Einsichten und Kritiken erarbeiteten wir ein neues Konzept, das die besondere Lebenssituation der Bewohner der NWSt als Wohn- und Schlafstadt berücksichtigte.
In der NWS sind junge Familien und dementsprechend Kinder und Jugendliche überrepräsentiert. Entsprechend ihren mäßigen Einkommensverhältnissen (kleinere Angestellte und Arbeiter) steht ihnen nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung. Die jungen Familien und besonders die Mütter sind stark isoliert. Der sehr große Anteil der nichtarbeitenden Frauen sieht sich den Auswirkungen des Leistungsstresses auf die Kinder in der Schule und auf den Mann am Arbeitsplatz ausgesetzt und lebt zum großen Teil in dem Gefühl, abgeschoben zu sein. Die Kommunikation ist stark verkümmert und wird von den Müttern durch ein hohes Maß an Arztbesuchen kompensiert, von den Kindern und Jugendlichen durch zunehmend aggressive Akte, Mißtrauen und Leistungsverweigerung.
Diesen besonderen Bedingungen trugen wir in unserem Beratungskonzept Rechnung:
'Wir sind der Ansicht, daß prophylaktische Arbeit Schwergewicht der Beratungsarbeit sein muß (Hausfrauen, Brautpaare, Konfirmanden, Konfirmandeneltern, Kindergarteneltern, Schulkindereltern, Jugendgruppen).
Weiterhin ist intensive Zusammenarbeit mit Mitarbeitern anderer sozialer Institutionen (z.B. Kindergarten, Schule, Sozialamt, Pfarrer usw.) nötig, um voneinander zu lernen und gemeinsam Problemkreise angehen zu können. Ziel muß sein, über die hauptamtlich und nebenamtlich verpflichteten Fachkräfte hinaus einen weiteren erziehungskundigen und erziehungsinteressierten Mitarbeiterkreis (Laiensystem) zu bekommen, insbesondere aus dem Kreis der Eltern, Ärzte, Seelsorger, Kindergärten usw. (Hess. Richtl. für EBs).

Um diese Arbeit realisieren zu können, müssen neue Formen der Zusammenarbeit aller Beteiligten, ob Laien oder Fachkräfte, auf der Ebene der Gleichberechtigung aller Beteiligten entwickelt werden. Dadurch erwarten wir neue Initiativen für Erwachsene, Kinder und Jugendliche, ihre Lage in einer Wohnstadt zu verbessern (z.B. mangelnde Nachbar-

schaftshilfe, mangelnde Gemeinschaftsräume für Erwachsene und Jugendliche für deren Freizeit, bessere Spiel- und Lernbedingungen für Kinder und Jugendliche).
Gleichzeitig müssen wir versuchen, in der Kinder- und Erwachsenenarbeit neue unkonventionelle Methoden der Spiel- und Familientherapie zu entwickeln (z.B. Kinderspieltheater, Rollenspiel, Tanzen, Musizieren, Malen, Tonband- und Filmexperimente) in dafür geeigneten Räumen.

Weiterhin wollen wir es Ratsuchenden ermöglichen, sich schon bei latentem Problembewußtsein unverbindlich an die Berater zu wenden. Die Form könnte eine Art Treffpunkt sein, der in Zusammenarbeit mit Pfarrer, Vorschule, Kindergarten, Sozialstation und Jugendhaus zu bestimmten Zeiten täglich (auch abends) geöffnet ist. Dieser Treffpunkt müßte mit einem großzügigen Spielzimmer gekoppelt sein; hier können die Kinder betreut und beobachtet werden. Während die Kinder spielen, könnten sich die Eltern an die anwesenden (mindestens drei) Berater wenden.
Diese Unverbindlichkeit der Atmosphäre könnte dazu führen, Hemmung zu überwinden, die sonst Ratsuchende abhalten, die EB aufzusuchen. Gleichzeitig wäre unmittelbare Hilfeleistung möglich, indem Sofortlösungen aufgezeigt werden könnten, Gruppenangebote gemacht oder ein Einzeltermin gegeben würde. Man hätte hier gleichzeitig eine vorbeugende Beratung vollzogen!
Diesen Überlegungen einer neuen Konzeption ging eine grundsätzliche Kritik von Frau Lohmann an den wöchentlich stattfindenden gemeinsamen Teamsitzungen voraus.
Sie beklagte in einer Sitzung im Februar/März 72 den ungeheuren Druck in den Teambesprechungen, der dadurch entstehe, daß alle Mitarbeiter darum bemüht seien, vor Dr. Lüders als Vaterfigur und Fachautorität möglichst gut abzuschneiden. Dieses Bemühen entstehe dadurch, daß sich Dr. Lüders als einziger Abqualifizierungen (oder Belobigungen) gegenüber Mitarbeitern erlaube, die starke Angstgefühle hervorrufen müßten. Aus dieser Angst wage keiner, dem von Dr. Lüders kritisierten Mitarbeiter zur Seite zu stehen, da er fürchten müsse, ebenfalls von Dr. Lüders angegriffen zu werden. Eine derartige Kommunikationsstruktur verhindere Offenheit und Selbstkritik.
Trotz dieser offen gewagten Analyse der Gruppensituation änderte sich in den folgenden Sitzungen nichts. Anfängliche Sympathien der Mitarbeiter mit diesen Äußerungen schlugen um in Nestbeschmutzer-Vorwürfe.

Anfang März 1972 gab die bisherige Leiterin (Dipl.Psychologin) der Nebenstelle bekannt, daß sie aus privaten Gründen zum 1.6.72 ausscheiden würde.
Herr Dr. Lüders empfahl dem Vorstand des Evangelischen Gemeindeverbandes - ohne uns (Nebenstelle) zu hören - eine langjährige Mitarbeiterin, die seit 1962 als Diplom-Psychologin an der Hauptstelle tätig war, als zukünftige Leiterin der Nebenstelle einzusetzen.
Wir protestierten in einem Schreiben vom 17.3.72 an den Vorstand dagegen, daß über unsere Köpfe hinweg eine für die weitere Arbeit in der Familienberatung Nordwest so wichtige Entscheidung getroffen wurde.
Dieser Protest wurde von dem Vorstand in einem Schreiben vom 10.4.72 u.a. mit der Begründung zurückgewiesen, "daß der Vorstand durchaus nicht der Meinung ist, daß Mitarbeiter, die die Arbeit der Fb. kaum kennengelernt haben, hier ein entscheidendes Mitspracherecht haben müßten."

Auch die anderen Mitarbeiter der Hauptstelle unterstützten unseren Protest. Daraufhin nahm Dr. Lüders die Empfehlung zurück.
Wir waren sicher, daß unsere Neukonzeption der Beratungsarbeit durch die von Dr. Lüders vorgeschlagene Leiterin blockiert werden würde und unsere bisherige Selbständigkeit verlorengehen würde; sie hatte immerhin zehn Jahre das in der Hauptstelle praktizierte Konzept mitvertreten (individual-psychologische Beratung).

Wir plädierten in Gesprächen mit Dr. Lüders allein und mit Dr. Lüders und der Arbeitsgruppe beider Stellen für die Ausschreibung der dritten Stelle, für kollegiale Leitung und dem Abteilungsleiter Dr. Lüders als direkten Vorgesetzten. Herr Dr. Lüders entschied sich am 27.4.72 - ohne seine Absicht vorher uns oder der Arbeitsgruppe zu erkennen zu geben - für die Empfehlung an den Vorstand, Frau Lohmann zu kündigen und die von ihm vorgeschlagene Leiterin an der Nebenstelle einzusetzen. Er unterstellte Frau Lohmann "unkollegiales Verhalten" und warf ihr vor, mit "unwissenschaftlichen und subjektiven Methoden arbeiten zu wollen". Auf diese Entscheidung bzw. Vorwürfe von Dr. Lüders hin machten wir den Vorstand, die Mitarbeitervertretung, den Familienberatungsausschuß und die Pfarrer der Nordweststadt mit dem Konflikt bekannt, um von diesen Gremien Unterstützung für die Realisierung unseres Arbeitskonzepts zu bekommen.
Diese Gremien sind angeblich zuständig für die inhaltliche und personelle Gestaltung der Evangelischen Familienberatungsarbeit in Frankfurt am Main. Der Familienberatungsausschuß besteht aus gewählten Mitgliedern der Frankfurter Dekanate und hat die Aufgabe, die Arbeit der Evangelischen Familienberatung zu kontrollieren.
Die Pfarrer der Nordweststadt haben 1967 die Gründung der Nebenstelle initiiert und sind daran interessiert, eine enge Zusammenarbeit mit der FB herzustellen; die Pfarrer der NWS arbeiten in dem "Gruppenamt" eng zusammen.
Die Mitarbeitervertretung (MV) ist die Personalvertretung der Mitarbeiter des Evangelischen Gemeindeverbandes Frankfurt am Main.

Diese Gremien kamen zu folgenden Beschlüssen:
a) Der Vorsitzende der MV sagte uns informell zu, daß er sich dafür einsetzen würde, daß die Selbständigkeit der Stelle gewahrt bleibe und die von Dr. Lüders vorgeschlagene Leiterin nicht eingesetzt werde. Die MV beschloß nach einer Besprechung mit uns, sich für die Rücknahme der Kündigung von Frau Lohmann einzusetzen; sie nahm jedoch einige Tage später ein Schreiben von uns an die o.a. Gremien zum Anlaß, der Kündigung zuzustimmen. In diesem Schreiben forderten wir nochmals kollegiale Leitung und Mitspracherecht bei der Neubesetzung der freigewordenen Stelle.
b) Der FB-Ausschuß formulierte ein Votum an den Vorstand, wonach Frau Lohmann bleiben und die von Dr. Lüders vorgeschlagene Leiterin nicht an der Nebenstelle eingesetzt werden sollte.
c) Die Pfarrer der NWS forderten, gehört zu werden, bevor eine endgültige personelle Entscheidung getroffen werde.

Es zeigte sich, daß die Gremien, die an der inhaltlichen Arbeit interessiert waren (Gruppenamt und FB-Ausschuß), unsere Forderungen mitvorantrieben. Sie hatten jedoch keinen juristisch abgesicherten Einfluß, ihre Vorstellungen gegen den konservativen Vorstand und die mit dem

Vorstand plötzlich paktierende MV durchzusetzen.
Daß diese Gremien nur scheindemokratische Alibifunktion erfüllten und tatsächlich ohne Einfluß waren, erkannten wir zu spät, nachdem wir uns zu lange auf sie verlassen hatten.

In einem Schreiben (kurz vor einer FB-Ausschußsitzung den Mitgliedern des Ausschusses als "streng vertraulich" zugänglich gemacht) hatte Dr. Lüders versucht, uns zu diffamieren, um dort Zustimmung zu seiner Kündigungsempfehlung zu finden.
Er unterstellte uns: Sie "wollten ihre Arbeit wie eine rein politische Tätigkeit wahrnehmen, d.h. nicht mehr mit anerkannten, von der Wissenschaft eingeführten Verfahren diagnostisch, beratend und therapeutisch tätig sein, sondern mit politischen Mitteln politisch handeln. ...Hier sollen Konflikte nicht mehr bearbeitet, sondern durch aktive Teilnahme, durch Solidarisierung mit den Ratsuchenden und durch ein distanzloses Mitmachen gelöst werden. ...Auf diesem Weg können sicherlich viele Ratsuchenden stimuliert und aktiviert werden, mit Konfliktbearbeitung aber haben diese Methoden nichts zu tun".

Zwischen dem 15.5. und 20.5.72 äußerten sich die Mitarbeiter der Hauptstelle zu dem Konflikt. Sie solidarisierten sich mit ihrem Chef, Dr. Lüders. Sie unterschlugen ihre Kritik an ihrem Chef und machten uns für die Kündigungsempfehlung verantwortlich.
In den vorausgegangenen Diskussionen kam es dagegen - besonders in Abwesenheit von Dr. Lüders - zur Kritik an dessen autoritärem Verhalten. In einer Gegendarstellung vom 25.5.72 wiesen wir die Vorwürfe von Dr. Lüders zurück. Besonders gingen wir auf die Tatsache ein, daß die Mitarbeiter der Hauptstelle sich nach der Kündigungsempfehlung mit ihrem Chef eindeutig solidarisierten.

Wir versuchten, die Gründe für dieses Verhalten aufzuzeigen:
a) Dr. Lüders ist Dienststellenleiter und damit weisungsbefugt gegenüber seinen Untergebenen. Gleichzeitig führt er Supervision für seine Untergebenen durch. Damit erzielt er ein ungeheures Informationsmonopol und hat durch sein Wissen die Einzelnen in der Hand. Dieser Regelung konnten sich die Mitarbeiter der Nebenstelle entziehen.
Eine angemessene Supervision durch einen Chef, von dem man abhängig ist, verhindert Selbständigkeit und Autonomie der Mitarbeiter und bedingt personale Abhängigkeit.
Sofern Dr. Lüders beide Aufgaben von dem Vorstand aufgetragen waren, hätte er sich gegen diese Zumutung aus fachlichen, wissenschaftlichen Gründen wehren müssen, wenn sie auf sein Betreiben eingeführt wurden, hätten sich seine Untergebenen dagegen verwahren müssen.
b) Eine geplante Ausbildung zum Psychoanalytiker am Sigmund-Freud-Institut ist von Dr. Lüders zu blockieren mit Hilfe seiner informellen Beziehungen als Lehranalytiker am SFI. Interessenten an dieser Ausbildung sind gezwungen, auf die Möglichkeit seiner Intervention Rücksicht zu nehmen.
Auf dem Hintergrund seiner Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen ist zu befürchten, daß er diese Möglichkeit wahrnimmt.
c) Für einen Psychologen der Hauptstelle ist klinisch-therapeutische Arbeit Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Das Interesse geht dahin, als klinischer Therapeut einem Arzt gegenüber vergleichbare Anerkennung zu erlangen (s. Bemühen um Nebentätigkeit: Privatpraxis). Damit besteht

die Möglichkeit, das Dienstgehalt wesentlich aufzubessern.
Wir dagegen mußten durch unsere Forderungen ihren materiellen und sozialen Status als künftiger Privatunternehmer gefährden.
d) In der Arbeitsgemeinschaft wurde durch das Verhalten von Dr. Lüders Selbstkritik als "Schwäche" und "mangelnde Qualifikation" interpretiert und zu Diffamierungen ausgenutzt. Damit war offene Kommunikation unmöglich gemacht.
Obwohl die Mitarbeiter unter dieser Kommunikationsstruktur litten, waren sie nur unter vier Augen in der Lage, unserer Kritik daran Recht zu geben. Wurden sie formell zu Stellungnahmen aufgefordert, war die Angst vor dem Chef und dem Entzug der Privilegien stärker als die Hoffnung, durch solidarisches Handeln diesen Zustand zu verändern.

Am 30.5.72 erfolgte die Kündigung von Frau Lohmann zum 30.6.72 ohne Angabe von Gründen. Da die Kündigung während der Probezeit erfolgte, sahen wir keine Möglichkeit einer Klage vor dem Arbeitsgericht.
Am 12.6.72 plädierte Frau Dr. O., Mitglied des FB-Ausschusses, für eine Trennung der beiden Stellen in einem Schreiben an den Vorstand; sie meinte, Dr. Lüders solle aus seiner Verantwortung für die Nebenstelle entlassen werden.
Am 30.6.72 äußerten drei Pfarrer der NWS in einem Schreiben an den Vorstand, daß sie der Auffassung seien, daß mit der Kündigung von Frau Lohmann Unrecht geschehen sei.
Am 30.6.72 wurde die Kündigung rechtskräftig und Frau Lohmann mußte die Stelle verlassen.
Inzwischen versuchte Dr. Lüders, durch weitere Diffamierungen die Entlassung des Psychologen (Kafitz) zu betreiben. In einem Schreiben an den Vorstand unterstellte er ihm, er habe in seinem Praktikum im Frühjahr 1970 zusammen mit anderen erklärt, daß "sie alles versuchen würden, um die FB umzufunktionieren, die Kirche zu unterwandern und betont hätten, daß man den Theologen eigentlich keine effektiven psychologischen Methoden zur Verfügung stellen dürfe, weil sie damit ihr Überleben noch verlängern könnten. " Am 18.7.72 erhielt der Psychologe die Kündigung vom Vorstand, ohne daß er zu den Vorwürfen in der Kündigungsbegründung vorher von Vorstand oder MV gehört worden war. Ihm wurde vorgeworfen, er "wolle beide Beratungsstellen in seinem Sinne umfunktionieren und der FB Westend die von ihm geübte Arbeitsweise aufzwingen; er habe Herrn Dr. Lüders persönlich in unsachlicher Weise angegriffen und die Mitarbeiter gegen ihn aufgewiegelt; es sei ihm schlechthin um die Zerstörung des von der FB bisher Aufgebauten gegangen.
Am 7.8.72 erhob Herr Kafitz durch RA Golzem Klage vor dem Arbeitsgericht Ffm. mit dem Antrag, festzustellen, daß das Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien durch die Kündigung vom 18.7.72 nicht aufgelöst ist.
Am 30.8.72 fand beim Arbeitsgericht Ffm. eine Güteverhandlung statt. Oberkirchenrat Telschow, Verwaltungsdirektor des Evangelischen Gemeindeverbandes, sagte zu, durch die zuständigen Gremien überprüfen zu lassen, ob eine Weiterbeschäftigung von Herrn Kafitz in Betracht käme. Diese Zusage wurde in das Protokoll der Güteverhandlung aufgenommen. Sodann schlossen die Parteien einen Vergleich. Diese Zusage wurde später von dem Vorstand als gegenstandslos bezeichnet. Eine Untersuchung wurde vom Vorstand unterdrückt, obwohl Mitglieder des FB-Ausschusses und Pfarrer der NWS für die Einsetzung eines Unter-

suchungsausschusses eintraten und Sozialarbeiter, Eltern und Kindergärtnerinnen der NWS die Rücknahme der Kündigung forderten.
Auch der Antrag von Herrn Kafitz an die Kirchenleitung der EKHN, eine Untersuchung einzuleiten, blieb ohne Antwort.
Er erhielt zudem ein formal und inhaltlich unangemessenes Zeugnis, das erst nach Klageandrohung korrigiert wurde.

Obwohl die Kündigung von Herrn Kafitz erst am 30.11.72 wirksam wurde, wurde ihm für die Monate Oktober-November 1972 Hausverbot erteilt, so daß er während dieser Zeit die begonnenen Einzeltherapien in Räumen der Evangelischen Gesamtgemeinde durchführen mußte, um den Klienten nicht durch einen abrupten Abbruch Schaden zuzufügen.
Die Ev.FB NW war seit Mai 1972 bis September 72 lediglich mit einer Sekretärin und einem Psychologen besetzt, im Oktober 72 nur durch die Sekretärin vertreten, ab 1.11.72 bis 31.12.72 mit einer halbtags und ab 1.1.73 durch eine ganztags tätige Psychologin; eine volle Besetzung wird wahrscheinlich erst ab Mitte Juni realisiert. Damit ist diese EB für die Dauer eines Jahres nicht funktionsfähig gewesen.

4. Kritische Einschätzung des Konfliktverlaufs

Durch die Personalisierung der Probleme verlor der Kern des Konflikts immer mehr an Bedeutung.
Von der Personalisierung auf das sachliche Problem zu kommen, war für uns aus folgenden Gründen kaum möglich:
1. war es nicht möglich, mit dem sehr konservativen Vorstand (vorwiegend CDU-Anhänger) sachlich-inhaltlich zu argumentieren.
2. War es nicht möglich, das verbale Bekenntnis des Dr. Lüders, unser Konzept unterstützen zu wollen, als Lippenbekenntnis und taktisches Manöver zu entlarven.
3. Glaubten wir, so viele Beweise für die unzumutbaren Verhältnisse in der FB vorlegen zu können, daß eine Personaldebatte uns nur nützen konnte.
Diese Personaldebatte kam nicht zustande. Der Vorstand machte sich die Diffamierungen zu eigen und kündigte uns, ohne eine Untersuchung einzuleiten.
Es war eine Illusion anzunehmen, der Vorstand würde ohne den Druck einer breiten öffentlichen Diskussion eine Überprüfung vornehmen.

5. Der Kern des Konflikts

Es ist offensichtlich, daß die EBs die in den Richtlinien genannten Aufgaben nicht im entferntesten erfüllen können.
Dies nicht nur wegen fehlender Planstellen, sondern vor allem wegen der falschen Ausrichtung ihrer Arbeit.
Die meisten EBs (vor allem die kommunalen, die von den Jugendämtern am meisten in Anspruch genommen werden, d.h. mit der Unterschicht befaßt sind), nehmen vor allem diagnostische Aufgaben wahr. Sie geben Empfehlungen an die Ratsuchenden in Form von Kurzberatung oder veranlassen eine Überweisung an andere Institutionen (Heime, Kliniken, Heilpädagogen, Therapeuten).
Der frustrierende Charakter dieser Fließbandarbeit wird von den Psychologen der EBs der freien Träger (u.a. der Ev.FB Ffm) dadurch aufgehoben, daß therapeutische Arbeit an der EB selbst geleistet wird.

Diese Ausrichtung der Arbeit liegt wesentlich im Interesse der Psychologen, die damit den Status eines Dienstleistungsexperten ähnlich einem Privattherapeuten erhalten. Gleichzeitig haben sie die Möglichkeit einer praktischen Ausbildung unter Anleitung ("training on the job") und die Gelegenheit, mit Nebentätigkeit als Privattherapeut das Dienstgehalt wesentlich aufzubessern.
Unsere Konzeption ging davon aus, daß die Aufgaben der EB weder durch Fließbanddiagnostik, noch durch Therapien für wenige Auserwählte, weder durch Abschieben von Unterschicht-Angehörigen an totale Institutionen, noch durch das Angebot von "Nacherziehung" für wenige Mittel- und Oberschicht-Angehörige erfüllt werden können.
Weder der Ruf nach mehr Planstellen für Therapeuten zur Abarbeitung der Wartelisten, noch der nach besserer technischer Ausbildung der Therapeuten ist eine Lösung.
Es muß endlich die Konsequenz aus folgenden Tatsachen gezogen werden:
1. daß individuelle Schwierigkeiten gesellschaftlich bedingt sind;
2. daß individuelle Schwierigkeiten die Regel, nicht die Ausnahme darstellen.
Damit wird das professionelle Dienstleistungsmodell der "Reparatur abweichenden Verhaltens" nicht mehr anwendbar. Es wird notwendig, die Arbeit strukturell zu verändern.
Durch unsere Konzeption wollten wir ganz aktuelle Probleme der Ratsuchenden in Angriff nehmen, das soziale Klima des Stadtteils zu ändern suchen und dadurch den Einzelnen überhaupt erst einmal so viel Spielraum verschaffen, daß eine Aufarbeitung "infantiler Abwehrmechanismen" sinnvoll in Angriff genommen werden konnte.
Diese Arbeit gefährdet die Interessen der Psychologen, die Privattherapien honoriert haben wollen, und die Interessen des Vorstandes, der die Aufdeckung der gesellschaftlichen Bedingungen privaten Leidens und die daraus folgende Aktivierung von sogenannten Laien fürchtet als "zu politische" Arbeit.

6. Die Politik des Trägers

Die EBS, die nach den Richtlinien des Hess. Sozialministeriums arbeiten und von ihm anerkannt sind, erhalten Zuschüsse in Höhe von zwei Drittel ihrer Ausgaben.
Wie auf den anderen Gebieten der Sozialfürsorge und Jugendhilfe können die sogenannten "freien Träger" mit einem Minimum an finanzieller Eigenleistung Eigenwerbung betreiben und ihre eigenen Vorstellungen von Sozialarbeit verwirklichen.
Die Evangelische Kirche in Ffm. fungiert als verantwortlicher Träger der Evangelischen Familienberatungsstellen in Ffm. Seit Gründung dieser Stelle ist die Arbeit auf Therapie ausgerichtet. Der Leiter ist Diplom-Psychologe, Psychoanalytiker und Lehranalytiker am SFI. Durch radikale Privatisierung aller "neurotischen Erkrankungen" und Erziehungsprobleme, d.h. Reduzierung dieser Leiden auf individuelle (oder familiäre) Beziehungsstörungen und deren Behebung durch Sozialtechniken, überläßt er das Feld der gesellschaftlichen Analyse seinem Auftraggeber. Er wird damit funktional einsetzbar als Reparateur der Ware Arbeitskraft.
Wissenschaftliche Konzepte, die individuelles Verhalten durch gesellschaftliche Bedingungen vermittelt sehen, werden von ihm als subjektiv und unwissenschaftlich abgelehnt. Damit liefert er "als Fachmann"

der Evangelischen Kirche den Vorwand, die angeblich "unwissenschaftlich, unsachlich Arbeitenden" zu eliminieren.
Die Evangelische Kirche gibt a) dem Leiter die Möglichkeit, neben seiner Arbeit als Dienststellenleiter Nebentätigkeit als Therapeut auszuüben und damit als "Chefarzt" mit "Privatbettenpraxis" zu fungieren; b) den Psychologen die Möglichkeit, sich als Therapeuten ausbilden zu lassen unter Anleitung des Chefpsychologen und nebenbei Privattherapien auszuführen.
Die Evangelische Kirche bietet der Öffentlichkeit hochqualifizierte, z.T. kostenlose Therapieplätze an, was natürlich auf Kosten der Anzahl der zu behandelnden Klienten geht.
Die Kirche verdunkelt allerdings den Sachverhalt, daß die EBs öffentliche Einrichtungen sind, die vom Staat finanziert werden, dadurch, daß sie diejenigen, die die Beratungsstelle in Anspruch genommen haben, auffordert, eine Spende zu geben als Anerkennung der erhaltenen Dienstleistung und Unterstützung der künftigen Arbeit. Dadurch gerät der Ratsuchende in Schuld und Abhängigkeit gegenüber der Kirche, weil er eine empfangene Leistung nicht angemessen honorieren kann.
Durch Spenden und Privathonorare wird verschleiert, daß jeder Bürger ein Recht auf Beratung hat. Darüber hinaus wird der Eindruck erweckt, daß selbstverschuldete oder familiäre Ursachen für die Schwierigkeiten der Ratsuchenden anzunehmen sind und daß diese Leiden nur bei wenigen Ausnahmen vorliegen.
Das Interesse der Kirche an Legitimierung ihrer Existenz und das Profitinteresse der Psychologen gehen eine Allianz ein.
Predigt und seelsorgerliches Gespräch werden durch das "therapeutische Gespräch" ersetzt. Der zunehmende Legitimationsverlust der Kirche soll dadurch kompensiert werden. Der wissenschaftliche Fachmann mit technischer Kompetenz tritt tendenziell an die Stelle des Pfarrers. Pfarrer werden mit Gesprächstherapietechniken oder als Eheberater geschult und fungieren als Berater. Für die "Seele" wird die Wissenschaft zuständig.
Da die Kirche als Träger der Ev. FB die Wissenschaft unter Kontrolle hat, kann sie durch ihre Personalpolitik die ihr genehme Spielart von Wissenschaft unterstützen und "zu politische" Auffassungen ausschliessen.

Die Kirche hat inzwischen eingesehen, daß gemeinwesenorientierte Beratungsarbeit in der NWS notwendig ist. Auf der anderen Seite fürchtet sie die praktischen Konsequenzen dieser Arbeit. Sie löst diesen Widerspruch,indem sie durch Inserate Bewerber sucht, die Interesse haben an "sozialtherapeutischer und prophylaktischer Arbeit, Gruppenarbeit, Gemeinwesenarbeit" (s.ZEIT vom 18.1.1973),und Psychologen und Psychagogen einstellt, die für klinisch-therapeutische Einzelfallhilfe ausgebildet sind.
Die Orwellsche Sprache muß - wie bei unserer Entlassung - die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit systematisch verschleiern.
Theoretische Einsicht und praktische Verwirklichung stehen beziehungslos gegenüber. Reden und Handeln sind zweierlei: um einer inhaltlichen Diskussion über gemeinwesenorientierte Beratungsarbeit auszuweichen, wird sie verbal zugestanden, praktisch aber ausgeschaltet.

7. Kritik des "klinisch-therapeutischen" Dienstleistungsmodells

"Klinisch-therapeutisch" arbeitende Psychologen und Psychagogen vertreten gemäß ihrem Selbstverständnis wissenschaftliche, sachlich-neutrale, den Menschen dienende, unpolitische Interessen. In Wirklichkeit betreiben sie Verleugnung der gesellschaftlichen Realität zugunsten einer radikalen Privatisierung individuellen Leidens. Sie unterstützen damit objektiv gesellschaftliche Interessengruppen, die aus Angst um ihre Privilegien systematisch eine Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge und die Notwendigkeit solidarischen, gleichberechtigten Handelns gegenüber Unterdrückung und Zwängen verhindern.
Für viele in der Sozialarbeit Tätige scheint die Reflexion über die Funktion der sogenannten "klinisch-therapeutischen Arbeit" unter einem Denkverbot zu stehen; dies liegt wahrscheinlich daran, daß die Berufsausbildung als Therapeut/Psychagoge als Aufstieg bzw. Ausstieg aus der gesellschaftspolitischen Arbeit angestrebt bzw. offengehalten wird.

Zwei Aspekte der klinisch-therapeutischen Arbeit scheinen uns von Bedeutung zu sein:
a) die politisch-ideologische Dimension dieser Arbeit:
Es wird der Eindruck erweckt, nur Experten mit schulischen Zertifikaten hätten die nötigen Fähigkeiten; die Dienstleistungen des Experten müßten mit Privilegien und Machtpositionen gekoppelt sein; individuelles Leiden sei selbstverschuldet oder familiär bedingt und so selten, daß wenige Experten zur Reparatur genügen; die Experten seien für alle gesellschaftlichen Gruppen da: Unterschicht-Angehörige würden nur infolge zufälliger technischer Regeln (IQ-, Verbalisations-Defizite) ausgeschlossen.
Durch all das entsteht der Eindruck, die bestehende Gesellschaft sei in Ordnung, kleinere Korrekturen werden zuverlässig von Experten vorgenommen.
b) die mangelnde Transparenz und die daraus folgende Überschätzung der technischen Funktion der "klinisch-therapeutischen" Arbeit: E. Goffman gibt in seinem kürzlich auch in deutsch erschienenen Buch "Asyle" dazu einige Hinweise. Seine Ausführungen beziehen sich auf Patienten von Heilanstalten in den USA. Hier ein Auszug (sinngemäß zitiert):
"(1) Nur bei wenigen Fällen von seelischen Störungen (verbunden mit Hirntumoren, progressiver Paralyse, Arteriosklerose, Meningitis usw.) treffen die Voraussetzungen des Dienstleistungsmodells zu: ein in einer seltenen Zufallsverteilung auftretendes Ereignis schädigt die geistige Funktion des Klienten, ohne daß jemand dies beabsichtigt und ohne daß er persönlich dafür verantwortlich wäre. Aber: Das Symptomverhalten des Patienten ist Teil seiner zwischenmenschlichen Situation; die interpersonelle Umwelt des Patienten ist von seinen Schwierigkeiten nicht zu trennen.
(2) Die Fakten der Patienten-Rekrutierung muß der Therapeut übersehen, rationalisieren, hinwegdeuten. Er wehrt die Wünsche, Klagen und Forderungen des Patienten ab, indem er ihn davon überzeugt, daß die Probleme, die er seiner Meinung nach mit ihm (dem Therapeuten), mit der Verwandtschaft, mit der Gesellschaft usw. hat, in Wirklichkeit seine eigenen Probleme sind. - So kann ein Therapeut der Beschwerde eines Negers über die Rassenbeziehungen dadurch begegnen, daß er dem Patienten vorhält, er müsse sich erst einmal selbst fragen, warum unter allen Negern ausgerechnet er diesen besonderen Augenblick wählte, um

seiner Meinung Ausdruck zu geben, und was diese Äußerung, einmal abgesehen von den gegenwärtig in der Klinik herrschenden Rassenbeziehungen, für ihn als Person bedeuten würde.
(3) Die therapeutische Lernerfahrung zu vermitteln, um eine Fehlanpassung im Verhältnis zu seinen Mitmenschen zu korrigieren, ist keine technische Fertigkeit. Ein Stationswärter ist anscheinend häufig ebenso befähigt, einem Patienten eine "gute" Beziehung zu bieten, wie ein ausgebildeter Psychiater, und gleichgültig, ob gut oder schlecht, wird der Einfluß des Wärters fortwährend auf den Patienten einwirken, während dieser nur in größeren Abständen dem Einfluß des Psychiaters ausgesetzt ist."

Aus dieser Einschätzung der ideologischen und der "technischen" Funktion des klinisch-tehrapeutischen Dienstleistungsmodells wird es notwendig, die sogenannten "klinisch-therapeutischen Fähigkeiten" zu vergesellschaften, damit sie aufhören, ein "berufliches" Privileg zu sein, das von einigen wenigen auf Kosten aller in Besitz gehalten wird. Das geschieht durch Kampf gegen die esoterische Fachsprache der Spezialisten; durch neue Definition der Qualifikationsskala; durch radikale Veränderung des Ausbildungsprozesses und der Arbeitsteilung (André Gorz).

Kollektivpraktikum im Heim

Vorwort:

Im folgenden Artikel geht es um die Darstellung der Konflikte von 4 Berufspraktikanten (BP) mit der Sozialbürokratie und der Heimleitung bei der Einstellung der BP und ihrer Weiterbeschäftigung als Sozialarbeiter im Heim. Da der Heimleitung aus Vorerfahrungen mit einzelnen Berufspraktikanten bekannt war, daß von ihnen Veränderungen hinsichtlich der pädagogischen Arbeit und der gesamten hierarchischen Heimstruktur angestrebt werden, versuchte sie mit Hilfe der Sozialbürokratie die Einstellung der BP als Sozialarbeiter in das Heim zu verhindern. Der Artikel beschränkt sich auf die Beschreibung der Auseinandersetzung der BP mit den Institutionen.

I Kurzdarstellung des Heimes:

In der zweiten Hälfte des Berufspraktikums arbeiteten wir im Kinderheim Ebersheimstraße, einem städtischen Heim im Zentrum von Frankfurt/M. Das Heim nimmt Kinder im schulpflichtigen Alter auf; sie werden durch die städtischen Sozialstationen eingewiesen, zum größten Teil als eine Maßnahme der örtlichen Unterbringung oder der Freiwilligen Erziehungshilfe (FEH).
Der überwiegende Teil der Kinder kommt aus Arbeiterfamilien. Zu Beginn des Berufspraktikums lag die Belegzahl bei 50 Kindern, am Ende bei ca. 30. Es bestehen 3 Kindergruppen mit je 11 Kindern. Im Heim sind zum größten Teil Erzieherinnen beschäftigt; es besteht eine hohe Fluktuation des Personals. Die Zusammensetzung des pädagogischen Personals während des Berufspraktikums war folgende: Heimleiterin (Jugendleiterin), stellvertretende Leiterin (Kindergärtnerin), 4 Erzieherinnen, ein Hilfserzieher, ein Vorpraktikant ohne pädagogische Vorbildung.

II Chronologische Darstellung des Konflikts:

- Im Frühjahr 71 gab die Heimleitung der Ebersheimstraße die Zusage für unsere Einstellung. Daraufhin bewarben wir uns schriftlich bei der Hauptfürsorgerin.
- Im Sommer 71 erhielten wir von ihr eine feste Zusage.
- Im Oktober 71 Beginn der ersten Hälfte des Jahrespraktikums in verschiedenen Dienststellen der Sozialverwaltung. Wir erhielten Ausbildungsverträge, nach denen wir im 2. Halbjahr im Kinderheim Ebersheimstr. eingesetzt werden sollten.
- Im Dezember 71 wurden innerhalb der Sozialverwaltung Gerüchte laut, daß wir nicht in der Ebersheimstr. arbeiten könnten. Eine Rückfrage bei der Heimleitung ergab, daß im Januar ein klärendes Gespräch stattfinden sollte.

- Entgegen der Vereinbarung kam das Gespräch nicht zustande.
- Anfang Februar 72 drängten wir auf ein Gespräch, um Klarheit über unsere Einstellung zu erhalten. Die Heimleiterin konnte uns keinen Termin nennen, weil sie wegen der schlechten Personalsituation keine Zeit hatte. Wir erhielten trotzdem von der Leiterin der Abteilung Erziehungshilfe einen Gesprächstermin mit der Heimleitung.
- Einen Tag vor der Besprechung teilte uns die Abteilung Erziehungshilfe mit, die Heimleiterin sei krank. Eine Einstellung der 4 Berufspraktikanten lehne sie ab. Als Gründe wurden von der Heimleitung genannt:
a) Da zu wenig Fachpersonal im Heim arbeite, könne unsere Anleitung nicht gewährleistet werden.
b) Schon bestehende Spannung ließen weitere potentielle Unruhe durch 4 junge Praktikanten nicht zu.
Tatsächlich hatte sich die Personalsituation seit der Zusage der Heimleiterin und dem Beginn des Berufspraktikums nicht geändert.
- Um unsere Situation auch rechtlich zu klären, kam es zu einem Gespräch mit der Personalabteilung. Die wichtigsten Punkte der Besprechung am 9.2.72 waren:
a) Der Leiter der Personalabteilung konnte nicht begreifen, warum wir Ausbildungsverträge für die Ebersheimstr. besitzen, da sich der Dienstherr in der Regel vorbehält, wo Angestellte eingesetzt werden.
b) Er teilte uns mit, daß letztlich die Heimleitung bestimmt, wer in ihrem Heim arbeitet.
c) Er bot uns Arbeitsplätze verstreut, in verschiedenen Heimen, an.
d) Er äußerte, er könne sich gut vorstellen, daß wir nur alles umstürzen würden und dann wieder gehen.
e) Sein Vorwurf, daß keine Sozialarbeiter in den Heimen arbeiten, wiesen wir mit der Feststellung zurück, daß es dort keine Sozialarbeiterstellen mit entsprechender Bezahlung gibt. Darauf versicherte er uns, er werde sich für die Schaffung dieser Stellen einsetzen.
f) Ergebnis der Unterredung war die Zusage, daß sich der Leiter der Personalabteilung für unsere Einstellung einsetzen wird.
- Mitte Februar 72 erfuhren wir von der Abteilung Erziehungshilfe, daß die Heimleitung unter der Bedingung mit unserer Einstellung einverstanden ist, daß sich eine Fachkraft bereitfindet, die entstehenden Konflikte im Heim mit der gesamten Heimpersonalgruppe aufzuarbeiten.
- Die Sozialverwaltung schlug einen Sozialarbeiter mit Zusatzausbildung vor, der auch selbst in der Heimarbeit tätig war, die Berufspraktikanten nannten einen Dozenten der FHS Frankfurt. Laut Vereinbarung sollten das Heimpersonal und die Berufspraktikanten die Entscheidung treffen. Die Berufspraktikanten hatten den ihnen bekannten Dozenten vorgeschlagen, nachdem ein Gespräch mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Sozialarbeiter pädagogisch unterschiedliche Vorstellungen erkennen ließ.
Die Entscheidung wurde tatsächlich allein von der Heimleitung zugunsten des Sozialarbeiters getroffen, ohne mit den Mitarbeitern und den Berufspraktikanten zu sprechen.
Anläßlich der Entscheidung traten innerhalb der Berufspraktikantengruppe die ersten Differenzen über die Strategie der Gruppe auf. Während ein Gruppenmitglied die Meinung vertrat, die einsame Entscheidung der Heimleitung nicht akzeptieren zu dürfen und das Praktikum fallen zu lassen, meinten die anderen, die Sozialverwaltung könnte in dem Moment die Ansicht verbreiten, Sozialarbeiter wollten in der Heimpraxis

nicht arbeiten, sondern nur über die Mißstände "motzen". - Die Gruppe entschied sich für das Praktikum.
- Die Einstellung in das Heim erfolgte letztlich nur, wie uns der Leiter der Personalabteilung nochmals versicherte, aufgrund der falsch ausgestellten Ausbildungsverträge.
- Bevor wir anfingen, im Heim zu arbeiten, erfolgte von Seiten der Sozialverwaltung der Versuch der Aufsplitterung von Erziehern und Berufspraktikanten. Eine Mitarbeiterin, die Kritik am Heim übte und offen mit den BP sympathisierte, erhielt ein Versetzungsschreiben mit der Begründung, daß mit der Einstellung der BP zuviel Fachpersonal im Heim arbeite.
- Das Heim gab keine nähere Erklärung. Die Heimleitung versicherte lediglich, daß sie für ein Verbleiben der Erzieherin gegenüber der Sozialverwaltung eingetreten sei.
- Daraufhin kam es zu einer erneuten Auseinandersetzung mit dem Leiter der Personalabteilung. Unseren Einsatz für die versetzte Erzieherin nahm der Leiter der Personalabteilung als Beweis für die zerstörerischen Absichten im Heim. Er widersetzte sich unserer Forderunge nach Mitsprache. Er wüßte jetzt schon, was wir wollten und würde "kalte Füße bekommen bei dem Gedanken, daß er unglücklicherweise unsere Ausbildungsverträge für die Ebersheimstr. unterschrieben habe". Auf unsere Befürchtungen, auch nach kurzer Zeit versetzt zu werden, entgegnete er, dies sei aufgrund unserer Ausbildungsverträge im Gegensatz zu den übrigen Mitarbeitern nicht möglich.
Wir brachten zum Ausdruck, uns mit der geplanten Versetzung nicht abzufinden, und daß die Angelegenheit ein "Nachspiel" hätte. Daraufhin reagierte der Leiter der Personalabteilung mit den Worten, "was Sie wollen, weiß ich schon, seit ich Sie zum ersten Mal gesehen habe. ...Was soll's, dann schließen wir eben noch ein Heim". Nachdem sich auch die FHS mit in den Konflikt eingeschaltet hatte, wurde die Versetzung zurückgenommen.
- 4.4.72 Beginn der Arbeit im Heim. In jeder Kindergruppe wurde ein BP eingesetzt (zu Beginn bestanden 4 Gruppen).
- 4.4.72 Beginn der Dienstbesprechungen und Supervision unter Teilnahme aller Mitarbeiter (zeitlich bildete beides eine Einheit). Vor der Einstellung der BP fanden keine Dienstbesprechungen statt.
- 19.4.72 Die Heimleitung berichtete in einer Dienstbesprechung, daß eine neue Erzieherin ab 1.5.72 als Halbtagskraft fest eingestellt sei. (Widerspruch: vorher sollte Fachpersonal abgezogen werden, plötzlich wird neues eingesetzt). Die neue Erzieherin gibt offen zu, daß sie die BP für zerstörerische Kräfte im Heim hält, während von ihr eine gute Personalakte in der Personalabteilung vorliege. Das Heimpersonal wurde vor der Einstellung der Erzieherin nicht gefragt.
- Mai 72, Konflikte der BP-Gruppe mit dem Supervisor, da er seine Funktion in der Unterstützung der kranken Heimleiterin sieht. Er meint, selbst Heimleiterfunktionen übernehmen zu müssen und greift in das Heimleben ein. In allen weiteren Dienstbesprechungen, deren Einrichtung eigentlich der kommunikativen Orientierung über die Probleme und Zielsetzungen der Erziehungsarbeit dienen sollte, geschah nichts weiteres, als daß organisatorische Dinge besprochen wurden. Kam es zur Diskussion von Erziehungsvorstellungen, war eine sachliche Diskussion nicht möglich. Der Supervisor versuchte nicht zu vermitteln, sondern übernahm die Vorwürfe der Mitarbeiter, wir wollten ohne eigenen Einsatz nur kritisieren. Die unterschiedlichen Meinungen standen sich so

scheinbar unüberwindlich gegenüber. Die Diskussionen endeten in der Regel mit dem Hinweis des Supervisors, daß die Mitarbeiter von Haus aus kein Mitbestimmungsrecht hätten und ihre Mitsprache nur aufgrund freiwilligen Entgegenkommens der Heimleiterin möglich sei.

- Da die Diskussion über pädagogische Vorstellungen vonseiten der Heimmitarbeiter immer wieder mit dem Argument, die BP würden nach einem halben Jahr wieder gehen und sie müßten dann die Arbeit im Heim leisten, abgewürgt wurde, bewarben wir uns am 18.6.72 als Sozialarbeiter für das Heim zum 1.10.72.
- Nach dieser Zeit versuchten wir wiederholt, eine Antwort zu erhalten. Wir wurden bis zum 5.9.72 durch Taktieren der Sozialverwaltung vertröstet. (Urlaub der zuständigen Bearbeiter, Verlegen der Akte, Unklarheiten über die Zuständigkeiten).
- 24.8.72 Bewerbung von 3 GM als Erzieher im Heim, da informell die Ablehnung durchgesickert war. Das vierte GM hielt die Bewerbung für falsch, da hierdurch die Sozialverwaltung kaum noch genötigt scheint, Sozialarbeiterstellen für ihre Heime zu schaffen. Tendenziell könnte für die Verwaltung der Eindruck entstehen, daß man Fachkräfte auch billiger haben könnte, wenn man diese bei ihrem "Idealismus" und Verantwortungsgefühl für die Kinder packe.
- 5.9.72, Ablehnung der Bewerbung als S o z i a l a r b e i t e r aus tarifrechtlichen Gründen durch die Personalabteilung.

D o k u m e n t :
"Ihren Antrag vom 18.6.72 auf Weiterbeschäftigung als Sozialarbeiter im Kinderheim Ebersheimstr. haben wir mit Schreiben vom 30.6.72 dem Personalamt zur Entscheidung vorgelegt. Von diesem Amt erhielten wir unter dem 1.9.72 folgenden Bescheid:
Im Hinblick darauf, daß es sich bei den wahrzunehmenden Stellen um Erzieherstellen der Vergütungsgruppe Vc BAT handelt, die Sozialarbeiter jedoch nach Erhalt der staatlichen Anerkennung eine Vergütung nach Vergütungsgruppe Vb bzw. IVb BAT erhalten, sehen wir leider keine Möglichkeit, dem Wunsch der o.g. Mitarbeiter zu entsprechen."

D o k u m e n t :
"Hiermit bewerbe ich mich für die weitere Tätigkeit im Kinderheim Ebersheimstr. nach Beendigung meines Berufspraktikums ab 1.10.72 als E r z i e h e r.
Folgende Begründung:
Die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß im Stellenplan der städtischen Kinderheime keine Planstellen für umfassend qualifiziertes Fachpersonal (Sozialarbeiter und Sozialpädagogen) vorgesehen sind. Da ich mich jedoch während meiner Ausbildung auf den Heimbereich spezialisiert habe, ich im übrigen die in der vorausgegangenen Bewerbung als Sozialarbeiter gegebene Begründung weiterhin anerkenne, bewerbe ich mich gezwungenermaßen nach untertariflichen Bedingungen. - Eine solche Entscheidung darf jedoch lediglich als befristete Notlösung angesehen werden, da eine Überprüfung des Stellenplanes für Kinderheime der Stadt Frankfurt hinsichtlich einer qualifizierten, dem neuesten wissenschaftlichen Stand entsprechenden Arbeit an den Kindern durch die Fachaufsicht der Heimabteilung notwendig ist."
- 18.9.72 Erstes Antwortschreiben der Sozialverwaltung:

D o k u m e n t :
"Wir haben Ihren Antrag auf Weiterbeschäftigung als Erzieherin ab 1.10.72 erhalten. Leider kann der Personalrat des Sozial-, Jugend- und Sozialverwaltungsamtes erst in seiner Sitzung am 26.9.72 über Ihren Antrag entscheiden."
- 26.9.72 Zweites Antwortschreiben der Sozialverwaltung:

D o k u m e n t :
"Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 3.9.72 teilen wir Ihnen mit, daß sich die Mehrzahl des pädagogischen Personals des Kinderheimes Ebersheimstrasse gegen Ihre Weiterbeschäftigung als Erzieherin ausgesprochen hat. Wir sehen aufgrund dieser Sachlage keine Möglichkeit, Ihrem Antrag auf Weiterbeschäftigung stattzugeben."

- Als letztes Mittel, um den BP die Einstellung zu verwehren, bediente sich die Sozialverwaltung einer fiktiven Mitbestimmung der Heimmitarbeiter, die es vorher nicht gab und auch heute nicht gibt.

III Strategie der Gruppe:

a) Im Heim

In den Vorüberlegungen zu dem Kollektivpraktikum wurden folgende Gesichtspunkte wesentlich berücksichtigt: die bestehende Hierarchie im Heim sollte gemeinsam mit den Mitarbeitern aufgedeckt und verändert werden. Um dies zu können, mußte eine regelmäßige Dienstbesprechung eingeführt werden. Gleichzeitig sollten die bestehenden Konflikte zwischen Heim und Sozialverwaltung verbalisiert und solidarisch von den Heimmitarbeitern ausgetragen werden. Erziehungsinhalte sollten hinterfragt werden. Dabei sollte eine Konfrontation zwischen BP und Heimpersonal vermieden werden. Außerdem wollten wir nicht den Erwartungen des Heimpersonals, Sozialverwaltung und unseres Praxisdozenten von einem aggressiven, blind agierenden Auftreten der Berufspraktikanten entsprechen. Die Folge war: Die Gruppe paßte sich zunächst passiv an und verhielt sich teilweise opportunistisch gegenüber den Mitarbeitern. Hinzu kam, daß die geplante Kommunikation zwischen den Praktikanten selbst durch die Aufteilung in 4 Kindergruppen und die verschiedenen Dienstzeiten eingeschränkt war. Viele Energien wurden für Gespräche nach Dienstschluß aufgebracht. Die Mitarbeiter zeigten dann auch teilweise in Einzelgesprächen die Bereitschaft, Konflikte zu artikulieren und aufbrechen zu lassen. Im Beisein der Heimleitung schwand allerdings diese Bereitschaft wieder.
Als die BP dann mehr und mehr zu einer Konfliktstrategie übergingen, waren die Fronten für eine Auseinandersetzung schon zu verhärtet.
Die Taktik der Heimleitung konzentrierte sich jetzt auf Einzelgespräche. In solchen Gesprächen ließ sie einfließen, daß ihr keine qualifizierten Mitarbeiter zur Verfügung stünden und mit dem vorhandenen "unqualifizierten" Heimpersonal könne sie nichts gegen die Sozialverwaltung ausrichten. Diese Taktik des Gegeneinanderausspielens, die Verteilung von Lob und Tadel, verhinderte nicht nur eine Solidarisierung der Mitarbeiter mit den BP, sondern führte auch in der Praktikantengruppe zum Aufbrechen der Solidarität. Das Schreiben vom 26.9.72 (vgl. S.) erhielten nur 2 BP, während der dritte einen befristeten Arbeitsvertrag bis zum 31.11.72, Vergütungsgruppe VIIb BAT bekam. Danach erhielt auch er sein Kündigungsschreiben:

Dokument:

"Aufgrund Ihrer o.a. Zuschriften haben wir die Möglichkeit Ihrer Weiterbeschäftigung im Kinderheim Ebersheimstr. einer eingehenden Prüfung unterzogen. Nach Abwägung aller Fakten kommen wir zu dem für Sie leider negativen Ergebnis, daß es wohl für alle Beteiligten besser ist, wenn Sie aus dem pädagogischen Dienst im Kinderheim Ebersheimstr. mit Ablauf des befristeten Arbeitsvertrages, dem 30.11.72, ausscheiden."

Der Kreislauf von der Weigerung, die BP im Heim arbeiten zu lassen, bis zur Verweigerung der Weiterarbeit nach der Praktikumszeit hat sich geschlossen.

b) Nach außen

In dem halben Jahr nahm die Gruppe Kontakte zu SPD-Abgeordneten im Sozialausschuß der Stadt Ffm. auf. Wir wollten mit ihnen die Frage abklären, inwieweit sie sich für die Veränderung der Heimsituation einsetzen und die Einrichtung von Sozialarbeiterstellen unterstützen.
Die Gespräche waren von ihrer Seite her durch vorsichtiges Taktieren gegenüber dem Heim und der Sozialverwaltung bestimmt, da die bevorstehende Kommunalwahl die eigene "Nestbeschmutzung" nicht zuließ. Die Verbindung zu den SPD-Leuten brach ab, als ein von ihnen geplanter Heimbesuch durch das Erkranken eines Abgeordneten ausfiel.
Der Personalrat der Stadt Ffm., der wiederholt von uns angeschrieben und angesprochen wurde, reagierte nie.
Die ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit - hatte zu der Zeit andere Dinge zu tun, die ein Beschäftigen mit der Situation der BP nicht zuließen.
Der AKS schaltete sich nicht ein, wahrscheinlich wurde der Anspruch der BP als zu unpolitisch gesehen.

IV Abschließende Einschätzung des Konfliktes:

Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß in der Heimarbeit eine pädagogisch inhaltliche und in ihrem politischen Stellenwert veränderte Arbeit auch dann nicht ohne weiteres erreicht werden kann, wenn eine relativ starke (zahlenmäßig) Gruppe von 4 Sozialarbeitern in eine Institution eintritt. Hierarchische Machtstrukturen im Heim verhindern eine Veränderung der pädagogischen Arbeit, die vom Willen und Bedürfnis der Betroffenen (Kinder und Jugendliche) bestimmt werden sollte. Eine solche Arbeit würde Aufgabe von Verfügungs- und Kontrollgewalt der Bürokratie erfordern. Ebenso sperrt sich die in der Hierarchie übergeordnete Sozialverwaltung gegen Ansprüche des Heimes, die eben aus der konsequenten Orientierung auf die Heimbewohner resultieren sollten.
Beide Machtstrukturen verbinden sich zu einer gewaltsamen Einheit, wenn es darum geht, unbequeme Kontroll- und Anpassungsfunktionen in Frage stellende Berufspraktikanten aus der Arbeit zu entlassen.

Bericht über die Institutionalisierung der Gemeinwesenarbeit mit Obdachlosen in Frankfurt - Lehrbeispiel und seine Konsequenzen -

I Geschichte und Entwicklung

1969 billigte die SPD-Fraktion den Etat zum Bau von 300 Wohnungen für die Umsiedlung der Bewohner aus Notunterkünften. Im Februar 1970 forderte sie die Einrichtung einer Gruppe von Sozialarbeitern, die im Rahmen der Fachstelle "Nichtseßhaftenhilfe und soz. Wohnraumhilfe" die gesamte Arbeit für Bewohner in sozialen Brennpunkten erledigen soll. Im November 1970 beschloß der Magistrat:
"Mit Wirkung vom 1.1.1970 werden bei der Sozialverwaltung, Fachstelle für Nichtseßhaftenhilfe und soz. Wohnraumhilfe 8 Inspektorenstellen nach Bes.Gr. A 9 neu geschaffen."
Trotz intensiver Bemühungen konnten die Stellen jedoch nicht besetzt werden, denn die Bewerber wurden von vornherein abgeschreckt durch einen Arbeitsplan, der ihre Aufgaben bis in Einzelheiten festlegte und neuen Methoden keinen Raum ließ. Dies war für die Behörde aber kein Hinderungsgrund, die Auflösung der Obdachlosensiedlungen trotzdem zu beginnen. Diese unkoordinierte Arbeit löste bei den Betroffenen Unruhe und Unsicherheit aus, die sich auch auf die zuständigen Sozialarbeiter in den Sozialstationen ausweitete.
Diese betroffenen Sozialarbeiter trafen sich schließlich im Mai 1971 zu einem Austauschgespräch; über die Gründe der auftauchenden Schwierigkeiten beschlossen sie, mit den zuständigen Amtsvertretern zu sprechen. In einem Brief der Sozialarbeiter an das Sozialamt vom 4.8.1971 heißt es u.a.:
"Wir glauben, daß bisher vorrangig administrative und weniger sozialpädagogische Gesichtspunkte bei der Umsetzung von Familien und Einzelpersonen maßgebend waren. ...Eine solche Erfahrung müßte zwangsläufig den betroffenen Personenkreis noch mutloser werden lassen. Hierdurch würde jede Initiative nach außen gelähmt und die soziale Isolierung nicht aufgehoben,sondern verstärkt und damit eine Eingliederung in das neue Gemeinwesen verhindert. ...Abschließend möchten wir darlegen, daß wir grundsätzlich in der Abteilung Gefährdetenhilfe arbeiten würden, sehen aber auf Grund der Gespräche mit Herrn D. und des uns vorliegenden Informationsmaterials keine Möglichkeit, unsere Vorstellungen in diese Arbeit einzubringen. ...Wir wären bereit, unseren Standpunkt zu überprüfen, wenn wir durch entsprechende Beschlüsse der Stadtverordneten einen politischen Willen zur Gemeinwesenarbeit in den Notunterkünften erkennen könnten."
Das auf diesen Brief hin geführte Gespräch brachte keine Änderung der Standpunkte. Die interessierten Sozialarbeiter lehnten die Arbeitsaufnahme ab. In seinem Antwortbrief vom 14.9.1971 schreibt Mag.Rat D.:
"Alle Entscheidungen der Vertretungskörperschaften erfolgen aus sozialpädagogischen Gründen. Das Ziel dieser Arbeit ist eindeutig: Beseitigung der Obdachlosigkeit."

Über die Methoden, dieses Ziel zu erreichen, gibt es verschiedene Auffassungen. Ob die Gemeinwesenarbeit dazu der einzige Weg sein wird, ist keineswegs erwiesen. Wo sie in Ansatzpunkten durchgeführt worden ist, scheint mindestens Skepsis angebracht."
Da die Stellen nun immer noch unbesetzt sind, beschlossen die Leiter der Sozialstationen in ihrem Arbeitskreis im November 1971 einen amtsinternen Personalausgleich. Dies bedeutete für alle Sozialarbeiter in den Sozialstationen die Gefahr der unfreiwilligen Versetzung in die Abt. soz. Wohnraumhilfe. Die dadurch entstehenden Lücken sollten zudem ausgeglichen werden durch eine Neuordnung- und das hieß in diesem Fall Vergrößerung - der bisherigen Bezirke, was zur verstärkten Belastung der einzelnen Sozialarbeiter führen würde.
Zur Abwehr dieser Maßnahme wurde von ca. 80 Sozialarbeitern ein Schreiben an den Stadtrat und die Leiter des Sozialverwaltungsamtes, des Sozialamtes und des Jugendamtes geschickt. In diesem Brief wird noch einmal die bisherige Entwicklung aus ihrer Sicht dargestellt. Abschliessend heißt es darin:
"Da das vorgelegte Konzept bereits am 1.1.1972 verwirklicht werden soll, erwarten wir Ihre Stellungnahme bis zum 10.12.1971 an alle Sozialstationen und das Sachgebiet Soziale Wohnraumhilfe. Wir halten die beabsichtigte Umorganisation für alle Betroffenen derartig einschneidend, daß wir uns vorbehalten, die politischen Gremien zu benachrichtigen, falls wir keine befriedigende Antwort erhalten sollten."
Dieser letzte Satz wirbelte so viel Staub auf, daß sich die Gruppe gezwungen sah, die Lage durch ein weiteres Schreiben vom 16.12.71 zu entschärfen: "Die gewählte Formulierung war nicht als Nötigung gedacht." Aufgrund des ersten Schreibens an die Amtsleitungen wurden die Unterzeichner von Amtsvorgesetzten mit Äußerungen wie: 'Frau X, d a s hätte ich von ihnen nicht gedacht' oder 'Was sagt denn ihr Mann dazu' z.T. so unter Druck gesetzt, daß sie ihre Unterschriften wieder zurückzogen. Sie konnten den Entzug von Anerkennung, mit dem ihre Vorgesetzten drohten, nicht länger ertragen.
Ebenfalls am 16.12.1971 sandte der Stadtrat einen Brief an den Personalrat, in dem er auf seine Sicht der Dinge und die Unterstützung durch den Kreis der Oberfürsorgerinnen hinwies. Bevor hier der letzte Abschnitt dieses Briefes zitiert wird, soll noch darauf hingewiesen werden, daß Stadtrat G. CDU-Mitglied ist und seinen Posten der großen Römerkoalition zwischen SPD und CDU verdankt:
"Schließlich muß ich die Form des Schreibens vom 26.11.1971 beanstanden. Als Dezernent und hauptamtlicher Beigeordneter der Stadt Frankfurt a.M. bin ich für meine Tätigkeit dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung verantwortlich. Ich trage diese Verantwortung unabhängig von der Auffassung anderer Personen oder Gruppen. Deshalb kann ich es nicht hinnehmen, daß eine Gruppe von Sozialarbeitern mir vorschreiben will, in welcher Zeit ich verantwortliche Tätigkeit ausübe oder in welcher Zeit ich auf ein Schreiben zu antworten habe und mir für den Fall, daß ich die von ihr gesetzte Frist nicht einhalte, sogar die unmittelbare Verhandlung mit politischen Gremien androht. Dies grenzt schon fast an Nötigung. Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie die Initiatoren dieses Schreibens über die von mir dargestellte Sach- und Rechtslage unterrichten und darauf hinwirken wollten, daß derartige Schreiben in Zukunft unterbleiben, die nur geeignet sind, die Zusammenarbeit innerhalb der Sozialverwaltung zu gefährden und

den Arbeitsfrieden zu stören."
Nun wurde ein Gespräch zwischen den Leitern der Sozialstationen für den 4.1.1972 vereinbart, zu dem die Initiativgruppe Obdachlosenarbeit einen "Vorschlag zur Konzipierung der Obdachlosenarbeit in Ffm." als Diskussionsgrundlage noch Ende Dez. 1971 an die Gesprächsteilnehmer versandte. (siehe nächster Abschnitt)
Wenige Tage danach wurden zwei getrennte Unterredungen mit in der Obdachlosenarbeit tätigen Sozialarbeitern geführt, zu denen diese per Dienstanweisung aufgefordert worden waren, nachdem sie sich geweigert hatten, statt als Gruppe einzeln erscheinen zu müssen. Auch hier stellte sich wieder heraus, daß der größte Teil der Sozialarbeiter Gemeinwesenarbeit forderte, während die Amtsleitung die Auflösung der Notunterkünfte mit Einzelfallhilfe unterstützen wollte und Gemeinwesenarbeit eventuell billigte für Bewohner, denen überhaupt nicht zu helfen ist und die auch weiterhin in Notunterkünften leben werden müssen.
Da durch die verstärkten Spaltungsbemühungen der Behörden die Unsicherheit unter den Gruppenmitgliedern wuchs, baten einige von ihnen, die auch Mitglieder des AKS waren, diesen Arbeitskreis um Mithilfe. Gemeinsam erarbeitete man eine Dokumentation und entschloß sich, den Konflikt in die Öffentlichkeit zu tragen. Am 24.1.1972 wird mit der SPD-Fraktion und ca. 100 eingeladenen Sozialarbeitern das Konzept der Obdachlosenarbeit diskutiert. (siehe auch Geschichte des AKS)
In einem anschließenden Brief an die SPD-Fraktion forderte der AKS politische Beschlüsse zur Sicherung der Diskussionsergebnisse:
- Realisierung der Gemeinwesenarbeit
- Einweisungsstop in Notunterkünfte usw.

Im März 1972 wurden den interessierten Sozialarbeitern auf Wunsch der Initiativgruppe erstmals die Arbeitspapiere zur Vorbereitung einer Magistratsvorlage zum Thema "Räumung der städtischen Obdachlosensiedlungen" zugänglich gemacht. Die Gruppe erarbeitete dazu eine Stellungnahme und forderte dringende Änderungen. Noch immer standen administrative Gesichtspunkte an erster Stelle.
Wenige Monate vor der Bundestagswahl griff der Landesverband Hessen der Deutschen Jungdemokraten dieses Thema auf und lud zu einem Wochenendseminar mit dem Titel 'Obdachlose in Hessen' ein. Hierdurch wurde die Presse wieder auf die Vorgänge in Frankfurt aufmerksam gemacht.
In einem groß aufgemachten Artikel der FAZ vom 28.7.1972 hieß es:
"Von Gemeinwesenarbeit, also davon, daß die Obdachlosen allmählich befähigt werden sollen, ihre Interessen selbst zu vertreten gegenüber einer hier fast allmächtigen Verwaltung, spricht der Vorbericht des Magistrats erst in einem Schlußabsätzchen, das der "Initiativgruppe Obdachlosenarbeit" aufsässiger städtischer Sozialarbeiter gar nicht gefällt. Gemeinwesenarbeit soll es nämlich nur geben in jenen Einfachstwohnungen der Ahornstraße, die künftig als Auffanglager für Notfälle und Unverbesserliche dienen sollen. Der Einsatz komme dann zu spät, meinen die Sozialarbeiter, die Obdachlose schon heute mehr an der Lösung ihrer Probleme beteiligt sehen wollen. ... Für Frankfurt gibt es jetzt erst einmal einen Vorbericht des Magistrats, der mit seinem kühnen Fünfjahresplan alles in den Schatten stellt, was im Rahmen der Obdachlosenhilfe selten an die Sonne kommt. Ob sich die - wenigstens in der Planung - so verhältnismäßig rasch geräumten Notquartiere wirklich auf die Dauer freihalten lassen, wo die Sozial-

arbeiter zu Einübung ins "normale" Leben fehlen, wird sich zeigen. Einstweilen sorgt wenigstens "Pro Familia",Deutsche Gesellschaft für Sexualberatung und Familienplanung, die in Frankfurt ihren unruhigen Sitz hat, durch immer erfolgreichere Hausbesuche dafür, daß die Familien in den Notquartieren nicht noch größer werden..."
Zu eben dieser Zeit - im Juli 1972 - wurde auf Druck der Jusos und gegen den Widerstand des rechten Flügels der Frankfurter SPD die Koalition SPD/CDU gelöst. Von dem neuen sozialdemokratischen Stadtrat Berg erwarteten die Jusos mehr Dynamik und Aufgeschlossenheit. In einer ersten Pressekonferenz zum Thema 'Obdachlosigkeit' stellte sich Berg der Öffentlichkeit. Die 'Frankfurter Rundschau' schreibt am 3.8.1972:
"In der Pressekonferenz am Mittwoch sah sich Berg gezwungen, 'Bedenken auszuräumen': Der jüngst erkorene Sozialdezernent distanzierte sich vom Obdachlosenkonzept des Sozialausschusses - "Überlegungen meines Vorgängers teile ich nicht" - und versprach eine Überarbeitung: "Wir wissen genau, daß die bisher betriebene Sozialarbeit unzureichend ist", bekannte Berg."
Diese neuen Einsichten ermutigte die Initiativgruppe zu einer erneuten Bewerbung unter den bekannten Voraussetzungen. Der Stadtrat stimmte den Vorschlägen zu. Am 4.12.1972 wurde die Arbeitsaufnahme zum 1.2.73 beschlossen. Das Protokoll dieses Gespräches galt als gemeinsame Arbeitsunterlage.

II Vorstellungen der Sozialarbeiter

Alle Mitglieder der Initiativgruppe haben als Sozialarbeiter in der Familienfürsorge gearbeitet und hatten somit dauernde Auseinandersetzungen mit dem Obdachlosenproblem. Sie alle sahen in der Gemeinwesenarbeit die einzige Möglichkeit, konstruktive Veränderungen einzuleiten. Deshalb bewarb sich ein Teil der Gruppe um die noch nicht besetzten sechs Planstellen. Der Widerstand, den sie als Gruppe zwei Jahre erfahren hatten, förderte ihren Zusammenhalt. Sie waren stolz darauf, sich gegen alle Vereinzelungsversuche der Sozialadministration durchgesetzt zu haben und das Ziel, Gemeinwesenarbeit als Fortschritt gegenüber traditionellen Formen der Familienfürsorge betreiben zu dürfen, erreicht zu haben. Gleichzeitig wuchs - wenn auch oft verdrängt - die Furcht vor der nun zu bewältigenden Arbeit, von der eigentlich niemand genau wußte, wie sie aussehen sollte und ob er selbst in der Lage sei, die gestellten Ansprüche zu erfüllen. Plötzlich wurde man sich ungeheurer Lerndefizite bewußt und mußte zugestehen, daß ein präzises Arbeitsprogramm erst nach dem Ablauf einiger Fortbildungsseminare und nach mehrmonatiger praktischer Erfahrung aufgestellt werden könnte. Hinzu kam noch die Schwierigkeit, bei Arbeitsbeginn zwei bereits in der Fachstelle tätige Sozialarbeiter in das Team zu integrieren. Dies alles brachte neue Konflikte und damit Lernhemmungen. Die Frustrationsangst wuchs und bewirkte, daß man immer weniger bereit war (oder auch: sein konnte) z.B. mit dem AKS die Gruppenarbeit zu diskutieren bzw. Kritik anzunehmen. Stattdessen stellte man immer wieder heraus, welche Erfolge man errungen hatte: frei geregelte Arbeitszeit und -einteilung, keine direkten Kontrollen, höhere Besoldung, Supervision, wissenschaftliche Ausarbeitung der Tätigkeit. Obwohl diese Errungenschaften für alle Mitglieder der Gruppe sehr be-

deutungsvoll waren, verkannten sie aber, daß all diese Beschlüsse nichts über den inhaltlichen Charakter ihrer künftigen Arbeit aussagten. Dazu die folgenden Beispiele:

1. In dem "Diskussionsvorschlag zur Konzipierung der Obdachlosenarbeit in Frankfurt a.M." vom 30.12.71 wurde zunächst das Problem der Obdachlosigkeit analysiert und begründet, warum dies nur durch Gemeinwesenarbeit zu lösen sei. Man ging dann noch ein wenig näher auf die Gemeinwesenarbeit und ihre typischen Merkmale ein und sagte schließlich im letzten Absatz:
"Wie die Arbeit konkret aussehen wird, kann erst nach praktischen Erfahrungen durch die Gruppe der Gemeinwesenarbeiter festgelegt werden. Um in dieser Arbeit optimale Leistungen zu erreichen, ist es notwendig, wissenschaftliche Hilfsquellen hinzuzuziehen, die es ermöglichen helfen, Begonnenes kritisch zu reflektieren."
Hieraus geht hervor, daß Gemeinwesenarbeit das einzig angestrebte Ziel war, ohne inhaltlich näher definiert zu sein.

2. Als das Amt des Sozialdezernenten neu besetzt wurde, griff die Gruppe dies als Möglichkeit auf, sich erneut zu bewerben, womit sie dann ja auch Erfolg hatte. In diesem Bewerbungsschreiben werden zwar präzisere Forderungen gestellt
(z.B. "Alle Vorlagen bezüglich der Obdachlosenhilfe...müssen vom Team erarbeitet werden"), doch noch im selben Brief werden diese Forderungen schon wieder entkräftigt durch die Feststellung:
"Eine detaillierte Konzeption für die Frankfurter Situation kann erst nach genauer Kenntnis des Arbeitsfeldes und der Arbeitsplatzsituation in Zusammenarbeit mit dem Supervisor und den betroffenen Obdachlosen erstellt werden und bedarf einer dauernden Reflektion und evtl. Überarbeitung." Obwohl dies eine durchaus sinnvolle Feststellung war, ließ sie den Behördenvertretern die Möglichkeit offen, u.U. darauf hinzuweisen:
'Ihr wißt ja selber noch nicht einmal genau was ihr wollt, und da wir auf System und Planung angewiesen sind, müßt ihr euch eben erst einmal nach unseren Vorstellungen richten, die sicher besser sind als gar keine.'
Wie schwer es aber ist, sich gegen einmal eingerichtete administrative Vorgänge zu wehren bzw. sie abzuschaffen, das weiß jeder Sozialarbeiter aus eigener Erfahrung.

Die wichtigste Arbeitsgrundlage für das Team ist nach Aussage einiger Mitglieder das Protokoll des Gesprächs mit dem Stadtrat und der Abteilungsleitung vom 4.12.72, das wir aus diesem Grund hier zunächst einmal im genauen Wortlaut abdrucken.

Niederschrift der Besprechung zwischen Stadtrat Berg und Sozialarbeitern des Arbeitskreises "Obdachlosenhilfe" am 4.12.1972

Folgende Punkte wurden übereinstimmend verabredet:
1. Die Sozialarbeiter für die Gemeinwesenarbeit arbeiten als Gruppe und treten als Gruppe auf. Es gibt keine Sachgebietsleiterin.
2. Die Gruppe akzeptiert Herrn Humbert als Beziehungsperson. Herr Humbert hat die Dienst- und Fachaufsicht. Ist bei inhaltlichen Fra-

gen zwischen der Gruppe und Herrn Humbert keine Übereinkunft zu erzielen, wird die Frage in einem Gremium verhandelt, dem zusätzlich Herr Berg und Sachverständige außerhalb der Stadtverwaltung angehören.
3. Die Fortbildung aller Sozialarbeiter zu Gemeinwesenarbeit wird als notwendig angesehen. Die einzige Ausbildungsstätte in Hessen, Gelnhausen, bietet einen Lehrgang über 5 Quartale ab September 1973 an. Die Anmeldung müßte im Januar 1973 erfolgen. Außerdem wäre Gelnhausen bereit, die Gruppe beim Anfang der Arbeit zu beraten. Es muß noch geklärt werden, ob das zusätzliche Kosten verursacht oder ob das zu den Kursgebühren gerechnet wird. Die Anwesenden halten eine Beratung beim Arbeitsanfang für günstig.
4. Die Gruppe erhält die Möglichkeit, ihre Arbeit von Anfang an wissenschaftlich überprüfen zu lassen. Durch Frau Neumann sind bereits Kontakte zu Herrn Iben und einem anderen Herrn geschlossen worden, die ihre Arbeit in der Mühlbruchstraße begleiten. Finanzielle Forderungen müßten vorher abgeklärt werden. Die Gruppe selber sorgt dafür, daß die wissenschaftliche Begleitung nicht im luftleeren Raum schwebt, sondern eng fachbezogen ist.
5. Eine Supervision für die Gruppe wird gewährleistet. Die Supervision soll sich hauptsächlich auf die Beziehungen der Gruppenmitglieder untereinander beziehen, um Störungen bei der Arbeit schneller in den Griff zu bekommen. Herr Richter aus Gießen wurde bereits angeschrieben. Eine Antwort steht noch aus. Sollte Herr Richter nicht können, käme auch ein Supervisor aus dem Sigmund-Freud-Institut Ffm. in Betracht.
6. Herr Berg will sicherstellen, daß die Vorstellungen der Gruppe im JWA zu Angelegenheiten der Betroffenen gehört werden.
7. Herr Berg ist bestrebt, daß ein Mitarbeiter des Sozialverwaltungsamtes ständig im Planungsausschuß des Bauamts miteinbezogen wird. Dadurch soll auch die Gruppe der Gemeinwesenarbeiter Kontakt zum Planungsausschuß erhalten, wenn es um die Gebiete geht, in denen sie arbeiten.
8. Herr Humbert sichert zu, daß die Gruppe bei der Aufstellung des Haushaltsplans für die Fachstelle mitbeteiligt wird.
9. Soweit eine Rechtsberatung mit den Betroffenen nicht mit der Anwaltskammer kollidiert, soll versucht werden, Obdachlose bei Rechtsproblemen evtl. durch Jurastudenten oder durch die städtische Rechtsstelle zu beraten. Ein Rechtsbeistand kann nicht gewährt werden.
10. Alle Mitglieder der Gruppe werden Anträge auf eine Höhergruppierung stellen. Berufsanfänger nach BAT IV b, die anderen nach BAT IV a. Die Anträge werden von Herrn Berg befürwortet. Die Gruppe sieht eine bessere Einstufung als unerläßlich an und wird sich dafür mit angemessenen Mitteln einsetzen.
11. Die Sozialstationen Gallus und Eschersheim haben das Recht, um die freigewordenen Planstellen möglichst schnell zu besetzen, eine eigene Annonce aufzugeben.
12. Herr Humbert leitet umgehend die Versetzung ein. Sie soll möglichst zum 1.2.1973 erfolgen. Die Gruppe fängt geschlossen an zu arbeiten.
13. Die Anwesenden einigten sich auf folgende Gebiete
a) eine Dreiergruppe Niederbornstraße 50 - 58 mit Einbeziehung der Hochhäuser
b) eine Dreiergruppe Ahornstraße 80 - 94 und Ahornstraße 101 - 107

c) die Arbeit in der Mühlbruchstraße wird fortgesetzt.
14. Es wird eine Zeit von zwei Jahren angesetzt, nach der sich herausgestellt haben sollte, ob die Gemeinwesenarbeit als Methode der Sozialarbeit erfolgreich war und zusätzlich auf andere Wohngebiete ausgedehnt werden soll.

Frankfurt (Main, 21.12.1972

Verteiler:
z.Hdn. Herrn Stadtrat Berg
z.Hdn. Herrn Humbert
z.Hdn. der beteiligten Sozialarbeiter

Folgende Kritikpunkte haben wir erarbeitet:

1. Aus diesem Protokoll sollen alle weiteren Ansprüche abgeleitet werden können, obwohl dies in keinem Satz erwähnt wird. Das ganze Protokoll geht von konfliktfreien Arbeitsbedingungen aus, man vertraut auf gute Beziehungen, ein angenehmes Arbeitsklima.
2. Das Protokoll ist nicht von beiden Parteien abgezeichnet, also formal gar nicht anerkannt.
3. Die einzelnen Punkte sind so vage formuliert, daß es mehrere Möglichkeiten der Auslegung gibt.
4. Verfügungsmöglichkeiten über finanzielle Mittel wurden nicht festgehalten.
5. Die hierarchische Struktur wurde nicht angetastet, indem die Dienst- und Fachaufsicht einfach eine Stufe höher verlegt wurde.
6. In dem Protokoll kommt der Glaube an eine objektive Wissenschaft zum Ausdruck, die sogar noch in der Lage sein soll, politische Konflikte zu lösen.
7. Es werden keinerlei Ziele definiert.
8. Die Betroffenen bleiben völlig unerwähnt.

Die Unsicherheit, die in den genannten Beispielen zum Ausdruck kommt, verstärkte schon in der Planungsphase die ohnehin mächtige Position der Sozialadministration. Es konnten Beschlüsse gefaßt werden, denen die Sozialarbeiter nichts entgegenzusetzen hatten (s. nächster Abschnitt). Das ganze Maß der Abhängigkeit, in die sich die Gruppe selbst hineinmanövriert hatte, kommt besonders im letzten Abschnitt des Protokolls zum Ausdruck. Es bestand wohl kein Zweifel, wer nach den vorgesehenen zwei Experimentierjahren den Maßstab für Erfolg oder Mißerfolg anlegen würde.

III Vorstellungen der Behörde

Nach der Darstellung der Pläne des Sozialarbeiter-Teams stellte sich nun die Frage nach den Interessen des Sozialamtes, diese Vorschläge anzunehmen und zu fördern: Welche Interessen sind deckungsgleich, wo ergeben sich unterschiedliche Zielvorstellungen, gibt es auf behördlicher Seite irgendwelche Anzeichen für eine Ausweitung der Verantwortung der Sozialarbeiter?
Einen Monat nach dem Gespräch am 4.12.72, aus dem das zuvor kriti-

sierte Protokoll hervorging, hat Stadtrat Berg ohne Konsultation des Teams einen 'Plan zur Auflösung der städtischen Obdachlosenunterkünfte' vorgelegt, der von den Entscheidungsgremien bewilligt wurde. Dies Schriftwerk gibt Anwort auf alle o.g. Fragen und beseitigt schon vor dem Arbeitsbeginn des Teams überflüssige Illusionen. An der Ausarbeitung des Planes war das Team nicht beteiligt, und nachdem schon Fotokopien dieses Planes in Sozialarbeiterkreisen umliefen, hatten einige Team-Mitglieder diesen Plan noch nicht einmal gelesen. Doch nun zum Plan selbst:
Ausgangspunkt ist eine Analyse des Problems der Obdachlosigkeit. Berg weist darauf hin, daß hier "gesellschaftliche und wirtschaftliche Hintergründe" zu untersuchen sind und die Notwendigkeit besteht, nicht mehr - wie bisher - die Symptome, sondern die Ursachen zu bearbeiten. Wie das gemeint ist, wird gleich anschließend erläutert:
"An die Ursachen heranzugehen bedeutet, von der Verwaltung der Obdachlosigkeit abzurücken und ihre Aufhebung im Prinzip zu betreiben. (Anm. d.Red. Wie dies am sinnvollsten zu geschehen hat, machte Berg als Vorsitzender der "AG für kleine Wohnungen" deutlich, indem er dort bis zu 50 %-ige Mietpreiserhöhungen vertritt). Die dafür notwendigen Mittel sind mit Sicherheit weit niedriger als die für alle möglichen Folgekosten, die entstehen, wenn es bei der jetzigen Art der Unterbringung bleiben würde."
Liest man daran anschließend noch das folgende Zitat aus einem Rundbrief des Stadtrates an alle gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften in Ffm. vom 8.1.73 , so wird schon die Frage nach den Interessen der Sozialverwaltung- und damit der Frankfurter SPD - an diesem Plan beantwortet:
"Das Derzernat Soziales und Freizeit hat ein Programm zur Räumung der Obdachlosenunterkünfte entwickelt. ....Eine so groß angelegte Lösung ist bisher in der Bundesrepublik nicht versucht worden."
Das bedeutet ganz klar: Mit dieser "groß angelegten Säuberungsaktion" des Frankfurter Stadtbildes, die sich außerdem auch und nicht zuletzt als finanziell ertragreich erweist, hofft die SPD auf eine Image-Aufwertung nicht nur in Frankfurt, sondern auch auf Bundesebene.
Nun wäre gegen diese Hoffnung gar nichts einzuwenden, wenn dabei die Interessen der Menschen in den Unterkünften eindeutig im Vordergrund stünden. In diesem Zusammenhang stellte Berg zwar fest, daß gegenwärtig keine Frage nach individueller Schuld gestellt werden dürfe und damit jeder Anspruch auf Sozialhilfe besitze. Dies sei jedoch nur notwendig, um eine gleiche Ausgangsposition für alle zu schaffen und spätere Abweichungen dann wieder als individuell hinstellen zu können.
Auf die Rolle der Sozialarbeiter ging Berg unter dem Abschnitt "Zielvorstellungen" ein:
"Das dort tätige Sozialarbeiter-Team soll mit allen Methoden der Sozialarbeit, insbesondere auch mit denjenigen der Gemeinwesenarbeit, an der Integration der Familien arbeiten. Es wird seine Aufgabe sein, modellhaft zu entwickeln, wie ein bedürfnisgerechtes Wohn- und Lebensgebiet mit gesellschaftlicher Aufwertungstendenz geschaffen werden kann." Und:
"Die Sozialarbeiter sollen mit den jetzt in den Obdachlosenunterkünften lebenden Familien intensiv arbeiten und ihnen helfen, ihre Probleme zu erkennen und zu bewältigen."
Damit waren die Rollen der Beteiligten eindeutig definiert. Die Bewohner der Unterkünfte sollten lernen, mit ihren Problemen allein fertig

zu werden - also der Gesellschaft nicht länger zur Last fallen -, sie sollten Anpassung üben und dadurch gesellschaftliche Aufwertung erreichen. Der Sozialarbeiter durfte sie dabei mit allen Mitteln der Kunst (GWA, Familientherapie, finanzielle Unterstützung) unterstützen und sollte richtungsweisende Anregungen geben.
Bleibt zu fragen, was geschieht, wenn nicht simples Bewußtsein (Leistungsbewußtsein), sondern politische Aktivität entwickelt wird, wenn sich die Bewohner nicht angepaßt, sondern radikal verhalten, wenn sie also lernen, ihre Ansprüche und ihr Recht energisch und konsequent zu vertreten. Ob sie dann auch noch so großzügig finanziell unterstützt werden? Überhaupt: hätte man dieses Projekt jemals in Angriff genommen, wenn sich keine finanziellen Gewinne ergeben würden?
Somit stand fest, daß alle Bereiche, die den Interessenraum der Behörde direkt berühren, durch Kontrollen abgedeckt waren. Obdachlose wie Sozialarbeiter durften zwar Wünsche äußern, aber über die Durchführung entschieden sie nicht.
Zusammenfassend ist also festzustellen:
Hinter dem Plan zur Auflösung der Obdachlosenunterkünfte standen machtpolitische Zielsetzungen, weitgehend verstärkt durch finanzielle Vorteile. Die Emanzipation der Bewohner war drittrangig.
Von den Sozialarbeitern wurde erwartet, daß sie sich mit diesen Zielen (SPD-Image-Aufwertung, gesellschaftliche Anpassung, finanzielle Einsparungen) identifizierten. Nur unter dieser Voraussetzung nämlich können sie das Problemlösungsverhalten der Bewohner den gesellschaftlichen Normen anpassen und die gewünschte Aufwertung erreichen. Würde ihnen diese Anpassung der Obdachlosen jedoch nicht gelingen, so würde ihre Arbeit als erfolglos beurteilt und nach dem Probezeitraum von zwei Jahren beendet werden.

IV Konfliktstrategien

In diesem Abschnitt übernehmen wir einmal einen Auszug aus dem Arbeitspapier der AG Gemeinwesenarbeit in der Victor-Gollancz-Stiftung zu 'Tendenzen der GWA in der BRD' und zum anderen versuchen wir, Konsequenzen aus der Analyse der bisherigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialarbeiter und der Verwaltung zu ziehen. Die Strategien sollen so formuliert werden, daß sie sich auch auf andere Gebiete der Sozialarbeit anwenden lassen.

Die Analyse bisheriger Ansätze von GWA in der BRD, wie auch der Versuch GWA in Ffm. zu institutionalisieren, zeigt deutlich 2 Entwicklungstendenzen auf:

"1. GWA ist Bestandteil einer Reform der instituionalisierten Sozialarbeit in kommunalen Bürokratien, Verbänden etc., um diese zu rationalisieren und damit auch zu "verbilligen".
2. Sie ist außerdem Ausdruck und Ausfluß einer Reformstrategie von kommunaler Politik und Planung insgesamt, die unter den Schlagworten "bürgernahe Verwaltung", "Partizipation an der und Demokratisierung der Planung" einerseits auf den Druck von Bürgerinitiativen reagiert und andererseits auf die aufgezwungene Notwendigkeit, im Interesse gesamtstaatlicher Konjunktursteuerung eine flexiblere Investitions-

MATERIALIEN

ZUR JUGEND- UND SOZIALARBEIT

NR. 1

ZWISCHENAUSWERTUNG DES PROJEKTES IN DER FAMILIENFÜRSORGE DER STADT KÖLN
Margot Dolls

Die Projektgruppe ging bei der Hypothesenbildung von folgenden Fragen aus:
1) Ist die Arbeit der Familienfürsorge zu sehr zufallsbedingt?
2) Ist die Arbeit zu sehr passiv-reaktiv und aktiv-vereinzelt?
3) Fördert die Arbeit der Familienfürsorge subjektivistische Denk- und Handlungsweisen?
4) Provoziert die Arbeit der Familienfürsorge privatistische Lösungen?
5) Ist die Arbeit der Familienfürsorge unrationell und damit unökonomisch?

(Selbstkostenpreis DM 2.50 je Expl.)

NR. 2

HAIDHAUSER: VERTEIDIGT EURE LEBENSBEDINGUNGEN! GWA IN MÜNCHEN-HAIDHAUSEN ARBEITSBERICHT 1970/71
Haidhausen-Büro

Der Bericht beschreibt die Arbeit des von der Victor Gollancz-Stiftung getragenen Arbeitsfeldmodells "Haidhausen-Büro, Stadtteil-Information" im Stadterneuerungsgebiet München-Haidhausen während des Zeitraumes November 1970 bis Oktober 1971 und enthält erste Einschätzungen der eigenen Arbeit. Der zweite Arbeitsbericht (November 1971 - Oktober 1972) wird im Sommer 1973 erscheinen.

(Selbstkostenpreis DM 6.00 je Expl.)

HERAUSGEGEBEN VON DER
VICTOR GOLLANCZ-STIFTUNG E.V.

6 FRANKFURT/MAIN
WILHELM LEUSCHNER-STRASSE 25

NR. 3

KAMPF UM EIN JUGENDWOHNKOLLEKTIV PLANSPIEL UND WIRKLICHKEIT
Christian Marzahn und Arbeitsgruppe MODELLE OFFENE JUGEND - HILFE

An einem Planspiel, dessen Spielphasen und Konflikte mit Dokumenten aus der Geschichte der Jugendwohnkollektive konfrontiert werden, wird versucht, das Spannungsfeld aufzuzeigen, in dem sich Jugendwohnkollektive befinden. Hierdurch werden nicht nur die spezifischen Probleme der Jugendwohnkollektive deutlich, sondern auch die Funktion von Sozialarbeit im Zusammenspiel von Behörden, Presse und Polizei.

(Selbstkostenpreis DM 6.00 je Expl.)

NR. 4

GEMEINWESENARBEIT IN DER BRD PRAXIS UND AUSBILDUNG 1971/72
Arbeitsgruppe GEMEINWESENARBEIT

Der Bericht enthält im ersten Teil die Auswertung einer Befragung von 38 GWA-Projekten in der BRD im Jahre 1971. Er untersucht die Konzeption der Projekte und ihre Träger, die praktische Projektarbeit, die kommunalpolitischen Strategien, die institutionellen Probleme der Arbeitsplätze, das Selbstverständnis und die Qualifikation der Gemeinwesenarbeiter. Der zweite Teil berichtet über den Stand der Ausbildung in GWA an den Fachhochschulen auf der Grundlage einer Fragebogenerhebung im April/Mai 1972.

(Selbstkostenpreis DM 4.00 je Expl.)

NR. 5/6 (2 Teile)

READER: JUGENDWOHNKOLLEKTIVE

Die Entwicklung der Jugendwohnkollektive wird in ihrem politischen Zusammenhang dargestellt, neue Tendenzen werden herausgearbeitet. Dabei wird gezeigt, daß eine wirksame Hilfe auch in Jugendwohnkollektiven nicht möglich ist, solange nicht inhaltlich und methodisch an der gesamten Lebenssituation Jugendlicher angesetzt wird. Der Reader enthält eine Reihe bisher schwer zugänglicher Texte sowie eine ausführliche Literaturliste.

(Selbstkostenpreis DM 8.00 je Expl.)

politik zu betreiben.

Partizipation bedeutet für die Interessen der staatlichen und kommunalen Planungsinstanzen wie der Verbände, egal, wie sie es sonst auch offiziell bezeichnen mögen, primär "Konfliktvermeidungsstragie ", wie es kürzlich von einem hessischen Ministerialbeamten im Gespräch ausdrücklich so formuliert wurde. Das Risiko dieses Einsatzes von GWA als Reformstrategie von oben liegt darin, daß sie in der Praxis korrespondieren kann mit Bewegungen und Initiativen in der Bevölkerung, die sich für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen organisieren, arbeiten und kämpfen, und dadurch gerade Konflikte provoziert.
Erst in dem Moment allerdings, wo GWA relevante Basisbewegungen in der Bevölkerung effektiv unterstützen kann (und nur in bestimmten Situationen "anführen", "befähigen", "anleiten".....oder was sonst noch an Illusionen über die politischen Möglichkeiten von GWA existiert), ist es politisch vertretbar, sie als eine Reformstrategie von unten zu bezeichnen.

Wenn es also einerseits notwendig ist, die Funktion der GWA als Integrations- und Befriedungstaktik von planenden Institutionen im kommunalen Bereich zu erkennen, so muß es andererseits darum gehen, in den konkreten Praxisfeldern Ansatzpunkte ausfindig zu machen, die GWA in den Dienst demokratischer Initiativen in der Bevölkerung stellen.
Eben in diesem Widerspruch: Agent der Institutionen - Bündnispartner von Basisbewegungen
ist zunächst grundsätzlich die Position des Gemeinwesenarbeiters zu sehen. Es geht darum, aus dieser widersprüchlichen Rolle sowohl in einer langfristigen Strategie, als auch in konkreten taktischen Erwägungen die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Hierzu läßt sich erst einmal ganz allgemein sagen:
Weder der Gemeinwesenarbeiter als Berufsrevolutionär noch als klassen- oder konfliktneutraler Befähiger werden realistische Strategien im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen entwickeln können.

Zur Konkretisierung der Strategie müssen die Praxisbereiche der beiden genannten Reformtendenzen noch genauer differenziert werden:

1. Die Modernisierung und Rationalisierung der Sozialarbeit im kommunalen Feld wird in zwei entscheidenden Bereichen vorgenommen:
a) Eine effektivere Planung sozialer Einrichtungen und Maßnahmen ist nur möglich, wenn die Kooperationsformen zwischen kommunaler Bürokratie und Verbänden auch intrainstitutionell verbessert werden. Hierfür sind Experten in Sozialplanung notwendig.
b) Zugleich müssen die Sozialarbeiter an der Basis für eine solche Planung Bedürfniserforschung betreiben und die Betroffenen durch entsprechende Methoden in den Planungsprozeß integrieren. Das gilt auch ganz besonders für die sogenannten randständigen Bevölkerungsgruppen.

2. Die Entwicklungsplanung der Gemeinden ist heute als Instrument staatlicher Infrastrukturpolitik einerseits zunehmend notwendig, und andererseits - insbesondere wegen der prekären Finanzsituation und der ihr zugrundeliegenden Abhängigkeit von der staatlichen Konjunkturpolitik - stark behindert. Um der aufgrund dieses Widerspruchs in der staatlichen Politik wachsenden Unzulänglichkeit der kommunalen Planung

in Bezug auf soziale Investitionen abzuhelfen, soll
a) die Einbeziehung sozialkultureller Gesichtspunkte in die Stadtplanung - etwa durch die Teilnahme von leitenden Mitarbeitern der Sozialverwaltungen an Planungsausschüssen etc. - eine "Sozial-sensibilisierte Stadtplanung" (diese Bezeichnung stammt aus der Stuttgarter Stadtverwaltung) zur Folge haben.
Schon diese Begriffsbestimmung deutet allerdings auf die Grenzen solcher Versuche hin. Eine soziale Sensibilisierung bedeutet noch lange nicht eine Stadtplanung nach sozialen Grundsätzen, was sicherlich viele Sozialarbeiter in ihrer Praxis erfahren.
b) Beim Einsatz der GWA im Rahmen von städtebaulicher Planung geht es nicht nur, wie eine eingeschränkte Definition des Sozialplans nach dem Städtebauförderungsgesetz meint, um die Vermeidung von Härten für bestimmte Bevölkerungsgruppen, die von diesen Umstrukturierungsprozessen besonders nachteilig betroffen sind, sondern auch um den Versuch, durch Beteiligungsstrategien eine Identifikation der Betroffenen mit den Planungsentscheidungen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen zu erreichen. Bereits im Städtebaubericht 70 der Bundesregierung wird GWA zu diesem Zweck als nützliche Methode angepriesen.

Die Experten für Sozialplanung, die mittlere und obere Funktionen in den Institutionen wahrnehmen (1. a) und 2. a)), werden in den meisten Fällen genötigt sein, sich mit den "Sachzwängen" der Planung mehr oder weniger zu identifizieren, und befinden sich daher potentiell im Widerspruch zu den Forderungen und Formen der Auseinandersetzung von Gruppen der Bevölkerung. Sie sind in ihrer praktischen Arbeit daher einem eigenartigen Dilemma ausgesetzt:
Sie müssen die Öffentlichkeit, auf die sie eigentlich als ihren Adressaten angewiesen sind, zugleich von aktiver Partizipation fernhalten.

Auszunutzen für eine politische Strategie im Interesse der benachteiligten Gruppen von Stadtbewohnern sind daher primär die Praxisfelder 1. b) und 2. b), d.h. die Positionen an der Basis der Institutionen. Wenn keine organisierten Bewegungen in diesen städtischen Bereichen existieren, wird es für die Gemeinwesenarbeiter, die offiziell die Funktionen 1. b) und 2. b) wahrnehmen müssen, nötig sein, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um sich gegen eine Funktionalisierung im Interesse der Reform von oben abzustützen, bzw. sich gegen sie zu wappnen. Auf keinen Fall dürfen sie der Illusion erliegen, als könnten sie allein als "Profis" in den Institutionen soziale Bewegungen der Bevölkerung langfristig initiieren und organisieren. Ihre Aufgabe kann nur darin bestehen, solche Bewegungen - und seien sie noch so schwach - durch Aufklärung über politische Zusammenhänge und konkrete Hilfestellung unter Ausnutzung der institutionellen Apparate zu unterstützen." Eine so eindeutige Parteinahme kann in bestimmten Konfliktsituationen Repressalien von Seiten des jeweiligen Arbeitgebers zur Folge haben, was ja auch die Disziplinierungsversuche des Sozialdezernenten in Ffm. zeigen.

Ausgehend von den Erfahrungen der GWA-Gruppe wollen wir versuchen, einige Punkte einer Konfliktstrategie anzugehen:

1. Im Vordergrund der Forderungen hat nicht das Eigeninteresse der Sozialarbeiter, das sich überwiegend als Professionalisierungsinteresse darstellt, zu stehen, sondern das Interesse des 'Klientel', das begriffen wird als ein Teil der Arbeiterklasse.
Im Vordergrund hat zu stehen die Solidarität mit den Betroffenen, die sich u.a. darstellt in einer konsequenten Vertretung der materiellen Interessen und extensiver Ausnutzung der Gesetze.
Auf diesem Hintergrund ist auch das Eigeninteresse der Sozialarbeiter im Hinblick auf materielle Verbesserung und Veränderung der Arbeitsplatzsituation zu definieren.
Um diese Interessen gegenüber der Sozialbürokratie durchzusetzen, ist Solidarität und Organisation (Gruppenbildung) unter den Kollegen notwendig.
Zusammen mit interessierten Kollegen ist nach der Verständigung über die gemeinsamen Ziele eine konsequente "Ist-Analyse" auszuarbeiten:
Dazu gehören folgende Punkte:
a) Es ist eine politische Einschätzung der gesellschaftlichen Situation, insbesondere der Funktion des Staates zu leisten, was auch bedeutet, den eigenen politischen Standort abzuklären und die verschiedenen Zielvorstellungen in Einklang zu bringen.
b) Die Gruppe hat sich ein genaues Bild zu machen von der Zielgruppe ihrer Arbeit, den Auswirkungen bürgerlicher Sozialpolitik und der Gesetze auf die Lebensbedingungen der Klienten.
c) Über die allgemeine politische Einschätzung hinaus muß die spezielle Situation der Administration in der politischen Auseinandersetzung geklärt werden.
Es ist zu fragen, welche Interessen z.B. dieser bestimmte Verwaltungszweig an der Durchsetzung bestimmter Ziele hat, wie die Kräfteverhältnisse bestimmt werden, wo Gegner, Fürsprecher sind und welchen Standort die eigene Zielgruppe (hier die Obdachlosen) einnimmt. Nur in der Konfrontation der eigenen Zielvorstellungen mit den Zielvorstellungen der Administration kann die eigene Position vollkommen erkannt und ausgenutzt werden, kann ein Handlungsspielraum erkämpft werden.
d) Es ist abzuklären, welchen Arbeitsbestimmungen die Sozialarbeiter in der Institution unterliegen, welche Funktion diese Bestimmungen haben, welchen Verpflichtungen die Administration und die 'Vorgesetzten' unterliegen und welche Gesetze und Bestimmungen für oder gegen die Gruppe bzw. den Einzelnen verwandt werden können.
e) Es ist die Funktion der Gesetze, Aufgaben, Maßnahmen und Entscheidungen zu klären, auf denen das Handeln der Sozialarbeiter beruht; was kann ausgenutzt werden, was ist Kontrolle, Strafe, Sanktion etc.?

In diesem Zusammenhang ist zu untersuchen, wie diese Maßnahmen von den Klienten erlebt werden und welcher Zusammenhang zwischen ihren Lebensbedingungen und ihrem politischen Bewußtsein besteht.
f) Auch die Beziehungen der Gruppenmitglieder untereinander müssen geklärt sein, ein Konfliktlösungsverhalten muß entwickelt werden. Während der Auseinandersetzung mit der Institution können nämlich Konflikte in der Innengruppe sehr hemmend und energieschluckend wirken.

Bevor es an die Durchsetzung der Ziele geht, sollte noch überlegt werden:

2. Mit welchen Außengruppen kann Kontakt aufgenommen werden, bei wem könnte Interesse für die eigenen Ziele bestehen oder erweckt werden:

bei Kollegen in anderen Institutionen, bei politischen oder gewerkschaftlichen Gruppen, bei Bürgerinitiativen etc.?

3. Wie kann das 'Klientel' mit einbezogen werden, welche Funktion kann es übernehmen? Welche Forderungen können zur Mobilisierung und Politisierung der Betroffenen beitragen?

4. Wie können die lokalen Kommunikationsmittel, also Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen, benutzt werden; wann sind sie einzusetzen, welche Wirkung könnte ihr Einsatz haben?

Beginnt man schließlich Forderungen zu stellen, nachdem die Gruppe sich über die vorhergehenden Punkte geeinigt hat, so ist zu beachten:

5. Man sollte von Anfang an nur als geschlossene Gruppe auftreten und mit allen Mitteln den Individualisierungsbemühungen der Administration widerstehen.

6. Rasche, gezielte, durchdachte Reaktionen sind notwendig. Alle finanziellen oder personellen Veränderungen innerhalb des Amtes sind auszunutzen. Schriftlich gestellte Forderungen müssen genau geplant sein und dürfen nicht beim leisesten Widerstand zurückgenommen werden.

7. Alle Absprachen und Beschlüsse zwischen Vertretern der Administration und der Gruppe müssen schriftlich formuliert und von beiden Parteien abgezeichnet werden.

8. Der Informationsstand innerhalb der Gruppe muß immer ausgeglichen sein.

Abschließend ist noch zweierlei festzustellen: Die Zusammenstellung dieser Strategien ist zwangsläufig unvollständig, da sie nur einem begrenzten Erfahrungskreis entstammen. Ihre Ergänzung durch andere Gruppen und Meinungen sollte u.a. Ziel dieses Artikels sein. Die Notwendigkeit von Konflikten ist anzuerkennen. Sozialarbeiter sollten nicht Konflikten ausweichen, sondern sie forcieren - allein dadurch kann Veränderung erreicht werden. Voraussetzung ist dafür die Fähigkeit, den Umgang mit Konflikten so beherrschen zu lernen, daß die Gratwanderung zwischen der Macht der Administration und der Erkämpfung von Handlungsspielraum nicht zum eigenen Absturz führt.

Diskussionsergebnis der 4. Redaktionssitzung zum Info 2

Im Vorwort haben wir schon darauf hingewiesen, daß die hier abgedruckten Konfliktberichte unter erheblichem Zeitaufwand und großen Schwierigkeiten entstanden sind. Das Ergebnis der Arbeit an diesem Info stellt eine Momentaufnahme in einem Prozeß der Politisierung und Organisierung sowie Strategiebestimmung Frankfurter Sozialarbeiter dar.

Die Berichte spiegeln den Bewußtseinsstand einer großen Zahl von Sozialarbeitern wider, die - ohne bereits über eine langfristige politische Strategie zu verfügen - für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen eintreten, und die Funktion der Sozialarbeit im Interesse des 'Klientel' verändern wollen.
Es war nicht zu erwarten, daß die Berichte eine Antwort auf die 'richtige Strategie' geben; sie werfen aber Fragen und Probleme auf, die für alle Sozialarbeitergruppen zu diskutieren notwendig sind.

Folgende Kritikpunkte und Fragestellungen sind in der Redaktionssitzung am 5.5.1973 in Frankfurt herausgearbeitet worden:
1. Die Darstellung der Konflikte bleibt der Erscheinungsebene verhaftet. Rolle und Motivation sowie die subjektiven Interessen der Konfliktpartner werden dargestellt. Es fehlt eine ausreichende politische Analyse der Konfliktbedingungen. Deshalb dominieren strategische Überlegungen gegenüber Zielbestimmungen.
Zu fragen ist: Kann aus den Konflikten am Arbeitsplatz der Sozialarbeiter eine politische Zielbestimmung entwickelt werden?
Ist eine politische Organisierung der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen möglich, die allein an den am Arbeitsplatz erfahrenen Widersprüchen ansetzt? Welche Bedingungen sind zu schaffen, damit die Auseinandersetzungen sich nicht auf das 'Professionalitätsinteresse der Sozialarbeiter' beschränken?
2. Die Konflikte berichten über subjektive Erfahrungen. Für Schwierigkeiten in der Durchsetzung kurzfristiger Ziele und für falsche Strategien werden u.a. "subjektive Mängel" verantwortlich gemacht. Die Funktionen der Institutionen der Sozialarbeit als ein Moment der Strategien des Kapitals zur Kontrolle und Disziplinierung des Proletariats wurde zu wenig reflektiert. Das drückt sich nicht zuletzt darin aus, daß in allen Berichten die Lage der von der Sozialarbeit Betroffenen nicht dargestellt, in den Konflikten selbst keine politische Praxis mit den Betroffenen entwickelt wurde.
Daher:
Ist eine "berufsbezogene" Organisierung der im Sozialbereich Tätigen (z.B. in AKS-Gruppen) politisch sinnvoll? Welche Voraussetzungen sind zu schaffen, damit "berufsbezogene Basisgruppen" sich nicht im "berufsständischen Reformismus" verlieren?
Mit welchen Inhalten und in welchem Organisationszusammenhang ist eine

sozialistische Perspektive in der Sozialarbeit zu entwickeln, und wie kann ein politischer Organisationszusammenhang zwischen den im Sozialbereich Tätigen und den Betroffenen und deren Kämpfen hergestellt werden? Welchen Stellenwert hat dabei die Arbeit in/bzw. mit den Gewerkschaften?

3. Der AKS-Frankfurt hatte in seiner bisherigen Arbeit die Organisierung der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen zum Ziel. Der Bericht über die AKS-Praxis ist Ausdruck dieser seiner bisherigen Orientierung. Die Aufarbeitung dieser Vergangenheit hat bewußt gemacht, daß Politisierung und Organisierung der Sozialarbeiter nicht Ziel, sondern Mittel sein muß im Kampf gegen kapitalistische Verelendung des Proletariats und seiner doppelt deklassierten Randgruppen.

Die Diskussion um die konkreten Inhalte der zukünftigen Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Eine breite Diskussion und Kritik unserer Erfahrungen ist dabei eine Hilfe.

Leserzuschriften

Kritik der "Konkretionen zum Aufbau eines Jugendwohnkollektivs" und der "Konzeption des Vereins "Soziale Jugendarbeit e.V." im Sozialarbeiter Info 1/73

Ich kritisiere diesen Artikel als einer, der seit der Heimkampagne im Sommer 1969 die Jugendkollektivbewegung mitgemacht hat, in München selbst ein Jugendkollektiv mit aufgebaut und dort gearbeitet hat und nun seit einiger Zeit im Rahmen seiner beruflichen Arbeit die Gelegenheit hatte, auf mehreren Studientagungen mit Kollektivberatern aus der ganzen Bundesrepublik seine eigenen Erfahrungen zu erweitern und zu vertiefen.

Der Artikel gibt vor, "die Erfahrungen der bisher bestehenden Kollektive zusammenzufassen und zu verallgemeinern". (s. 75). Dieser Anspruch ist nicht eingelöst, denn viele Kollektive haben aus ihren Erfahrungen ganz andere Schlüsse gezogen.

1. Auf S. 26 heißt es, daß sich die Berufung eines "Pädagogischen Beirats" empfehle. Eine solche Empfehlung muß sehr fragwürdig klingen, wenn man weiß, daß z.B. beim Jugendkollektiv "Maxdorfer Steig" in Berlin der pädagogische Beirat so feste Vorstellungen von "seinem" Kollektiv entwickelte, daß er die Kollektivberater kurzerhand hinauswarf, als sie anfingen, anhand ihrer Praxiserfahrung und Diskussion mit anderen Projekten andere Vorstellungen von Kollektivberatung zu entwickeln.

2. Es wird auf S. 26/27 empfohlen, die Kollektive über Pflegesätze zu finanzieren, obwohl weiter unten eingesehen wird, daß dadurch kaum ein Anreiz zum Arbeiten gegeben ist und bei den Jugendlichen ein "Rentnerdasein" gefördert wird. Die Diskussion auf den Kollektivberatertagungen 1) hat demgegenüber ganz klar herausgebracht, daß man unbedingt auf Selbstfinanzierung der Jugendlichen dringen muß. Ein positives "lebendes" Beispiel ist hier das Berliner Jugendkollektiv "Mariannenplatz", wo die Jugendlichen einen festen Betrag für Miete und Essen in die Kollektivkasse zahlen müssen, den Rest selbst behalten (kein Abführzwang des Lehrlingskummerlohns!) und die Jugendbehörde nur die dadurch nicht gedeckten festen Kosten (Personal, Strom, Heizung etc.) übernimmt. Daß ein gewisser Kostenanteil hier doch von den Behörden übernommen wird, halten wir für vertretbar, weil die betroffenen Jugendlichen in einer besonderen Ausbeutungssituation stehen (1.als Lohnarbeiter, 2. als Lehrlinge oder Ungelernte , 3. als Deklassierte). Auf die anteilige Selbstfinanzierung und die Ablehnung der verrückten Pflegesatz-Pauschale ist unbedingt Wert zu legen, weil dies die Voraussetzung für Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Jugendlichen ist

und gerade die finanzielle Abhängigkeit der Kollektive von den Pflegesätzen ein ständiges Druckmittel der Behörden ist. Mir ist völlig unverständlich, wieso über dieses oft diskutierte zentrale Problem in dem Artikel einfach weggegangen wird und weiterhin die Finanzierung über Pflegesätze empfohlen wird. Es sind - wie das obige Beispiel zeigt - auch andere, bessere Regelungen möglich und wenn Jugendkollektive in Zukunft noch eine Perspektive haben sollen, dann muß gerade die Selbstfinanzierung durchgesetzt und die Pflegesatzpauschale bekämpft werden. Behördliche Finanzierungshilfen sind zu begrenzen auf bestimmte Festkosten, die den Jugendlichen nicht angelastet werden können und möglichst in einmalige, verlorene Zuschüsse zu verwandeln.

3. Zur Frage der Koedukation wird nicht klar Stellung genommen. Wir müssen hier aber klar sagen, daß wir für koedukative Kollektive sind und für sie kämpfen (auch wenn es da Probleme gibt). Dieser Punkt ist auch deshalb wichtig, weil der Entzug sexueller Befriedigungsmöglichkeiten damit verknüpft ist. Hier müssen wir uns ebenfalls klar für das Recht der Jugendlichen auf ein normales Sexualleben einsetzen und alles tun, um den verdammten Kuppeleiparagraphen aus dem Weg zu räumen. Zum einen wird in einigen Kollektiven bereits Koedukation praktiziert, zum anderen dürfen wir uns nicht darauf einlassen, so zu tun, als hätten die Jugendlichen keine sexuellen Bedürfnisse und Probleme. Verzicht auf Koedukation und fortschrittliche Sexualerziehung wäre ein Rückschritt selbst hinter liberale Positionen.

4. Es wird behauptet, daß 2/3 aller Jugendlichen, die in öffentlicher Erziehung stehen, in Jugendkollektiven untergebracht werden könnten, "daß also die Jugendkollektive eine echte Alternative zur Heimerziehung darstellen" (s. 27). Das ist die Illusion, die wir uns vor zwei Jahren alle gemacht haben. Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß Jugendkollektive nicht "im Moment noch Modellcharakter haben" (S. 27), sondern in dieser Gesellschaft immer auf diesen Charakter beschränkt bleiben, daß sie nie massenhaft Heimerziehung ersetzen werden und deshalb auch keine "echte Alternative zur Heimerziehung" darstellen. Man lese dazu nur einmal die Reformpläne der Heimerziehung (z.B. in den fortschrittlichen Ländern Hessen und Berlin). Von den offiziellen Stellen denkt niemand daran, die Erziehungsheime zugunsten von Jugendkollektiven aufzulösen. Jugendkollektive sollen vielmehr die Ablösung vom Heim erleichtern und die Heime von "heimmüden" meist fast "entlassungsreifen" Jugendlichen entlasten. Vor allem aber sollen die Jugendkollektive als Feigenblatt der weiterhin brutalen Heimerziehung dienen und Progressivität und Reformwillen der Jugendbehörden dokumentieren. Jugendkollektive sind aber auch deswegen keine wirkliche Alternative zur Heimerziehung, weil sie in den meisten Fällen nicht mit den Grundprinzipien der Heimerziehung brechen, die bei den Jugendlichen die bekannte ambivalente Fürsorgeempfängerhaltung produziert. Sie tradieren in den meisten Fällen die persönliche und materielle Abhängigkeit der Jugendlichen von ihrem Erzieher und der Jugendbehörde, wenn auch in etwas veränderter Form. Sie tradieren weiter die Stigmatisierung der Jugendlichen als Deklassierte und die Isolation von ihrem sozialen Lebenszusammenhang.

5. Auf S. 28 heißt es: "Aufnahmen können auf dem Verwaltungswege, Vorschlag des LJA oder auf Empfehlung des (Träger-) Vereins (entwichene FE-Zöglinge, Trebegänger) erfolgen". Ich meine dagegen, daß unsere Diskussion gerade ergeben hat, daß man sich gegen so ein unspezifisches Aufnahmeverfahren wehren muß. Mitarbeiter und Träger müssen darauf achten, daß sie nicht irgendwelche "lästigen" Jugendlichen aus dem Einzugsbereich des LJA zugewiesen bekommen, sondern müssen versuchen - etwa über die soziale Gruppenarbeit in einzelnen Bezirken - an Gruppen von Jugendlichen heranzukommen, die einen gemeinsamen Lebenszusammenhang in das Kollektiv mitbringen (d.h.z.B. Jugendliche aus einem Stadtteil, die sich schon vorher kennengelernt haben). Hier ist auch die konzeptionelle Bestimmung des Vereins für soziale Jugendarbeit e.V. zu kritisieren, nach der Jugendliche, die noch nicht in öffentlicher Erziehung stehen, sondern nur davon bedroht sind, nicht in das Kollektiv aufgenommen werden können. Damit reproduziert man genau den Stigmatisierungsmechanismus der öffentlichen Erziehung und vermasselt sich die Chance, an organisch gewachsene Cliquen und Gruppen von Jugendlichen heranzukommen, die gerade durch ihre Mischung von stark deklassierten, nicht deklassierten und deklassierungs-bedrohten Jugendlichen eine sinnvolle Ansatzmöglichkeit für eine Jugendkollektivarbeit bieten.

6. In der Frage des pädagogischen Personals wird unter anderem die Anstellung einer Köchin empfohlen. Meiner Meinung nach widerspricht das der Intention der Selbstorganisation der Lebenspraxis, denn dazu gehört auch das Einkaufen, Kochen und Abwaschen. Sinnvoll wäre hier höchstens die Absolvierung eines Kochkurses für die Kollektivmitglieder. Ebenso würde ich die vorgeschlagene Arbeitsteilung zwischen Kollektivberater und Sozialarbeiter kritisieren. Hier wird besonders deutlich, daß das Jugendkollektiv nicht als politisches Lernfeld sondern gruppendynamisch konzipiert ist. Die Trennung von "Außen" - und "Innen"-Dienst (Gruppenprozesse - Arbeitsvermittlung, Jugendamtskontakte) macht es nicht mehr möglich, gerade gruppendynamische Vorgänge auf ihren materiellen Kern zurückzuführen und dadurch zu politisieren. Besonders übel ist hier die Konzeption des "Außen"-Beraters als Sündenbock, der die Spannungen aus der Gruppe herausnehmen soll (S. 35). Das Herausnehmen der "leidigen Verwaltungsarbeit", aus der unmittelbaren Kollektivpraxis bedeutet weiterhin die Verschleierung der tatsächlichen materiellen Zwänge, mit denen heute ein Jugendkollektiv zu kämpfen hat und die Schaffung eines pädagogischen Schonraums, der sozusagen das Tageslicht nur gefiltert hereinläßt.

7. Die Frage der Aufsichtspflicht der Kollektivberater wird überhaupt nicht problematisiert, obwohl gerade hierin ein gesetzliches Instrument zu sehen ist, das den Kollektivberater zum Kontrolleur und Aufseher macht und ihm dadurch jede Chance echter "Beratung" der Jugendlichen nimmt. Es muß deshalb besonders darauf gedrungen werden, daß die Aufsichtspflicht - solange sie besteht - nicht unmittelbar den Beratern aufgehängt wird. Sie sollte vielmehr vom Trägerverein übernommen werden, um den Berater juristisch zu entlasten. Hier läge evtl. auch eine echte Hilfs-Funktion des pädagogischen Beirats. Und es soll niemand sagen, daß das nicht ginge, denn in Berlin (Maxdorfer Steig) wird es bereits seit 2 Jahren so praktiziert.

8. Ebenfalls nicht problematisiert wird die Supervision. Selbstverständlich kann Supervision eine sehr positive Funktion für ein Jugend-

kollektiv haben, nämlich dann, wenn der Supervisor nicht nur gruppendynamisch erfahren, sondern auch bezüglich der sozialen und politischen Problematik von JWK auf der Höhe ist. Man sollte aber wenigstens klarmachen, daß die normale Supervision sich meistens auf einer rein sozialpsychologischen Ebene bewegt und außerdem auch als Kontrolle und Aufsicht für die Kollektivberater konzipiert ist. Über die Person des Supervisors kann man also die Entwicklungsrichtung eines Jugendkollektivs ganz schön manipulieren. Es ist immerhin zu bedenken, daß diese Chance evtl. ausgenützt wird.

9. Unverständlich ist, wieso der Verein Soziale Jugendarbeit e.V. das Jugendschutzgesetz zum Bestandteil seiner Konzeption macht (S. 34). Jeder progressive Sozialarbeiter weiß, daß dieses Gesetz eins der reaktionärsten Jugendgesetze der BRD darstellt, ein Relikt der Verhütungspädagogik des vorigen Jahrhunderts, das einen wirklichen Schutz der Jugend eher verhindert als ermöglicht. Leider ist dieses Gesetz immer noch gültig; seine Geltung braucht aber deshalb nicht durch die Hereinnahme in eine Jugendkollektiv-Konzeption betont zu werden.

10. In der Frage des Entwicklungsberichts geht aus der Konzeption nicht hervor, ob die Jugendlichen diesen Bericht einsehen und korrigieren können oder nicht. Das ist aber ein wichtiger Punkt, um das obrigkeitliche Verhältnis zwischen Jugendbehörde und betroffenen Jugendlichen abzubauen; übrigens ein Punkt,der in der Diskussion längst geklärt ist.

11. In der Frage der vollen Integration der Berater in die Wohngemeinschaft nimmt die Konzeption des "Vereins Soziale Jugendarbeit" eine ambivalente Haltung ein. Einerseits sollen ein Praktikant und ein Sozialpädagoge mit den Jugendlichen voll zusammenleben und wohnen, andererseits soll der Sozialarbeiter "von außen" beraten. Die Diskussionen um dieses Wohnproblem haben für mich immer wieder gezeigt, daß eine volle Integration des Beraters in das Jugendkollektiv sehr problematisch ist. Zum einen wird dadurch eine scheinbare Gleichheit von Erzieher und "Zögling" suggeriert, zum anderen wird dadurch die Gruppe extrem Berater-abhängig und zum dritten wird der Berater durch diese totale Erziehungssituation überfordert, er braucht Ausgleich Entspannung, einen Privatbereich außerhalb des Jugendkollektivs, in dem er seinen Interessen adäquat nachgehen kann. Aufopferung für das Kollektiv signalisiert eine gefährliche caritative Grundhaltung und führt über kurz oder lang zu tiefen persönlichen Krisen des Beraters. Die einzig senkrechte Lösung schien uns die Beratung von außen.

12. Bezüglich des pädagogischen Ziels ist zu fragen, ob individuelle Selbständigkeit das Ziel sein kann, das wir mit Jugendkollektiven verfolgen. Dieses Ziel verfolgt und erreicht die normale Heimerziehung mit mehr oder weniger Erfolg auch. Uns geht es doch gerade darum, die Jugendlichen zur solidarischen Lebensbewältigung zu befähigen und ihnen die politischen Dimensionen ihrer Probleme aufzuzeigen.

Günter Steinvorth
Ffm.

1) s.dazu: Reader-Jugendwohnkollektive, Materialienreihe der Victor-Gollancz-Stiftung, Frankfurt, Nr. 5 u. 6

Materialien zum Thema "Jugendkollektive"

- Drechsel, Joh. Martin, 8561 Osternohe
"Möglichkeiten der antiautoritären Erziehung von Verhaltensgestörten. Jugendkollektiv in München - ein Versuch"

- Flath, Werner, 851 Fürth, Lessingstraße 4
"Jugendkommunen als Alternative zur öffentlichen Erziehung in Heimen"

- Jung, Thomas, 4 Düsseldorf, Lindenbergstraße 41
"Aspekte zur Entstehung, Entwicklung und sozialpädagogischen Funktion der Jugendkommunen"

- Karen Günther, 4 Düsseldorf, Gräulingerstraße 7 b
"Pädagogische und politische Erfahrungen mit der Jugendwohngemeinschaft "Haus Mahnert" der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Düsseldorf-Mettmann"

- Karges, Rosemarie/Heppner, Waldemar, 6 Frankfurt/M., Niddaforum 1
"Zum Problem der Selbstorganisation proletarischer Jugendlicher - dargestellt am Beispiel eines gescheiterten Wohnkollektivs mit Lehrlingen und Jungarbeitern"

- Radhöfer, Ulrike/Dreier, Hartmut, 463 Bochum, Kohlenstr. 219 b
"Zum Problem der Wohnkollektive ehemaliger Fürsorgezöglinge - als Kritik an den Institutionen und Arbeitsmethoden in der Jugendfürsorge - erweiterte Rezension des Buches "Ausschuß"

- Weltermann, Gregor, 484 Rheda, Pixeler Straße 12
"Sozialisation im Rahmen einer Jugendkommune"

- Sozialpolitischer Arbeitskreis Konstanz (SPAK), 755 Konstanz, Neuhauser Straße 12 (SPAK-Wohngemeinschaft)
"Die Wohngemeinschaft als Möglichkeit der Resozialisierung; Versuch der Einführung psychologischer Determinanten. (Ein Modell)

Seminararbeit:
Almut Kunze, 6232 Bad Soden, Alleestraße 6
"Problem der Resozialisierung jugendlicher Strafgefangener, dargestellt am Beispiel der Wohngemeinschaft der Gießener "Aktion - Junge Menschen in Not".

Arbeiten zum Thema Jugendkollektive, die in Bearbeitung sind:

- Kristiane Weber, 78 Freiburg, Kreuzkopfstraße 6
- Stefan Erni, CH-4057, Basel/Schweiz, Florastraße 44

- Elisabeth Knöpp, 6 Frankfurt am Main, Hermannstraße 8
- Jens Harms, 34 Göttingen, Karolinenweg 35
- Johannes Sumser, 7815 Burg-Höfen, Gütleackerstr. 1
- Werner Knappe, 775 Konstanz, Neuhauser Str. 12, SPAK-Wohngem.
- Brigitte Schmidt, 46 Dortmund, Dresdener Str. 43
- Ursula Schmidt-Glützer, 6 Frankfurt - 90, Landgrafenstr. 24 Seitenbau

aus Kollektiv-Info Nr. 5/6 1973

Hinweise zu Materialien aus der Sozialarbeit

1. Erfahrungsbericht der Projektgruppe Erwachsenenarbeit (Obdachlosenarbeit) AG Herbertzstraße, Hajo Köppen, 415 Krefeld, Moerser Str. 154

2. Diskus 70, Gefangenenzeitung in der JVA Bremen-Oslebsh., Sonnemann Str. 2

3. Bericht und Materialien aus der Drogenberatungsstelle, 437 Marl, Lipper Weg 7- 9

4. Seminar Kind und Erziehung in der heutigen Gesellschaft
Praxisbericht aus der Erwachsenenbildung 1972
Werner Görischk, 1 Berlin 44, Jonasstr. 44

5. Bedingungen und Möglichkeiten sozialistischer Jugendfreizeitgestaltung in behördlichen Freizeitheimen.
Praxisbericht aus einem Jugendfreizeitheim
Rainer Steffen, 1 Berlin 51, Ragazerstr. 47

6. Dokumentation zum Konflikt pädagogischer Mitarbeiter - Jugendsozialwerk in einem Heim in Neumünster / Konzeption für eine pädagogische Praxis in Heimen
Annegret Laß, 2351 Neu-Bokhorst, Kleinbonum

7. Materialien der AG Spak, 8 München 2, Kobellstr. 12

8. Materialien zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik Nr. 2 Berufspraktikum SVI, 56 Wuppertal, Friedrich Engels Allee 164 a

RICHTUNGSKÄMPFE IN DER SPD

Hansgeorg Conert:
Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg

11o Seiten, broschiert, DM 5.--
Verlag 2000 GmbH, 6o5 Offenbach 4, Postfach 591

Mit der Broschürenreihe RICHTUNGSKÄMPFE IN DER SPD sollen die Richtungen in der deutschen Sozialdemokratie analytisch dargestellt und politisch eingeschätzt werden. Die erste Broschüre beschreibt die politischen Grundrichtungen innerhalb der SPD vor dem Ersten Weltkrieg. Weitere Veröffentlichungen sind über die Zeiträume Erster Weltkrieg bis 1945 und Nachkriegszeit geplant. Neben den historischen Darstellungen sind in dieser Reihe jedoch insbesondere aktuelle Hefte vorgesehen, in denen die Richtungsauseinandersetzungen in der heutigen SPD und deren Stellenwert für die Rekonstruktion einer neuen sozialistischen Bewegung in der BRD untersucht werden sollen. Die Hefte werden jeweils in der vom Sozialistischen Büro herausgegebenen Zeitung "links" und in dem zweimal jährlich erscheinenden Verlagsprospekt des Verlag 2000 GmbH angekündigt.

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG

Hessische Sozialarbeiter - und Sozialpädagogikstudenten kämpfen für ein einphasiges Studium!

Die bisher geübte Praxis der Sozialarbeiter:Sozialpädagogenausbildung sieht eine Trennung zwischen 6 semestriger Ausbildung mit einem anschließenden Praxisjahr vor. Während des Studiums wird der dringend notwendige Praxisbezug trotz eingeschobener Praktika kaum hergestellt, während des Praktikantenjahres wiederum ist eine theoretische Reflexion der Praxiserfahrung nur völlig unzureichend möglich. Von der Zielvorstellung, die späteren Adressaten der Sozialarbeit/Pädagogik in das kapitalistische System zu integrieren und sie im Sinne dieses Systems "funktionsfähig" zu machen, sind die Lehrinhalte an unserer Fachhochschule geprägt. Dabei besteht ein unübersichtliches Konglomerat von Fächern, die weder grundlegend behandelt werden noch aufeinander abgestimmt sind. Das ganze wird in einem 6semestrigen Kurzstudium durchgezogen. Die Lehrinhalte sind von jedem wissenschaftlichen Anspruch weit entfernt. Im "Anerkennungsjahr" oder den "Praxissemestern" werden die Studenten als billige Arbeitskräfte eingesetzt. Die fehlende Qualität der Ausbildung wird ersetzt durch die "christliche Nächstenliebe" und das Berufsethos mittelalterlicher Armenhilfe, eingehüllt in ein neues "soziales", "wissenschaftliches" Mäntelchen.

Diesem Mangel sind sich die Studenten in den letzten Jahren immer stärker bewußt geworden. Auf ihre Initiative hin wurde an einigen hessischen Fachhochschulen mit projektorientierten Studiengängen begonnen. Diese Versuche ziehlten daraufhin, bestehende Berufsfelder schon während des Studiums besser kennenzulernen und kritisch zu durchleuchten und neue Berufsfelder und Arbeitsmöglichkeiten zu entwickeln.
Die Tatsache, daß theoretisches Studium und Praxisjahr voneinander losgelöst sind, hemmt diese Bestrebungen. Deshalb sind fortschrittliche Studenten und Dozenten für ein einphasiges Studium, indem Theorie und Praxis eine Einheit bilden. Der Kultusminister jedoch hat andere Vorstellungen. Er will das ohnehin unzureichende 6semestrige Kurzzeitstudium festschreiben und die beiden anschließenden Praxissemester vollständig aus der Kompetenz der FHS auslagern. Die sich an die Praxissemester anschließende Prüfung, die zur staatlichen Anerkennung führen soll, soll nicht mehr durch die Fachhochschule abgenommen werden, sondern anschließend durch die "Arbeitgeber", das Sozialministerium, bzw. die Anstellungsträger. Nicht mehr die fachliche Qualifikation, sondern die "Überprüfung der persönlichen Eignung vor Übernahme in das endgültige Angestelltenverhältnis" soll Kriterium der Prüfung sein.

Angesichts der sich häufenden Berufsverbote gegen fortschrittliche Kräfte im öffentlichen Dienst angesichts der Nichtweiterbeschäftigung aktiver Jugendvertreter nach Abschluß ihrer Lehre, ist zu befürchten, daß mit der Übertragung der Prüfungskompetenz an die Arbeitgaber einer neuen Form von Berufsverboten Tür und Tor geöffnet wird.

Der ASTA (Allgemeiner Studentenausschuß) DER FHS FFM FORDERT ALLE AUF, DIE AN EINER QUALIFIZIERTEN SA/P - AUSBILDUNG IM INTERESSE DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG INTERESSIERT SIND, SICH MIT DEN FORDERUNGEN DER STUDENTEN ZU SOLIDARISIEREN:

- Gegen die Ausgliederung des Berufspraktikums
- Für ein einphasiges Studium ohne Zwischenprüfung
- Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf
- Gegen verschärfte Staatsaufsicht
- Keine Kontrolle der Prüfung durch die "Arbeitgeber" - gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen und Gewerkschaften bei allen Studienangelegenheiten!

Schickt Eure Solidaritätsadressen an: Aktionskollektiv FHS
Traudel Schlenker,
6 Ffm., Lortzingstr. 30

Zum Berufspraktikum soll im nächsten Info ein größerer Beitrag folgen.

Kleinanzeigen

Strafgefangenenarbeit FHS-Studentin arbeitet mit Strafgefangenen und sucht Kontakt zu Einzelnen und Gruppen, die in diesem Bereich arbeiten und mit denen sie über Probleme diskutieren kann. Heidi Goldberg, 4816 Senneshedt, Drosselweg 137.

Strafgefangenenarbeit Wir suchen dringend Kontakt - besonders im Raum Hannover - die sich mit dem Themenkreis "Kriminalität und Gesellschaftsstruktur beschäftigen und die praktische Erfahrungen in der Arbeit mit Strafgefangenen haben. Kontaktadresse: Jutta Haering, 3055 Loccum, Wiedensählerstr. 16.

Sozialarbeiter gesucht Jugendkollektiv für strafentlassene Jugendliche in München sucht frühstmöglich Sozialarbeiter/Sozialpädagogen (in) mit Gruppenerfahrung. Bezahlung nach BAT 4b. Zuschriften an: Gesellschaftspolitische Projekte e.V., 8 München 19, Birkerstr. 19.

Mitarbeiter gesucht für eine Gruppe mit 7 Kindern (FEH), Raum Aachen, suchen wir ab Sept. 1973 Mitarbeiter. Kinderwohnheim Aachen, 51 Aachen, Hörnhang 10.

Ausschreibung Die Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken", Landesverband Hamburg, sucht zur sofortigen oder späteren Einstellung einen Bildungsreferenten für die pädagogische und politische Bildungsarbeit des Verbandes.
Voraussetzung ist die Ausbildung als Sozialarbeiter oder Sozialpädagoge (Fachhochschul- oder Universitätsabschluß). Bezahlung nach BAT 4 b. Bewerbungen sind zu richten an: Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken", 2 Hamburg 1, Kurt-Schumacher-Allee 10.

Material gesucht Suche dringend Material über Arbeit mit sogenannten randständigen Jugendlichen ("Rocker, Verwahrloste und Verhaltensgestörte"), Jugendzentren und Jugendclubs. Unterlagen, Berichte und Kontaktanschriften an: Herbert Effinger, 2 HH 1, Repsoldstr. 49 IV.

Material gesucht zur Analyse zur Situation in Berufsfeldern:Berufspraxis. Problem der Organisierung von Sozialarbeit. AK Berufsperspektive Sozialpädagogik, Mathias Wolff, 74 Tübingen, Bebenhauserstr. 17

Projektstudium ASta der FHS, 67 Ludwigshafen, Ecke Max/Kaiser-Wilhelm-Str. sucht Arbeitsmaterialien zum Projektstudium.

Berufsperspektive Arbeitskreis "Berufsperspektive" Uni Tübingen sucht Kontakt zu fortschrittlichen Sozialarbeitern und Studenten. Kontaktadresse: K. Seifert, 785 Lörrach, Grabenstr. 18

Kontakt gesucht mit Psychologen, die über Berufsperspektiven von Psychologen arbeiten. BG Psych. Ursula Harsch, 852 Erlangen-Frauenaurach, Gaisbühlstr. 28

Praktikumsstelle gesucht Sozialarbeiterin sucht Praktikumsstelle in einem Wohnkollektiv im nord/nordwestdeutschen Raum. Traude Mittag, 7 Stuttgart 1, Arminstr. 25

Stadtteilarbeit 4 Sozialarbeiter im Anerkennungsjahr suchen Praxisfeld im Stadtteil (Kinder-, Jugend- und Elternarbeit). Hannelore Warmers, 5 Köln 30, Vogelsangstr. 173

Billige Paper Jugendheim-Praxisbericht, Arbeiterbezirk Wedding, 1972, Kritik, Analyse und Dokumentation; ca. 50 S., 3.-- DM (+ -.70 Pf.Porto). Kritik der Zeltlagerpädagogik - Berichte, Analysen, Konzeptionsfindung; ca. 80 S., 5.-- DM (+ 1.- DM Porto). Angebotsliste gegen frankierten Umschlag. Lieferung nach Vorauszahlung an: Rainer Steffen, 1 Berlin 51, Ragazer Str. 47; Konto: PschA BlnW 171299-107

Erfahrungsberichte gesucht Sozialpädagogiestudenten möchten Kontaktgruppe im Jugendgefängnis aufbauen; gesucht werden Erfahrungsberichte. Georg Dreesmann, 443 Burgsteinfurt, Eichendorffstr. 39a

INFO SOZIALARBEIT

Heft 3/4